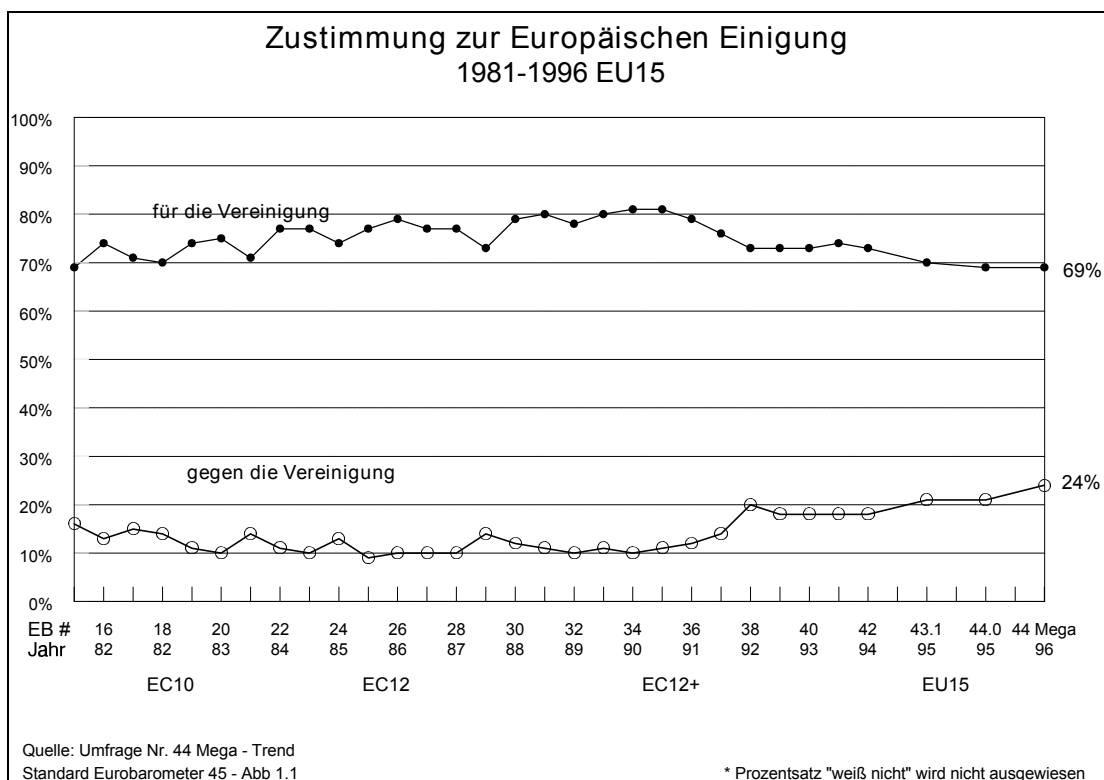


## 1. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union - Langfristige Tendenzen

Die öffentliche Meinung hinsichtlich der Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat sich in den letzten Monaten geringfügig verlagert. Alles in allem bleibt der Trend der Zustimmung zu den Bemühungen um die Vereinigung Westeuropas stabil. Der Anteil derer, die die Mitgliedschaft als "eine gute Sache" ansehen, ist unter die 50 %-Marke gesunken und hat damit den niedrigsten Stand erreicht, seit diese Frage 1981 erstmals gestellt wurde. In der Frage der Vorteile durch die Mitgliedschaft ist ein geringfügiger Zuwachs zu verzeichnen, doch bleibt die Zahl deutlich hinter den zu Beginn der 90-er Jahre registrierten Werten zurück.

### 1.1. Zustimmung zur Vereinigung Westeuropas

Zwar reichte die Zustimmung zur Vereinigung Westeuropas nicht an die Rekordwerte der ersten Jahre unseres Jahrzehnts heran, als sich über 80 % der Befragten dafür aussprachen, doch ist sie mit 69 % konstant und hat sich seit dem Herbst 1995 nicht verändert. Die Zahl der Gegner der europäischen Einigung ist im gleichen Zeitraum geringfügig von 21 % auf 24 % gestiegen, während die Zahl der Unentschlossenen entsprechend zurückging.

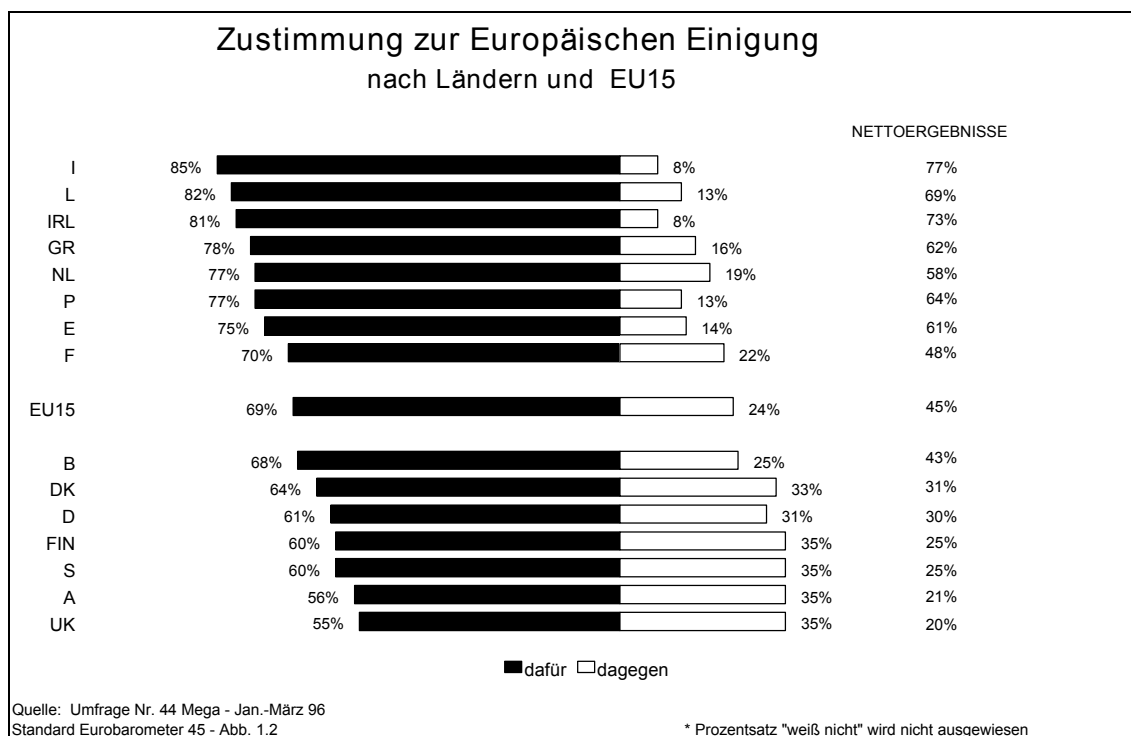


Im Ländervergleich zeigt sich, daß die Zustimmung zur Vereinigung in Deutschland weiter rückläufig ist: um 7 Prozentpunkte zwischen Frühjahr und Herbst 1995 und nun um weitere 6 Prozentpunkte zum Frühjahr 1996. Rückläufige Werte wurden auch in Finnland (- 5 %), Belgien (- 2 %) und Frankreich (- 2 %) verzeichnet (Tabelle 1.1).

## Standard Eurobarometer 45

Besonders ausgeprägte Anstiegswerte sind aus Portugal (+ 10 %), Spanien (+ 7 %) sowie Griechenland und Irland (jeweils + 3 %) zu vermelden. Von den neuen Mitgliedstaaten weist Österreich eine steigende Zustimmungsrates auf (+ 2 %).

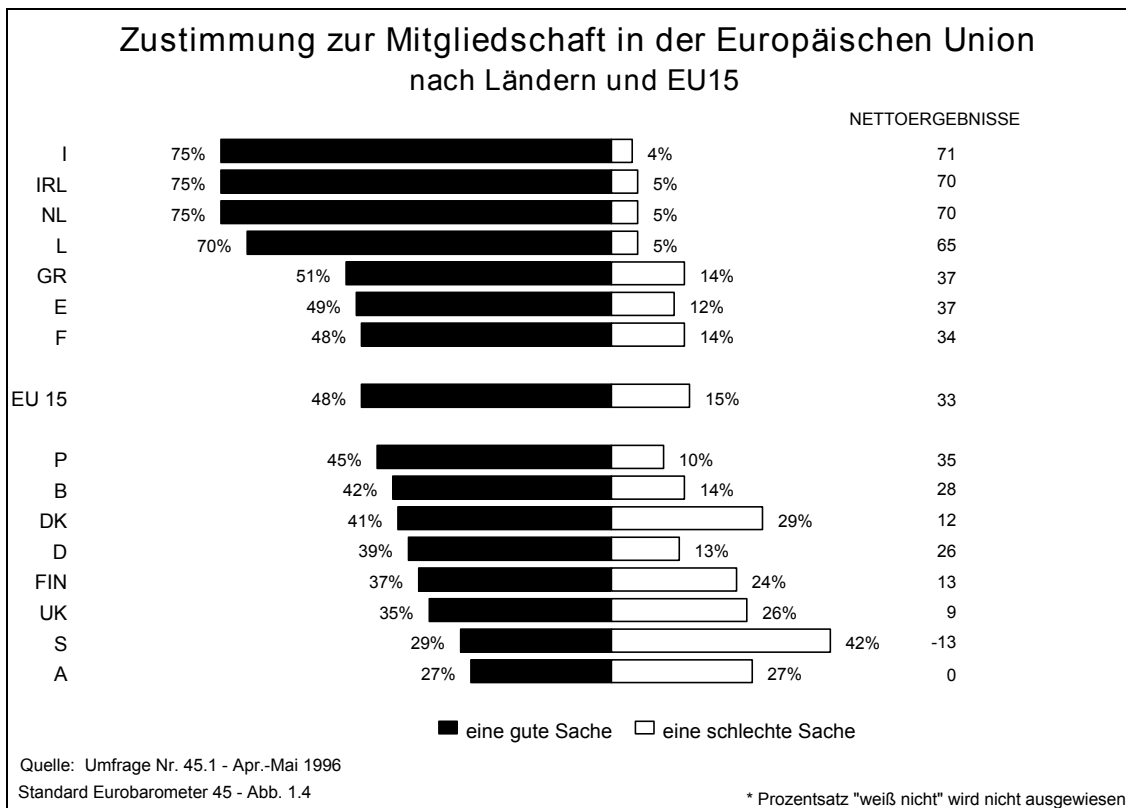
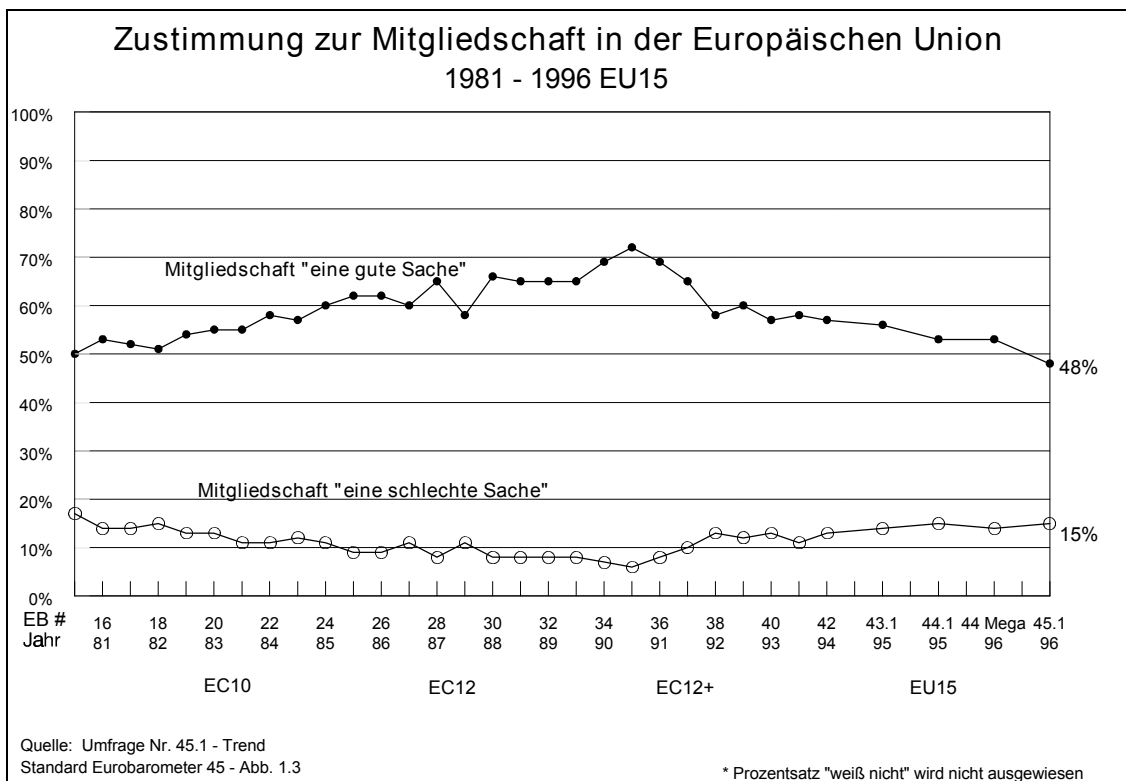
Am stärksten wird die Europäische Einigung nach wie vor von Männern, Personen mit hohem Ausbildungsniveau und insbesondere Führungskräften befürwortet, von denen sich fast acht von zehn Befragten (79 %) für die Europäische Einigung aussprechen (Tabelle 1.5).



### 1.2. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

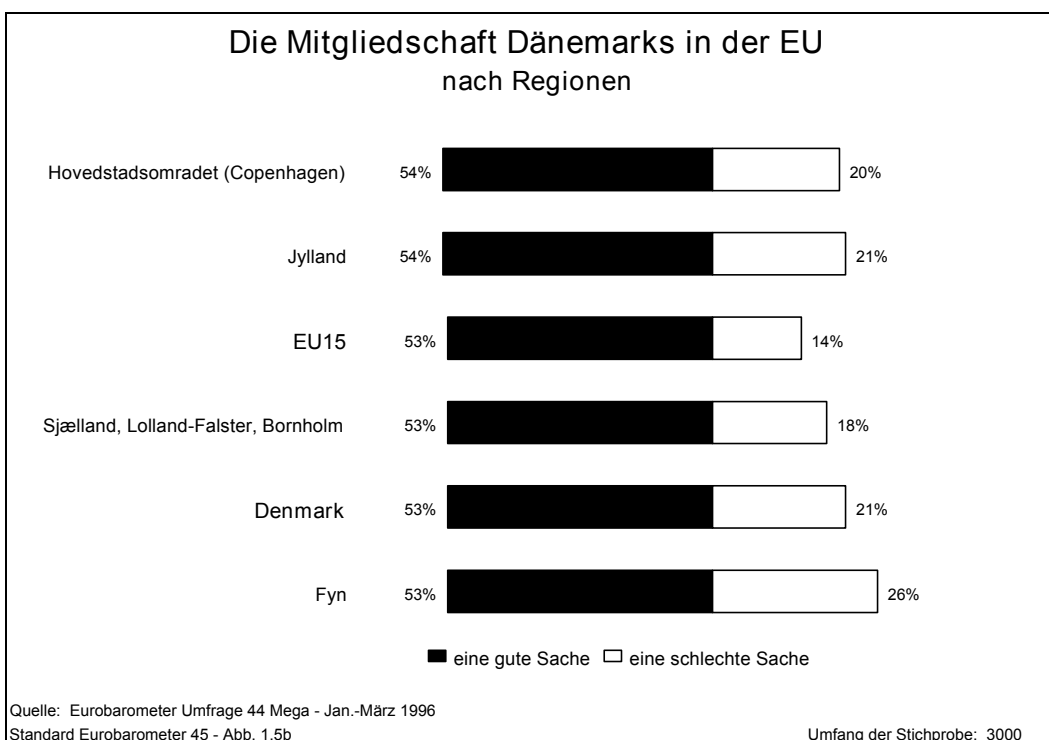
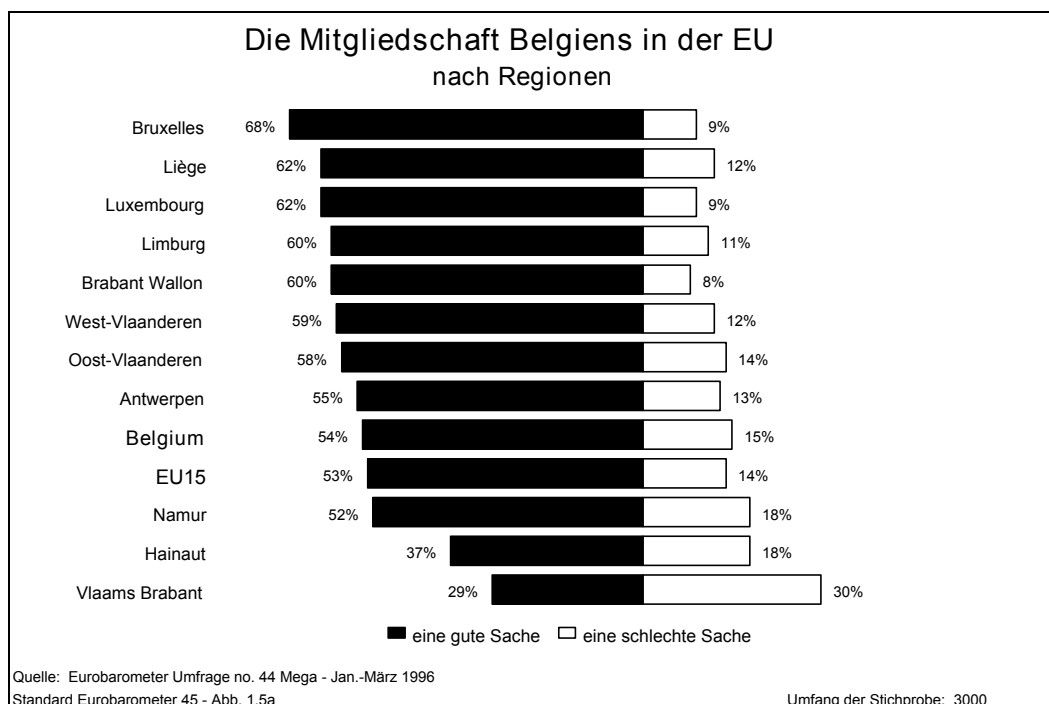
Von den Bürgern der Europäischen Union übertreffen diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes für "eine gute Sache" halten, die gegenteilig Gesinnten im Verhältnis von über 3:1 (48 % "eine gute Sache" zu 15 % "eine schlechte Sache"). Dennoch ist dies das erste Mal seit 1981, daß die Gesamtzustimmung unter die 50 %-Marke gesunken ist, womit sich der generelle Abwärtstrend seit 1990 bestätigt. Das Nettogesamtergebnis ist damit vom Herbst 1995 zum Herbst 1996 von 38 % auf 33 % zurückgegangen.

Im Ländervergleich bestätigen sich die Ergebnisse früherer Umfragen: am höchsten ist die Zustimmung in den Niederlanden, Irland, Italien (jeweils 75 %) und in Luxemburg (70 %) und vergleichsweise niedrig in Finnland (37 %), dem Vereinigten Königreich (35 %), Schweden (29 %) und Österreich (27 %). Der stärkste Rückgang in der Zustimmung war in Belgien (- 17 %), Deutschland (- 14 %) und Dänemark (- 11 %) zu verzeichnen. Italien war das einzige Land, aus dem ein Zuwachs zu vermelden war (+ 6 %). (Tabellen 1.2, 1.4, 1.6, 1.8 und 1.10)

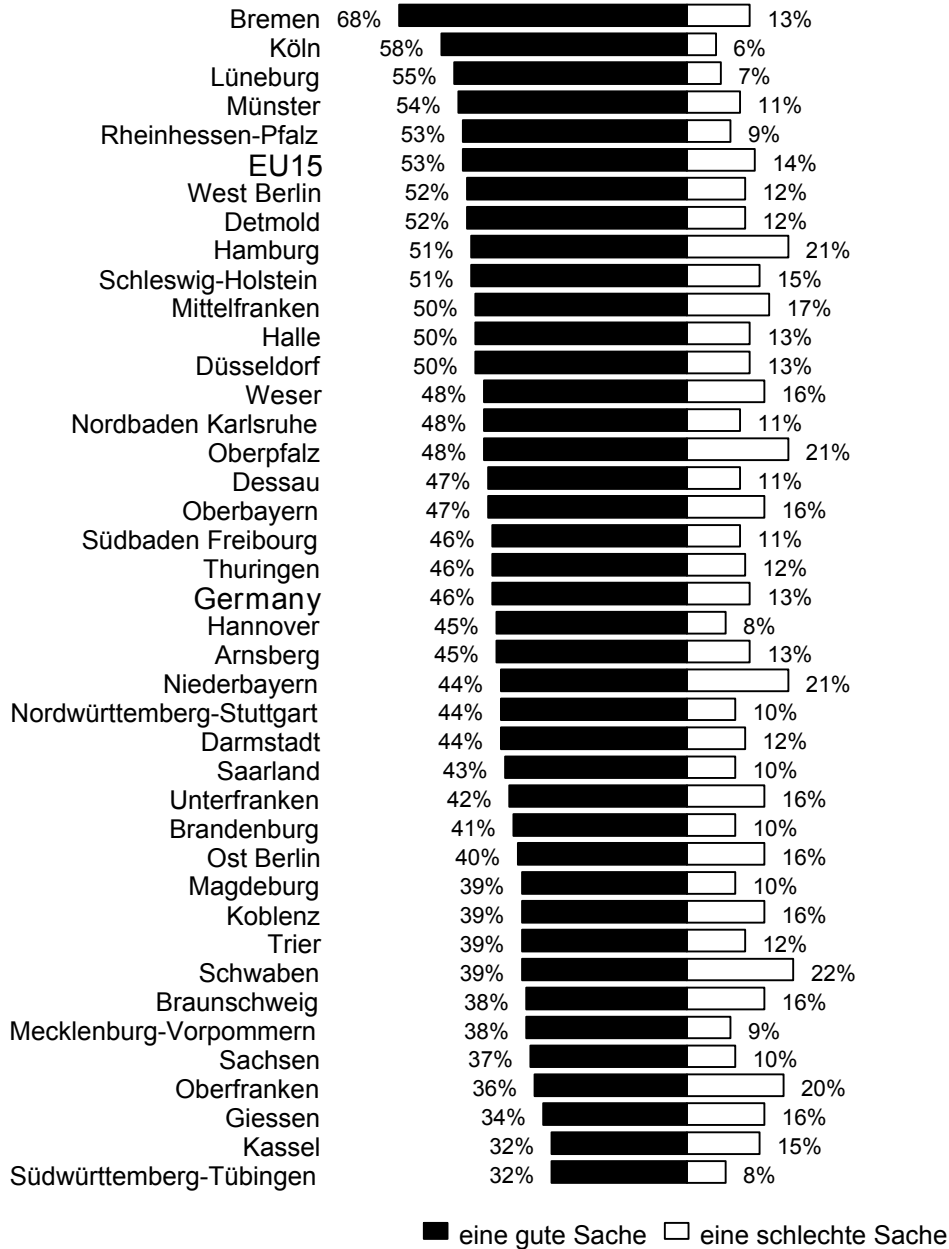


### 1.3. Regionale Abweichungen in der Zustimmung

Während sich die vorstehend ausgewiesenen Ergebnisse auf die jüngste Standard-Eurobarometer-Umfrage (45.1) beziehen, war es uns bei der vorangegangenen Umfrage (44 Mega) aufgrund der besonders umfangreichen Stichprobe möglich, eine Reihe regionaler Analysen durchzuführen, unter anderem auch zur Bewertung der Mitgliedschaft. Anhand der folgenden Schaubilder kann sich der Leser einen Überblick darüber verschaffen, wie sich die Zustimmung in den einzelnen Mitgliedstaaten regional aufteilt. Der Umfang der Stichprobe pro Land ist in der jeweiligen Abbildung angegeben.



## Die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU nach Regionen

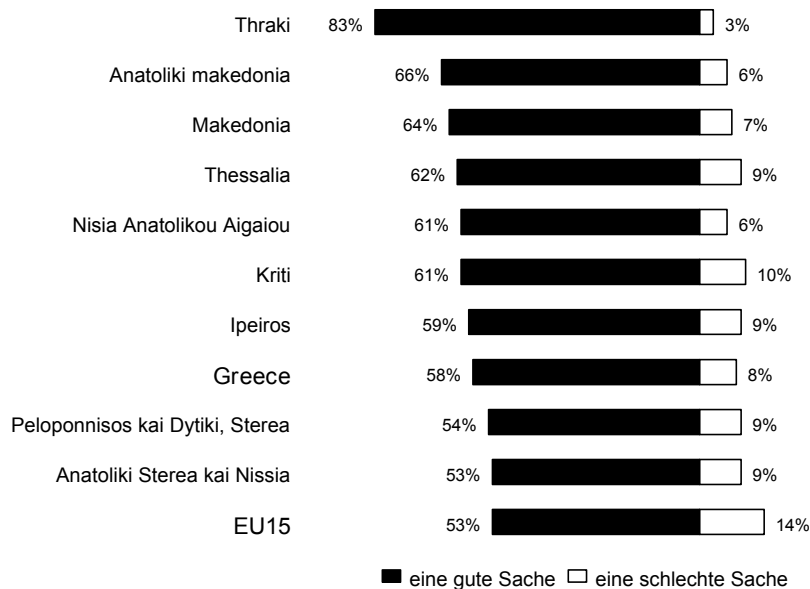


Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996

Standard Eurobarometer 45 - Abb. 1.5c

Umfang der Stichprobe: 10000

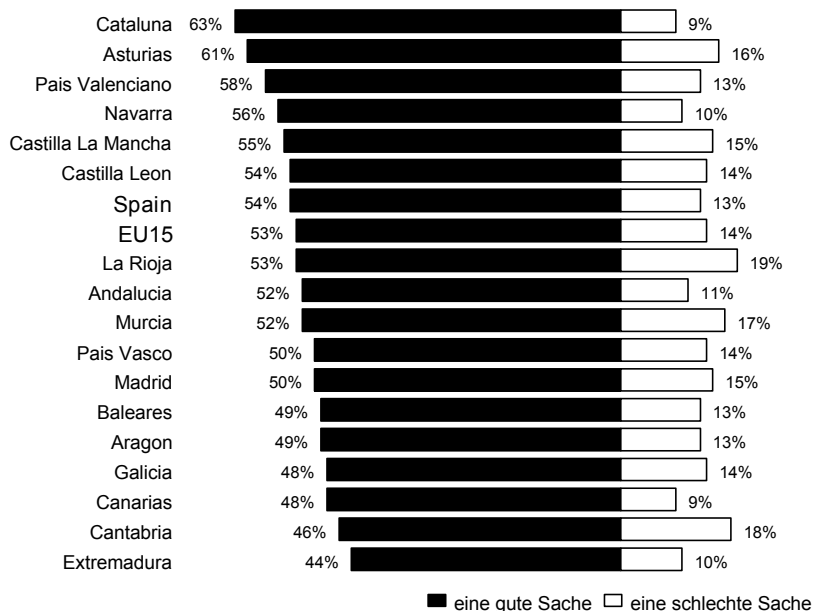
### Die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU nach Regionen



Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 1.5d

Umfang der Stichprobe: 3000

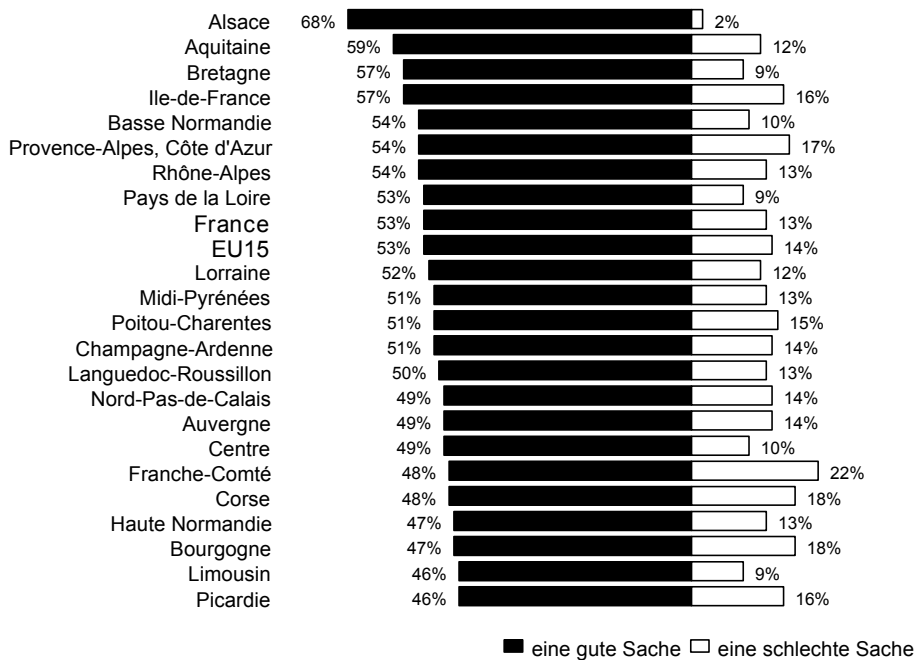
### Die Mitgliedschaft Spaniens in der EU nach Regionen



Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996  
Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5e

Umfang der Stichprobe: 6000

### Die Mitgliedschaft Frankreichs in der EU nach Regionen

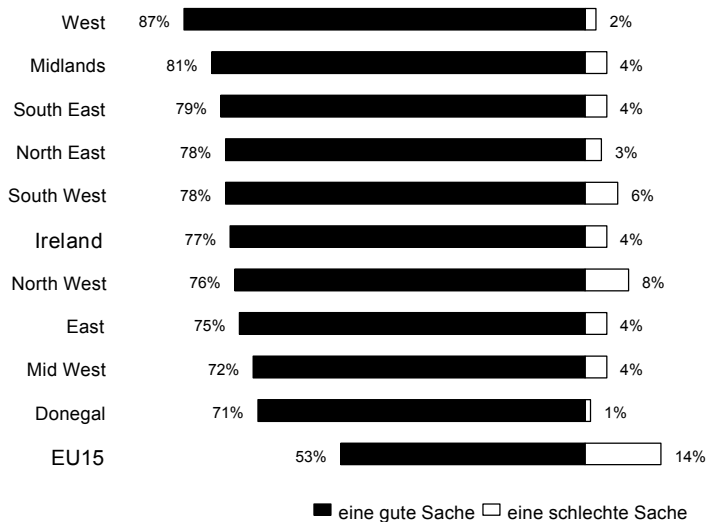


Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996

Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5f

Umfang der Stichprobe: 6000

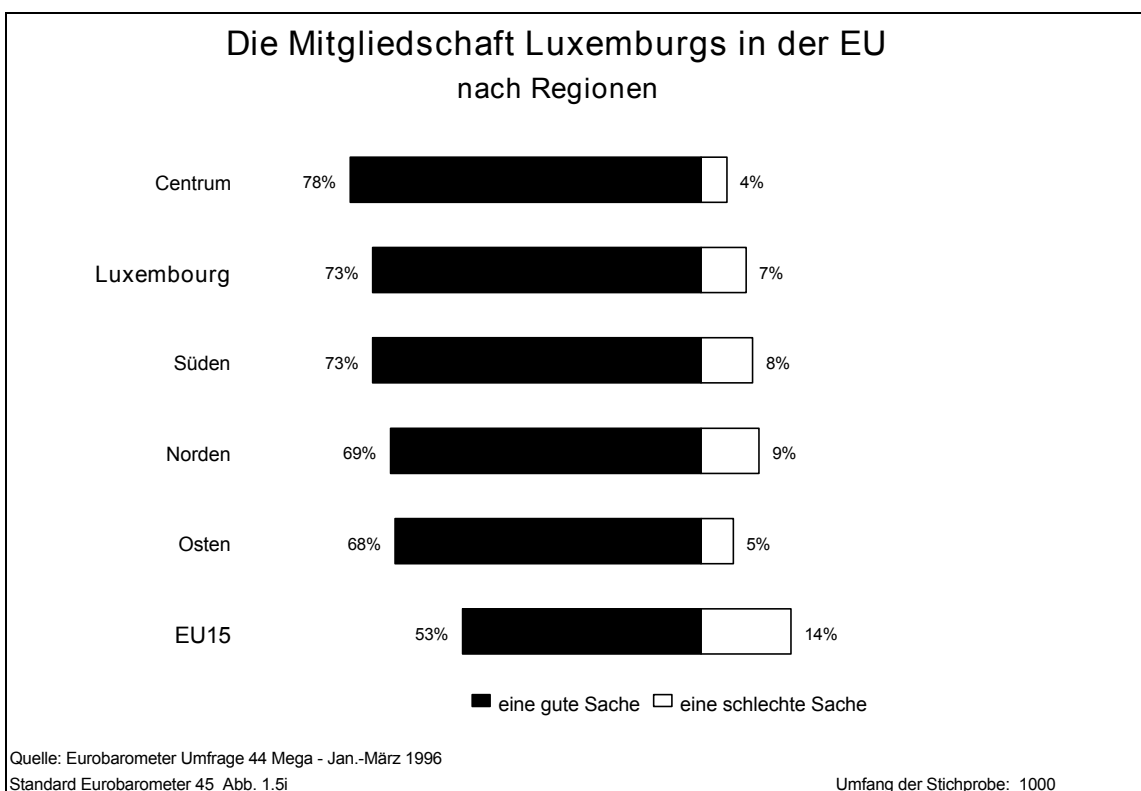
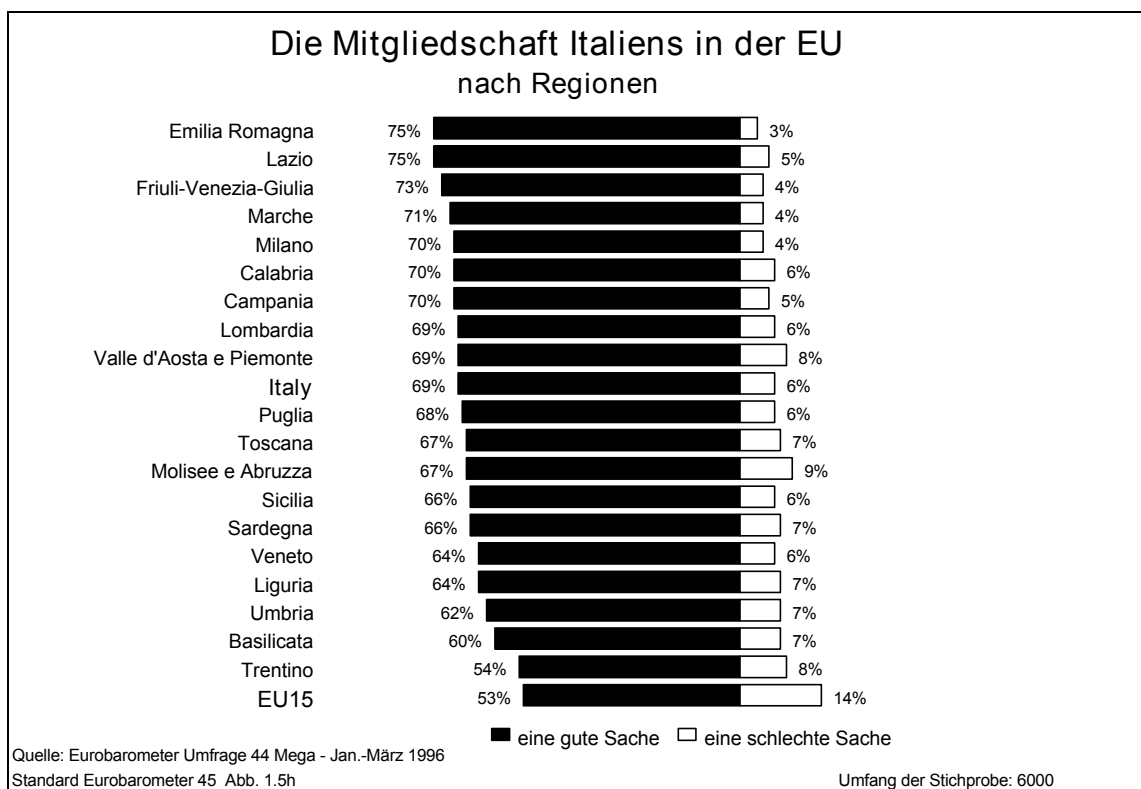
### Die Mitgliedschaft Irlands in der EU nach Regionen



Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996

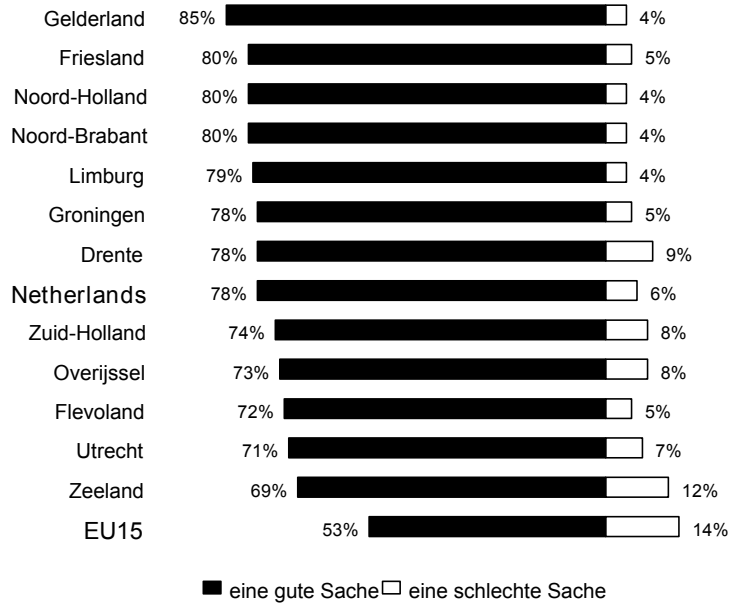
Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5g

Umfang der Stichprobe: 3000





### Die Mitgliedschaft der Niederlande in der EU nach Regionen

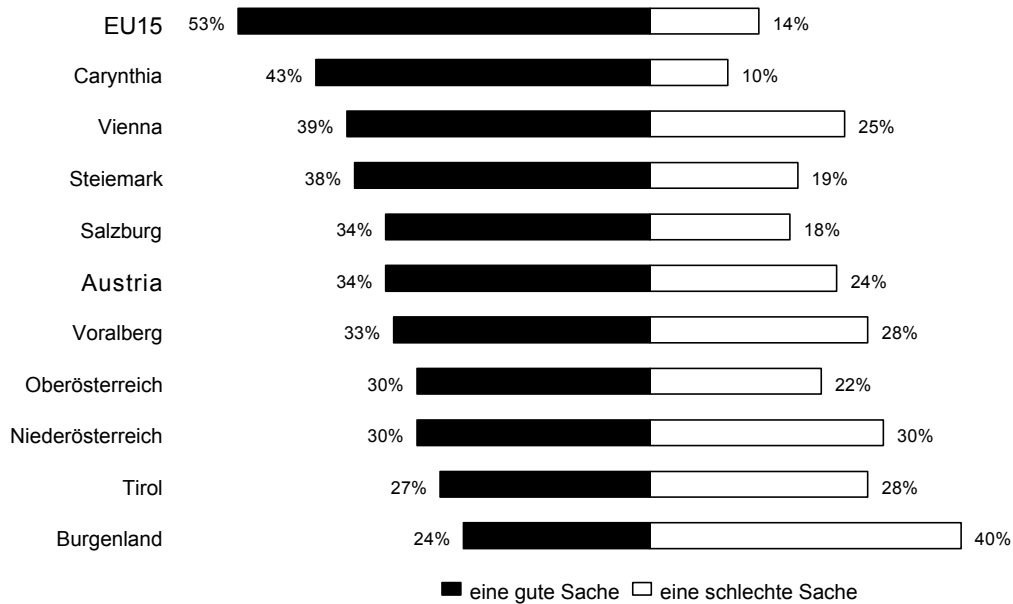


Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996

Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5j

Umfang der Stichprobe: 3000

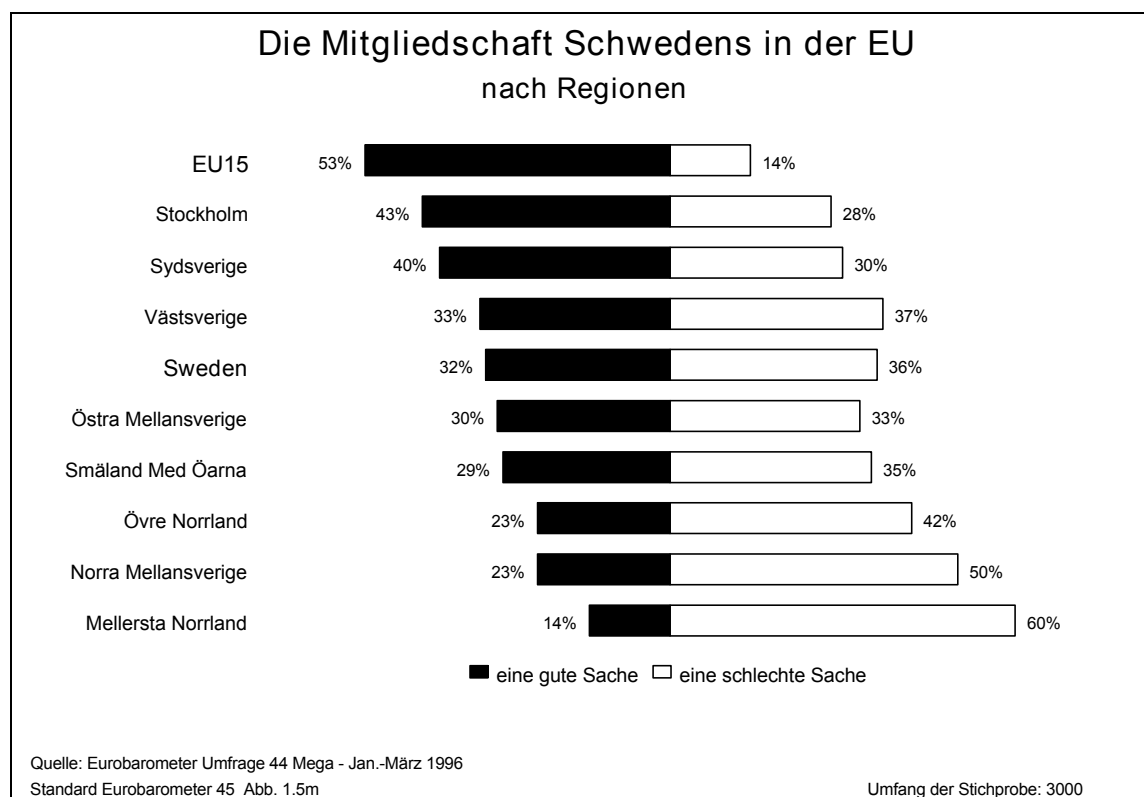
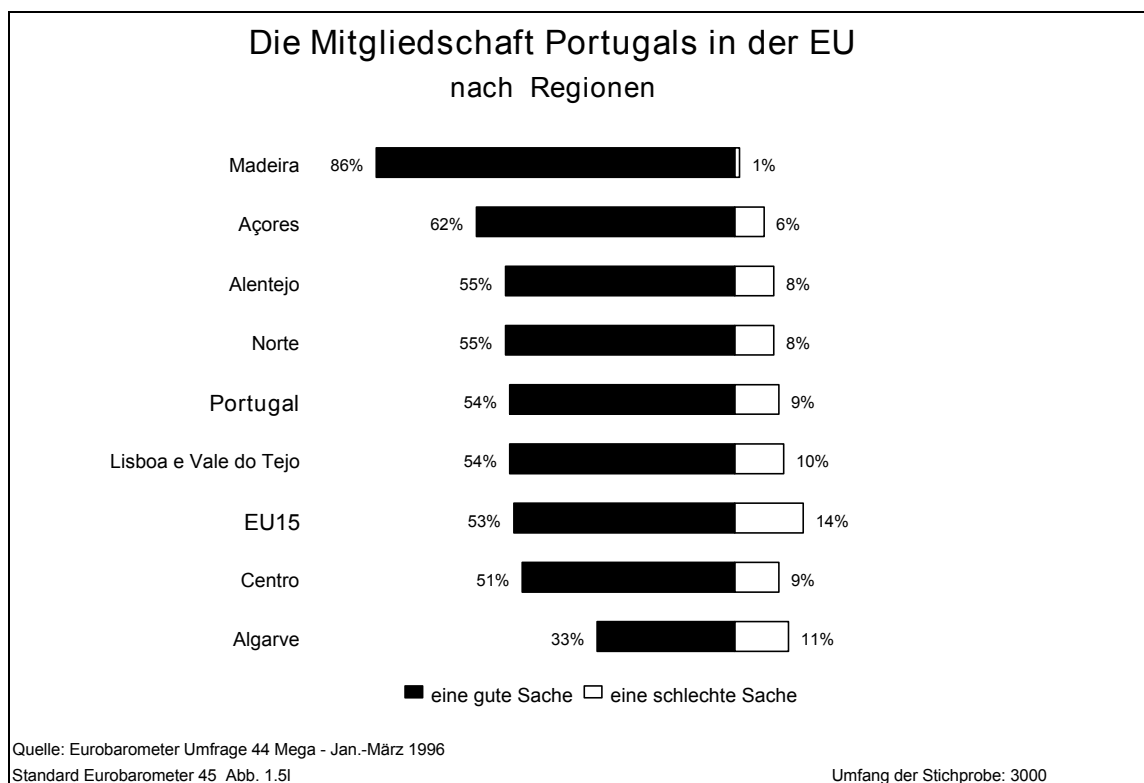
### Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU nach Regionen



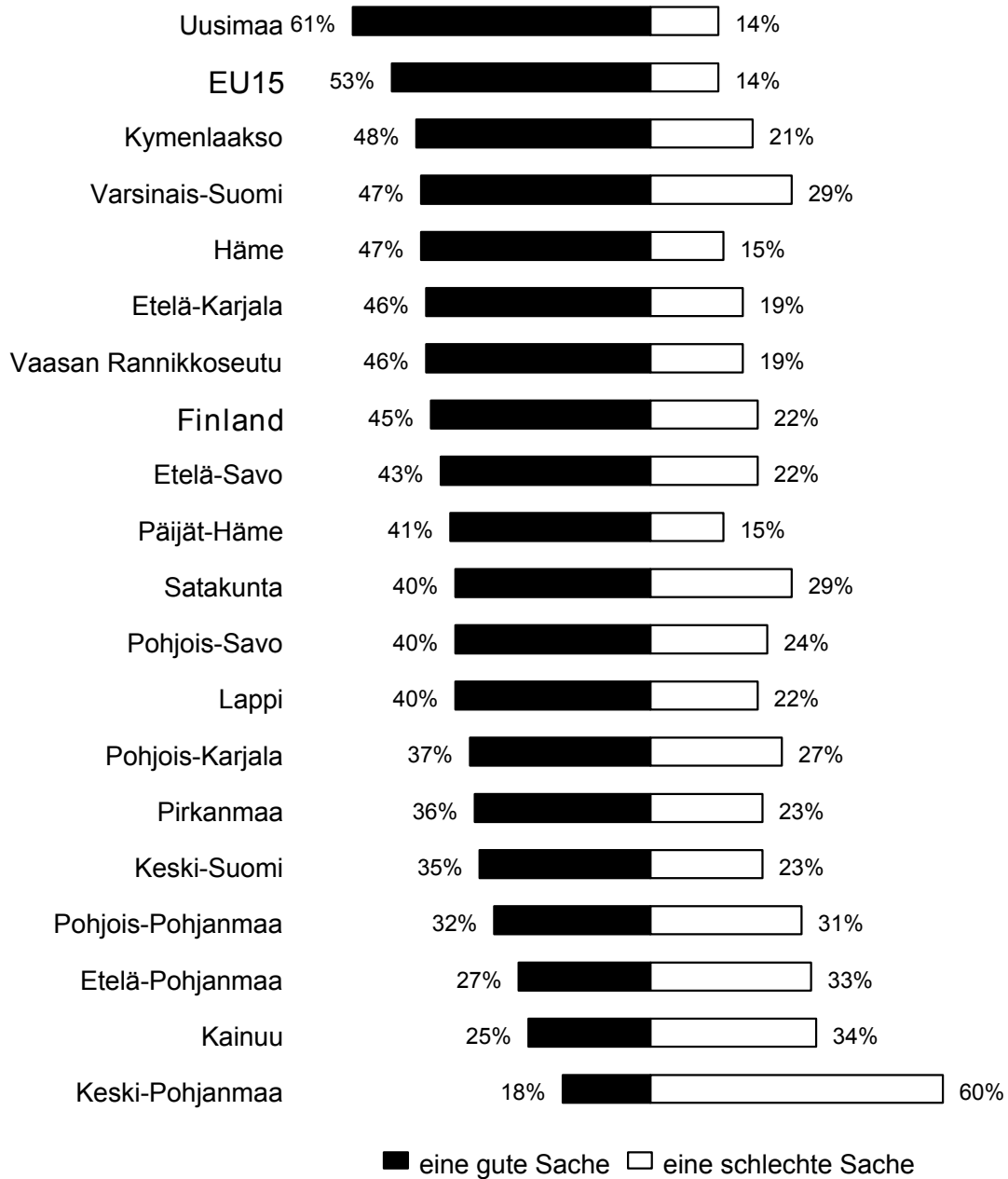
Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996

Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5k

Umfang der Stichprobe: 3000

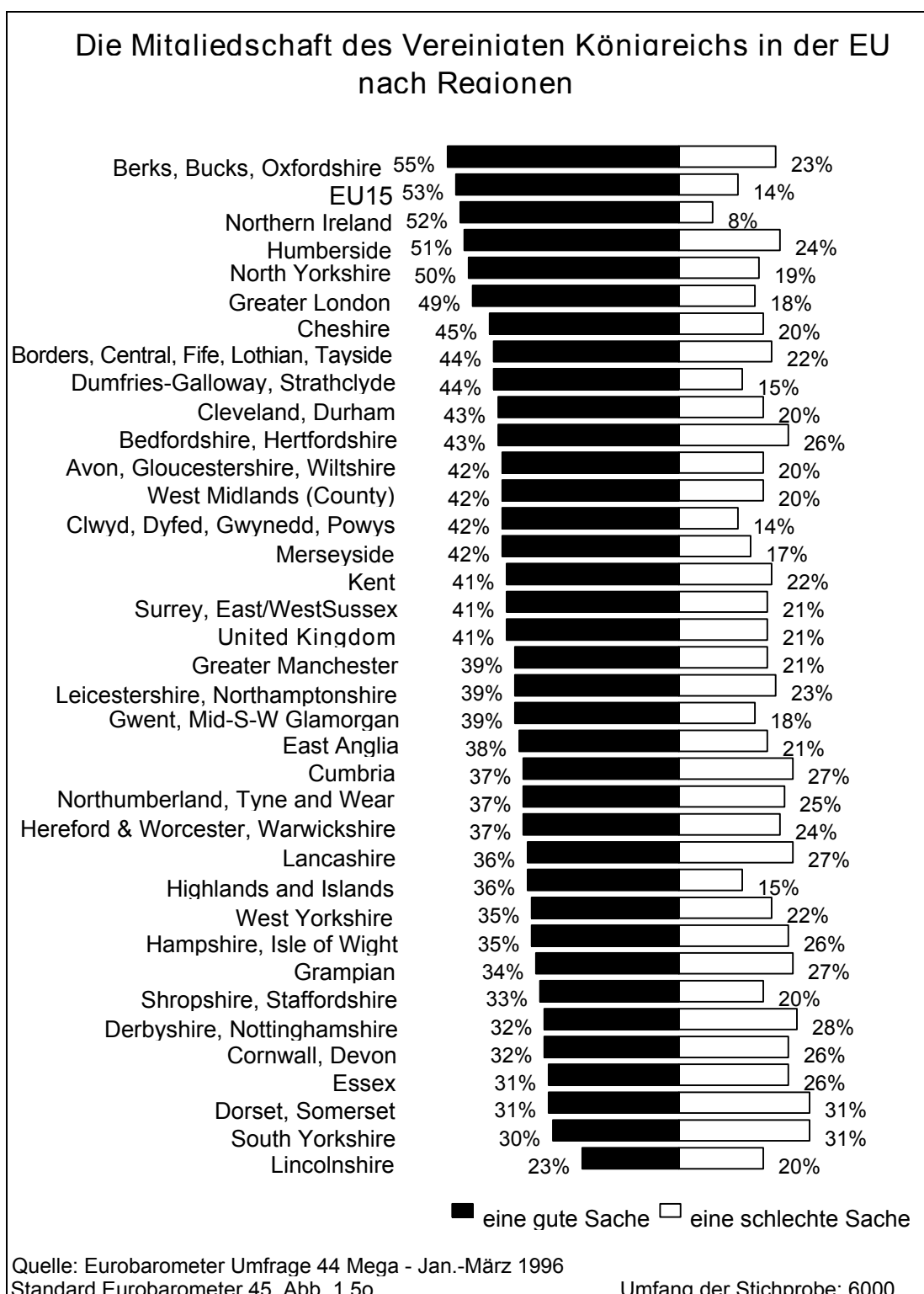


## Die Mitgliedschaft Finnlands in der EU nach Regionen



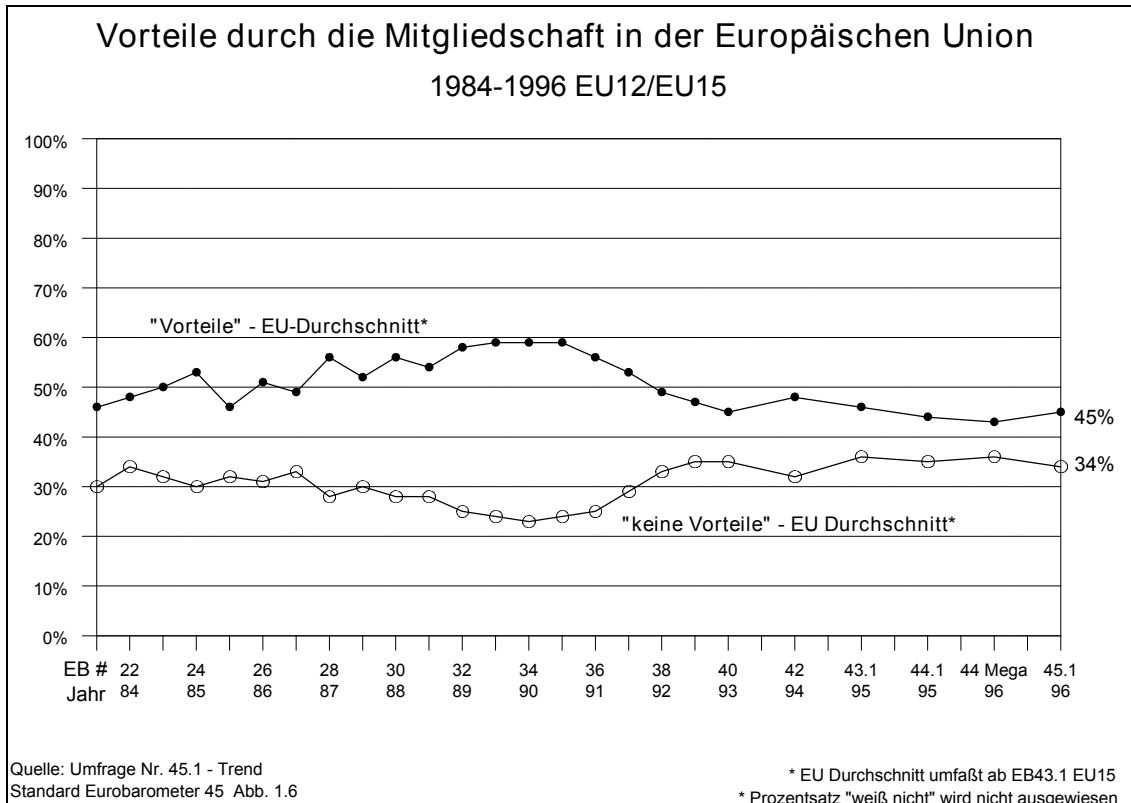
Quelle: Eurobarometer Umfrage 44 Mega - Jan.-März 1996  
Standard Eurobarometer 45 Abb. 1.5n

Umfang der Stichprobe: 3000



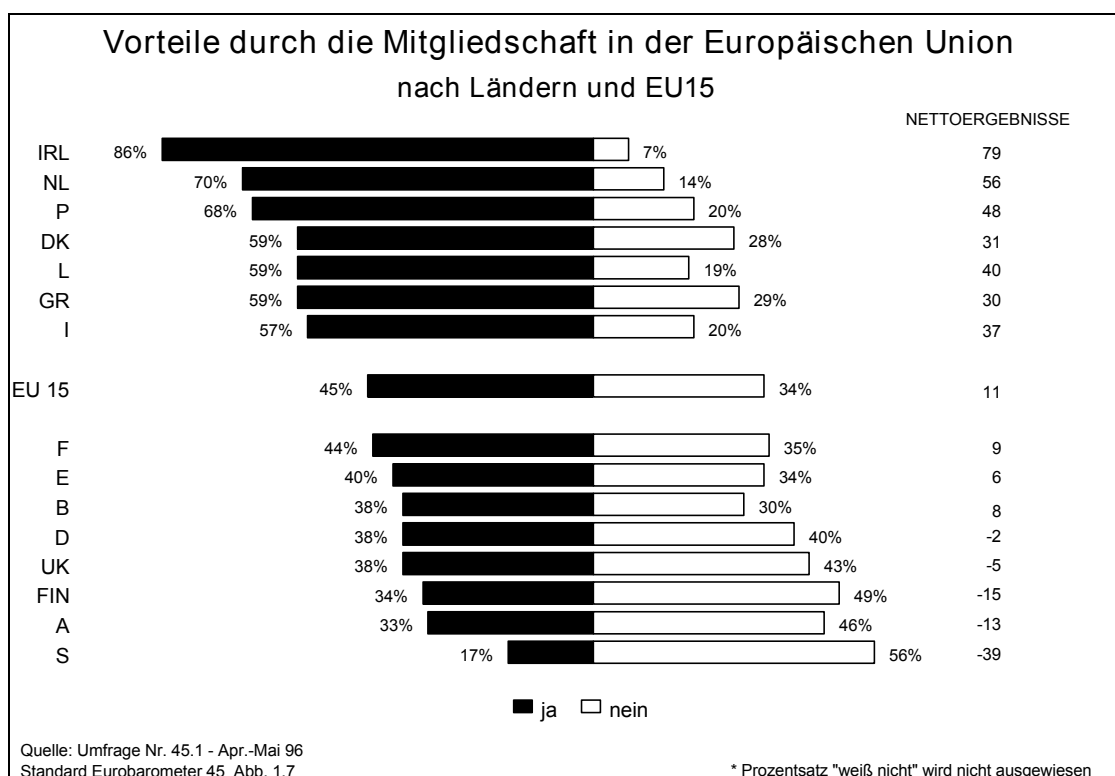
#### 1.4. Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft

Die Auffassung, daß dem eigenen Land Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen, ist um die Jahreswende geringfügig zurückgegangen, hat sich dann jedoch wieder leicht erholt und liegt jetzt bei 45 % "Vorteile" verglichen mit 34 % "keine Vorteile". Damit ist seit 1993 eine relativ stabile Progression festzustellen, die jedoch nicht an die Rekordwerte von 1989-90 heranreicht, als fast 60 % der Befragten in der Mitgliedschaft ihres Landes Vorteile sahen.



Ein Zuwachs war in Irland (+ 6), Italien und Frankreich (beide + 5) sowie den Niederlanden (+ 4) zu verzeichnen, in Griechenland (- 13), Luxemburg, Belgien (beide - 7) und Finnland (- 5) hingegen wurden rückläufige Werte erzielt. (Tabellen 1.3, 1.7, 1.9)

Aus der demographischen Analyse geht hervor, daß die Männer positiver eingestellt sind als Frauen (50 % : 40 %), und daß Bürger mit hohem Bildungsniveau (57 % derer, die ihre Ausbildung im Alter von 20 oder später abgeschlossen haben) und Führungskräfte (60 %) eher das Gefühl haben, daß die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union vorteilhaft ist. Diese Ergebnisse stimmen - wenn auch auf niedrigerem Niveau - mit den Erkenntnissen einer Umfrage überein, die die Europäische Kommission kürzlich auf Top-Management-Ebene durchgeführt hat: dabei vertraten 90 % der Befragten die Ansicht, daß ihr Land Vorteile durch seine Mitgliedschaft in der Union hat. (Tabelle 1.11)



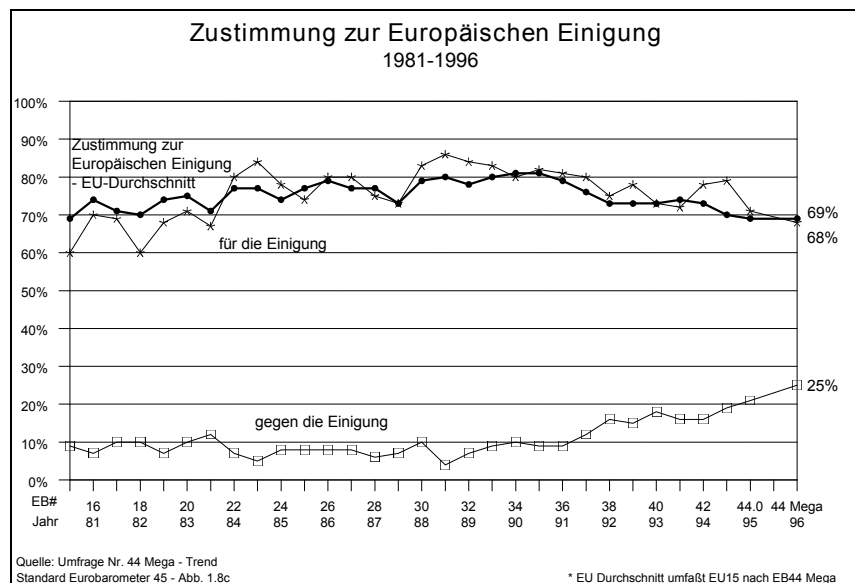
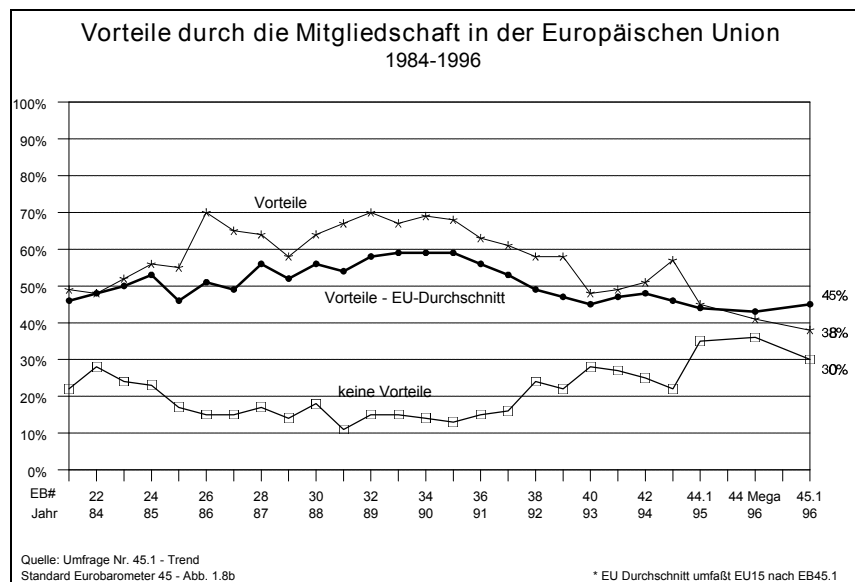
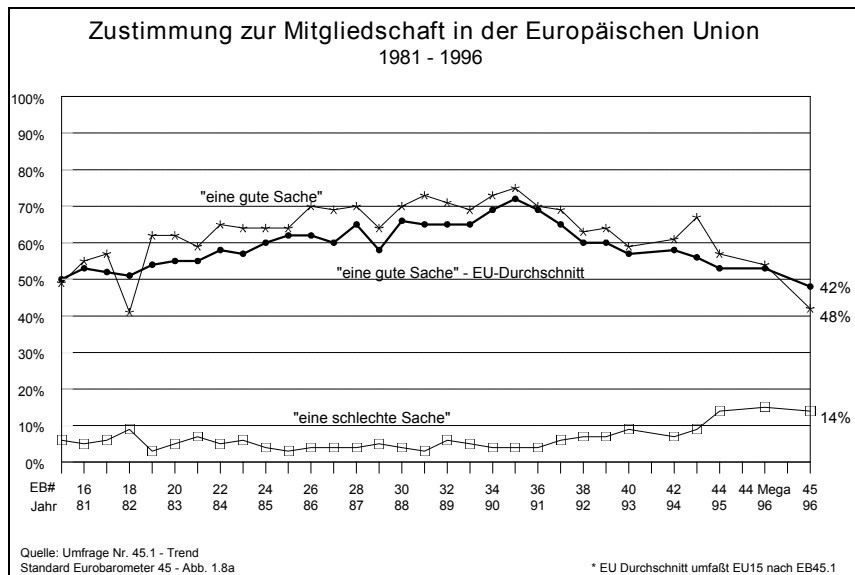
## 1.5. Die europäische Einigung und generelle Zustimmung zur Europäischen Union

Die folgende Serie von Schaubildern zeigt die Trends über die letzten 15 Jahre hinweg auf. Dabei werden drei Standard-Indikatoren verwendet, anhand derer Eurobarometer die Zustimmung zur Europäischen Union aufgeschlüsselt nach Ländern mißt. Außerdem wird der EU-Durchschnitt für die jeweiligen Indikatoren ausgewiesen:

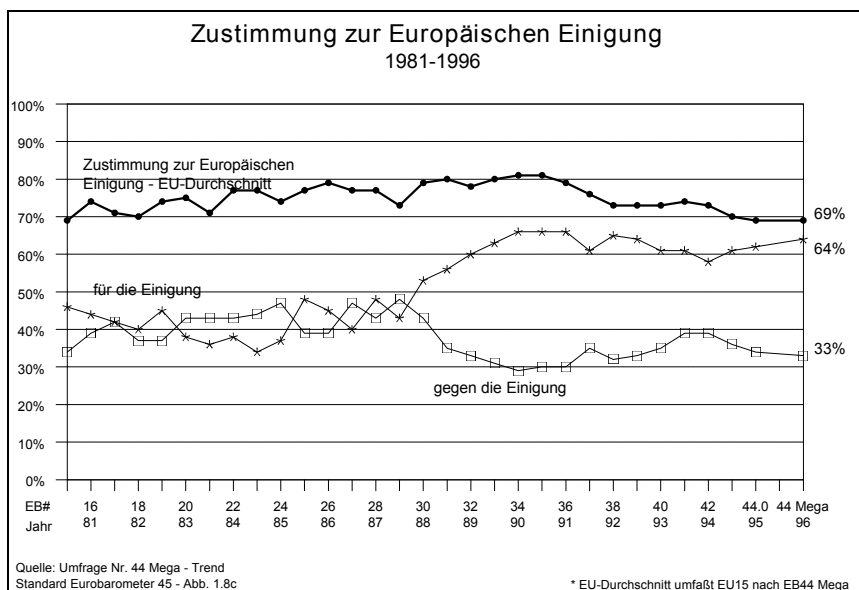
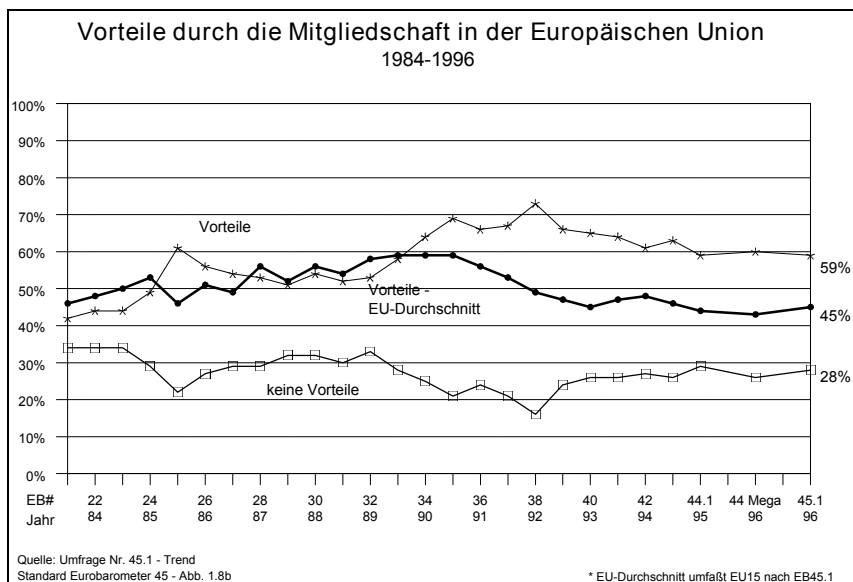
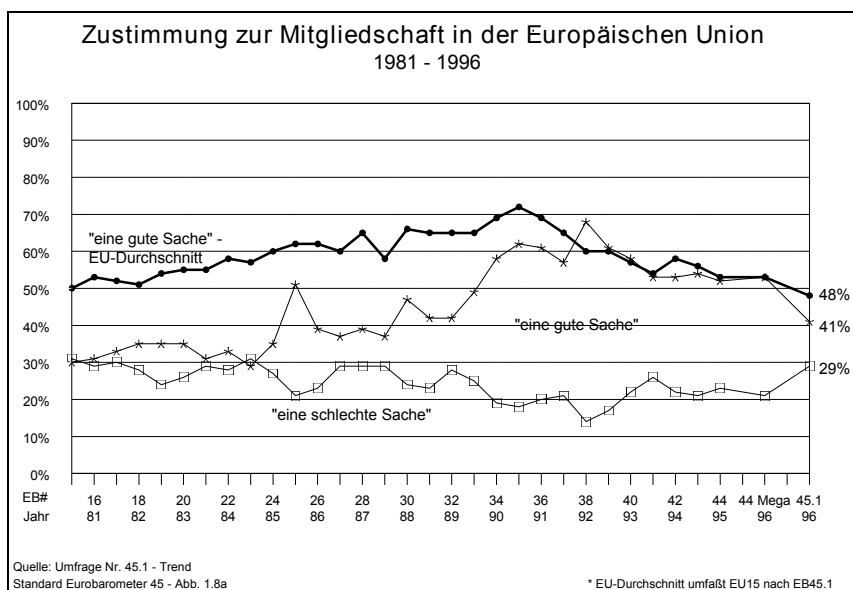
- ☐ Zustimmung zur europäischen Einigung<sup>1</sup>
- ☐ Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Union
- ☐ Empfundene Vorteile

<sup>1</sup> Die jüngsten Ergebnisse für die Zustimmung zur Europäischen Einigung basieren auf der Eurobarometer Mega-Umfrage, die jüngsten Ergebnisse betreffend die Mitgliedschaft und die empfundenen Vorteile auf der Eurobarometer Umfrage 45.1

## Belgien

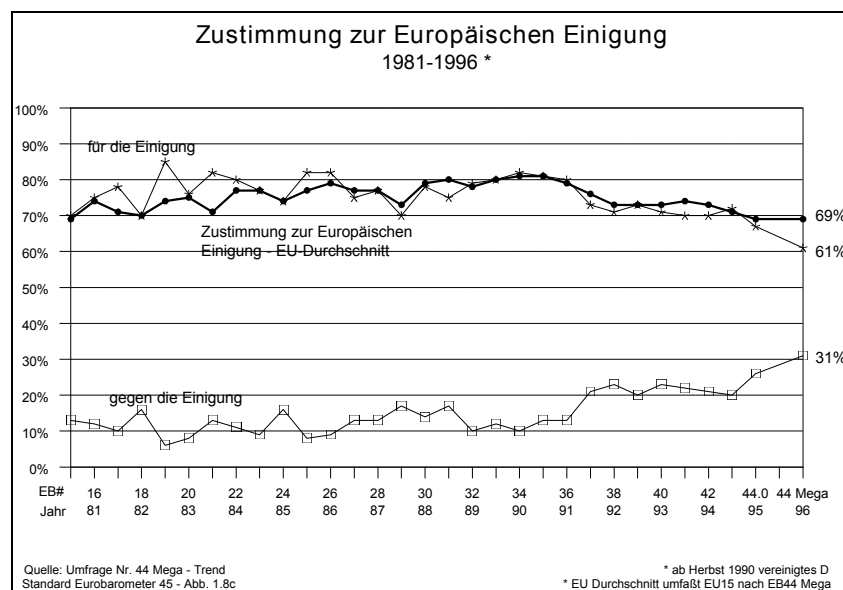
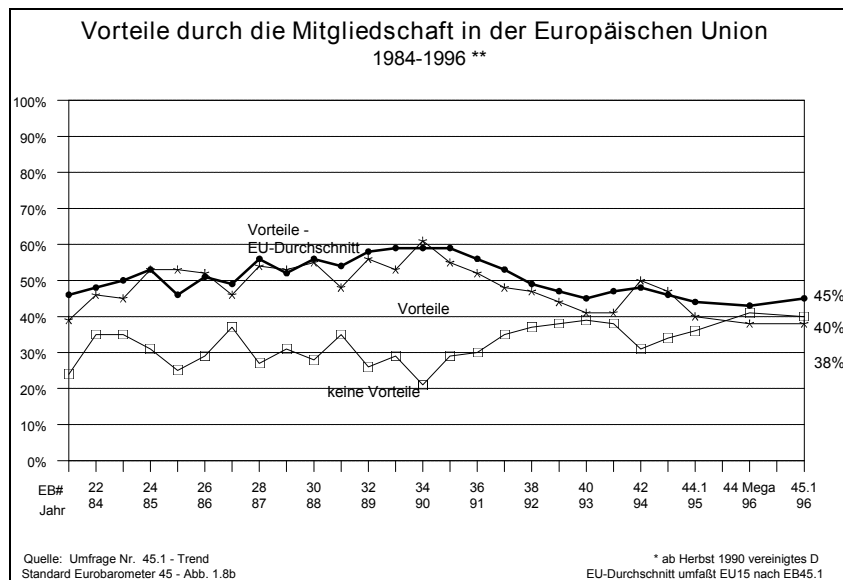
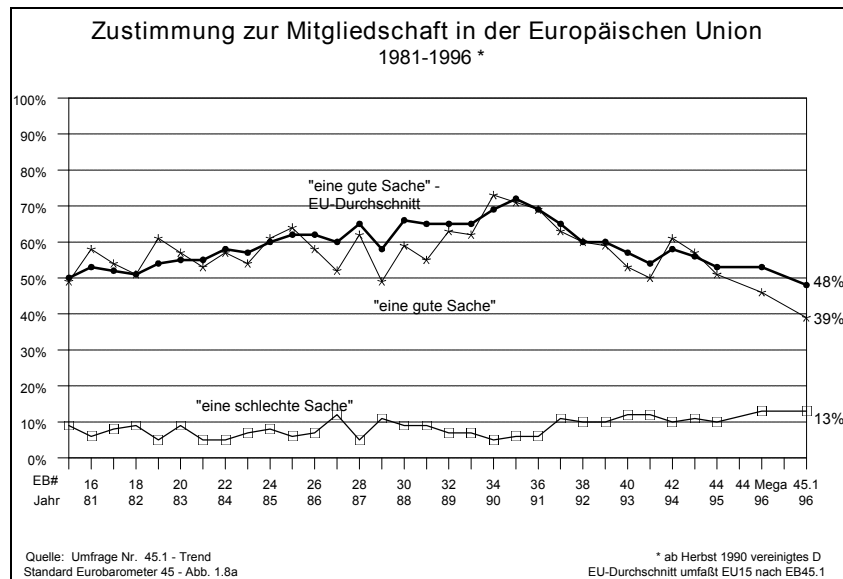


## Dänemark

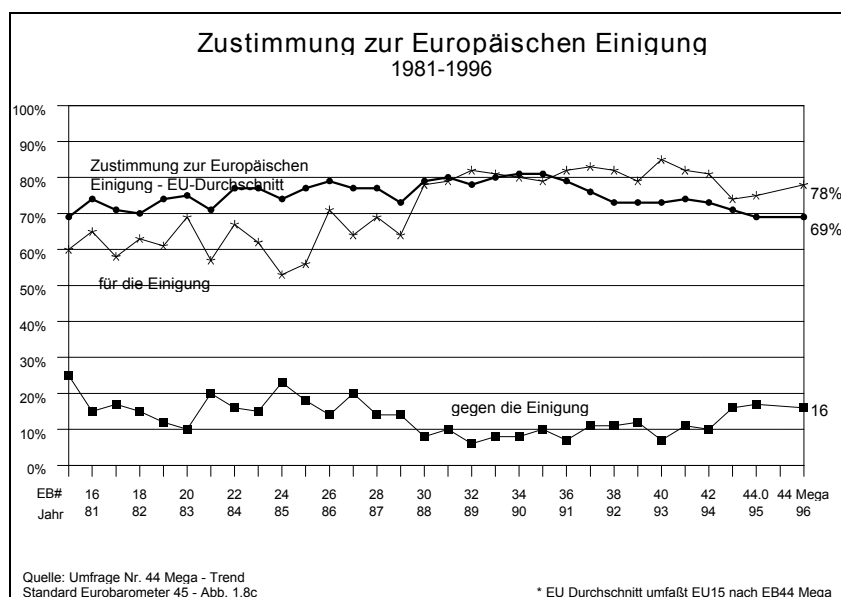
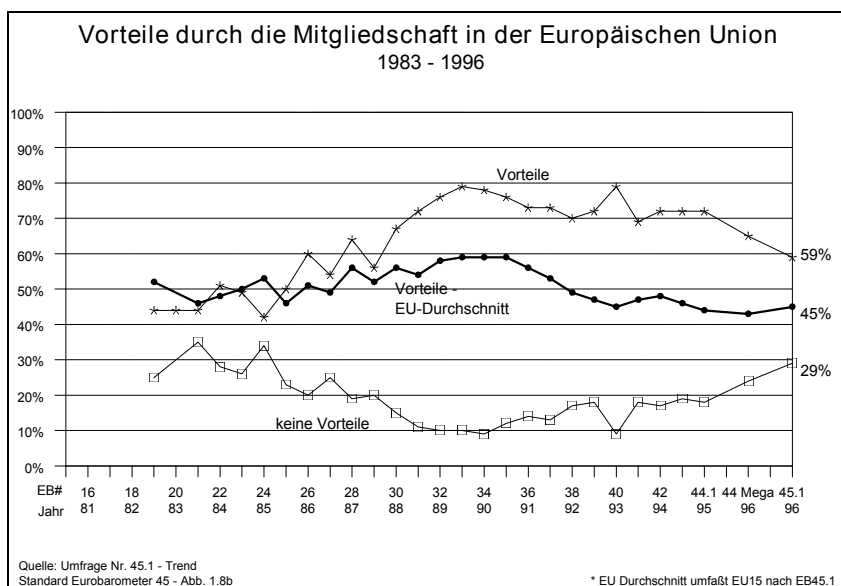
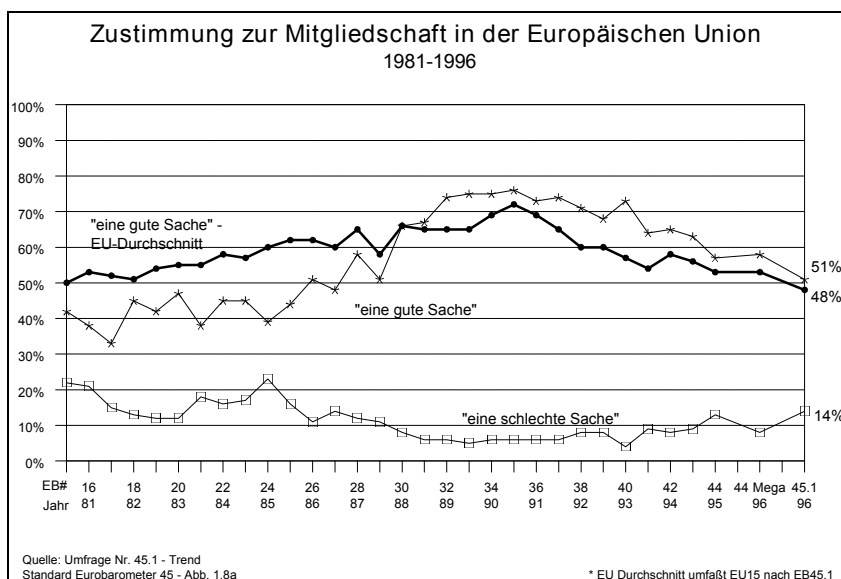




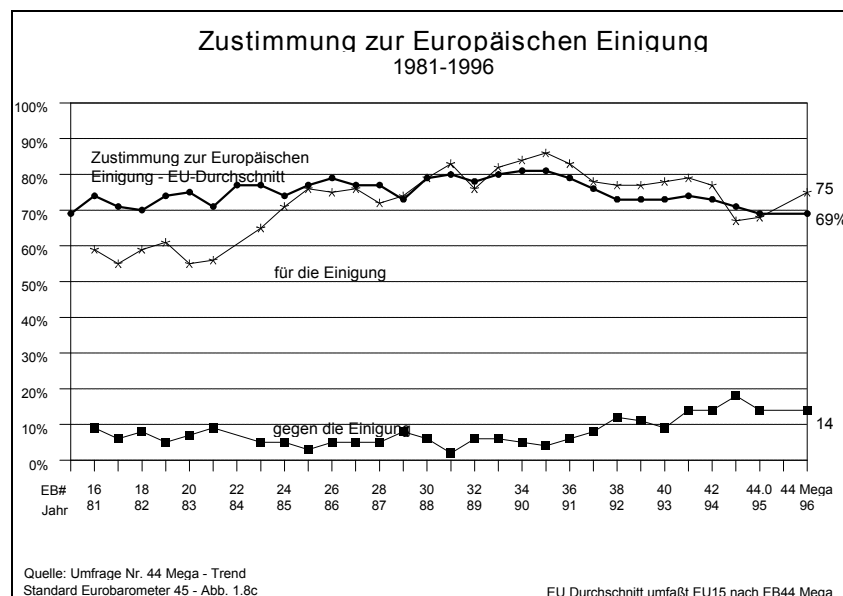
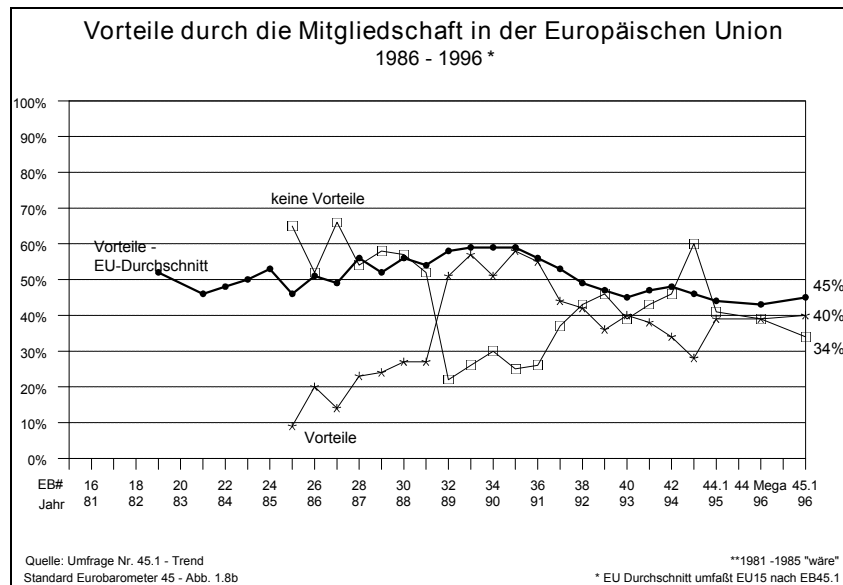
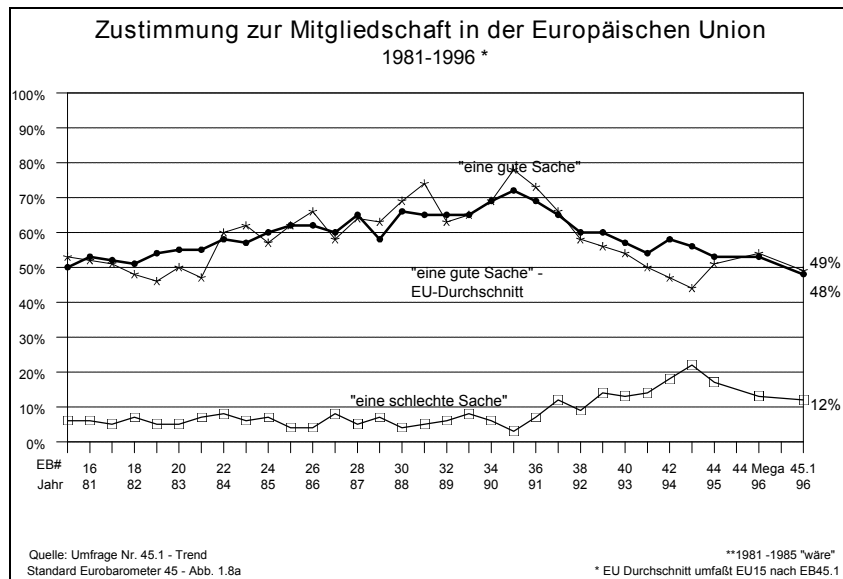
## Deutschland



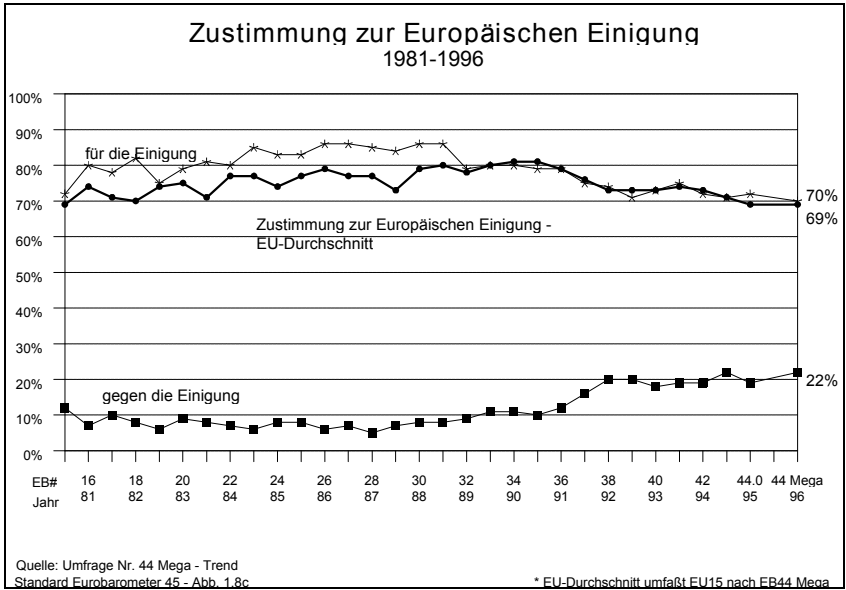
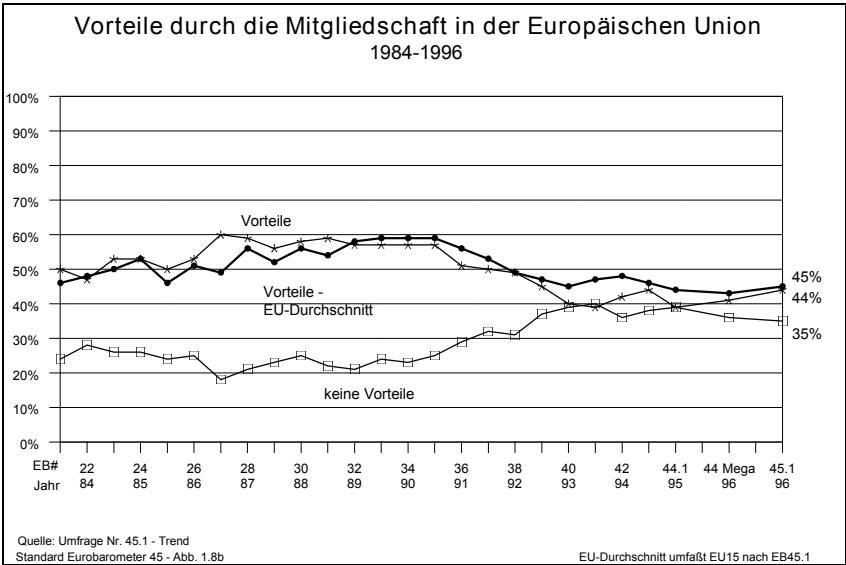
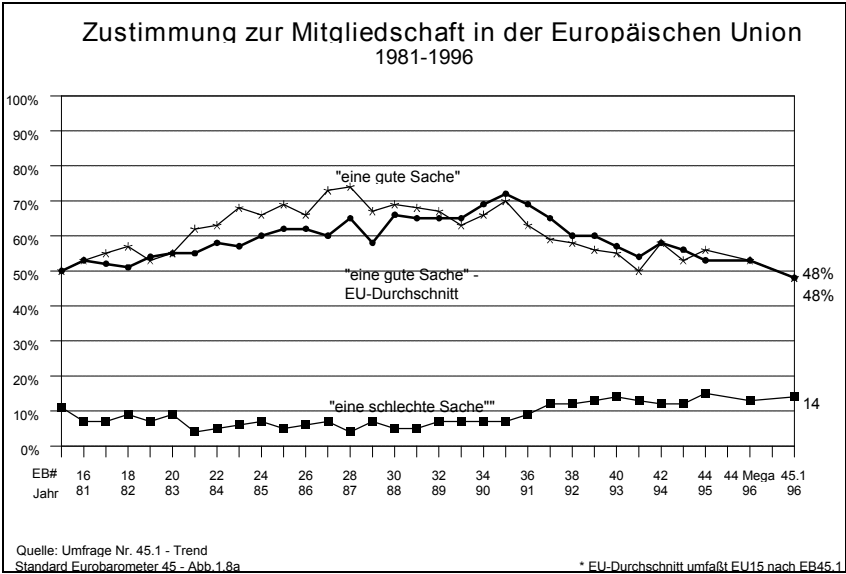
## Griechenland



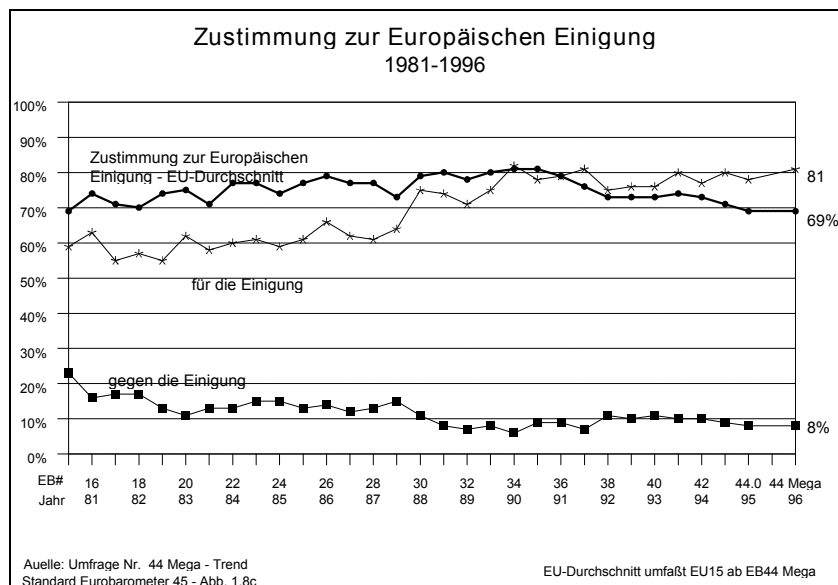
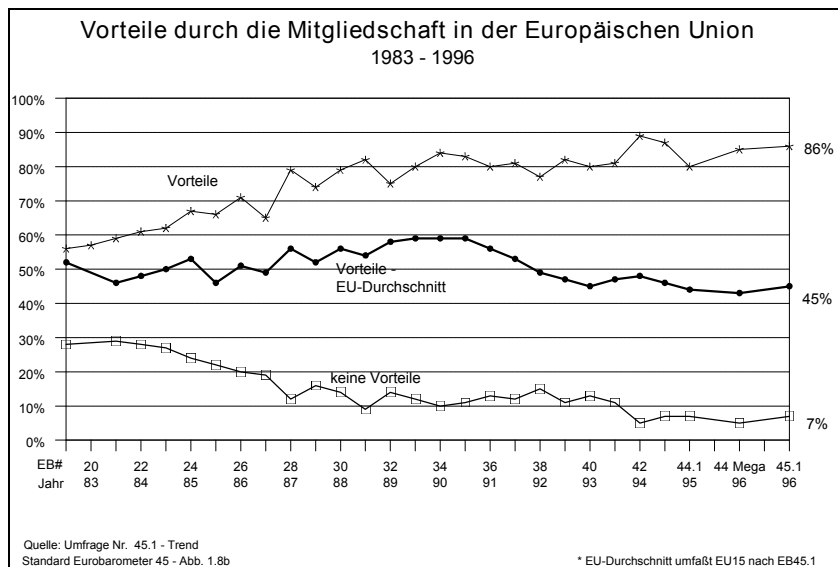
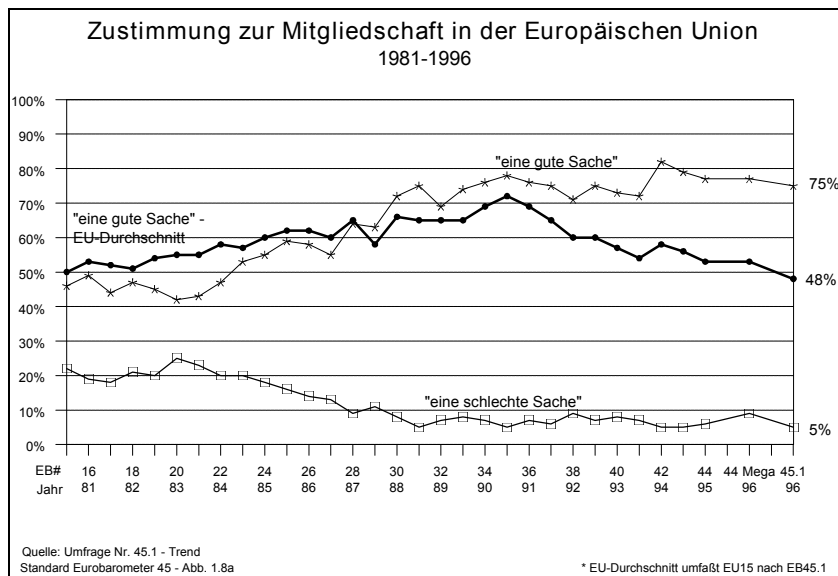
## Spanien



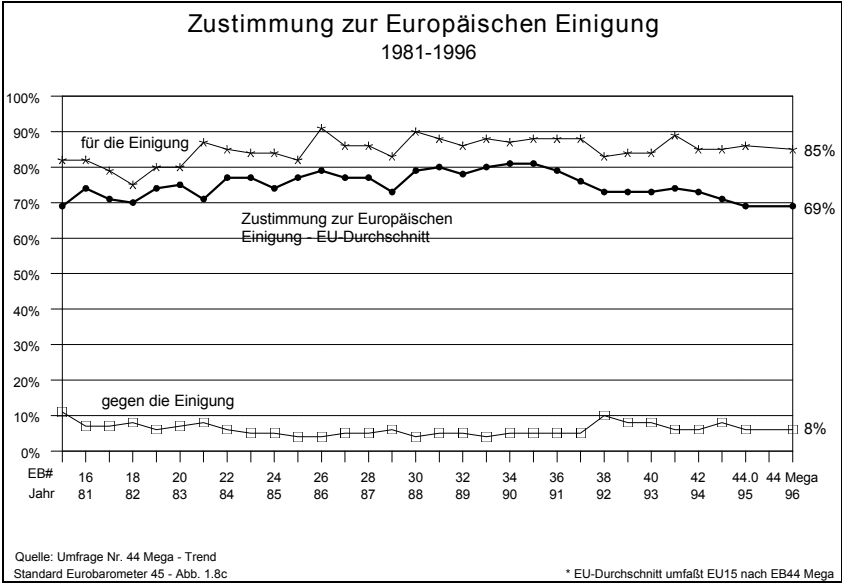
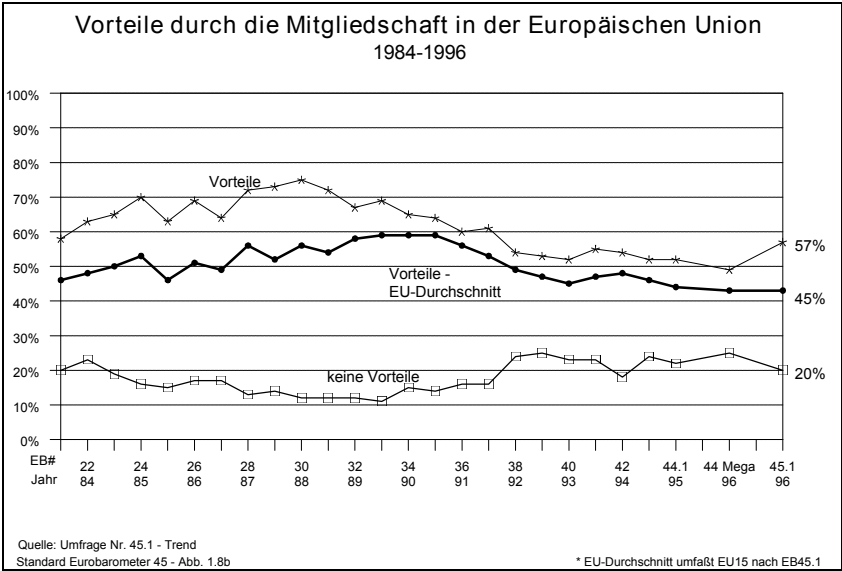
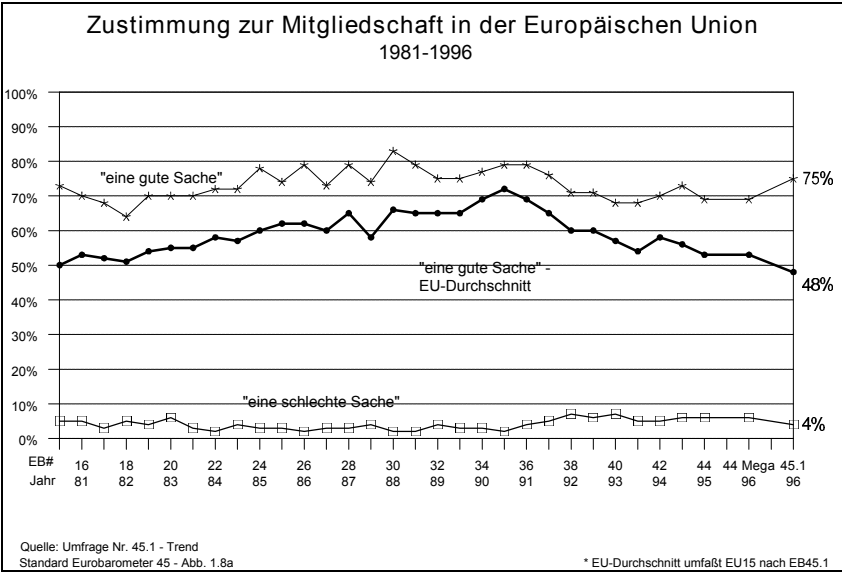
Frankreich



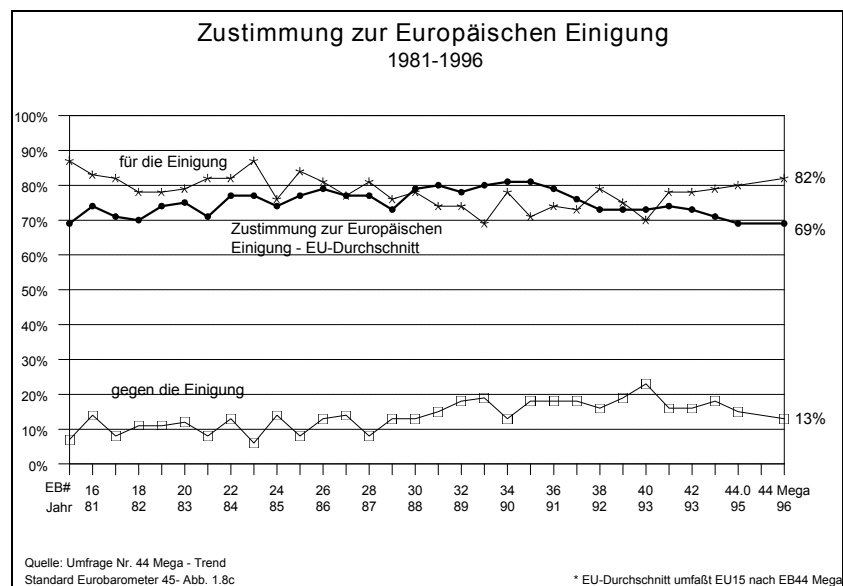
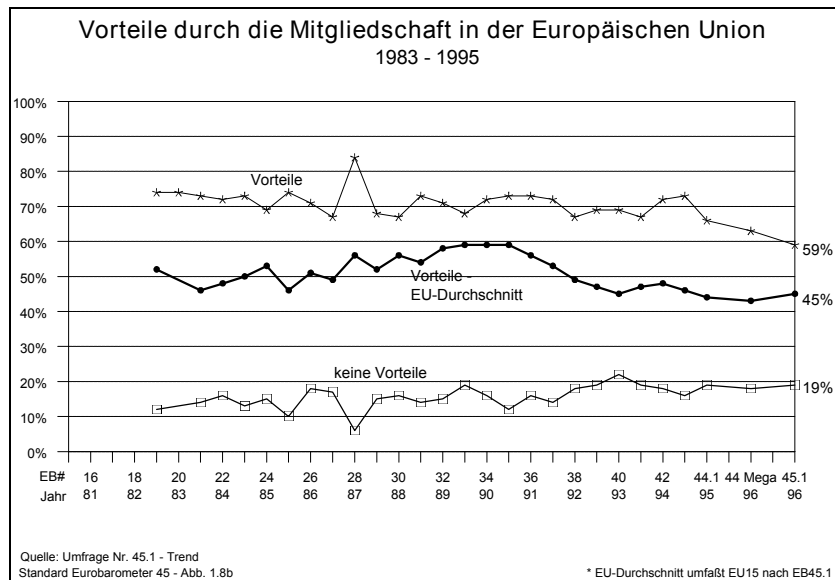
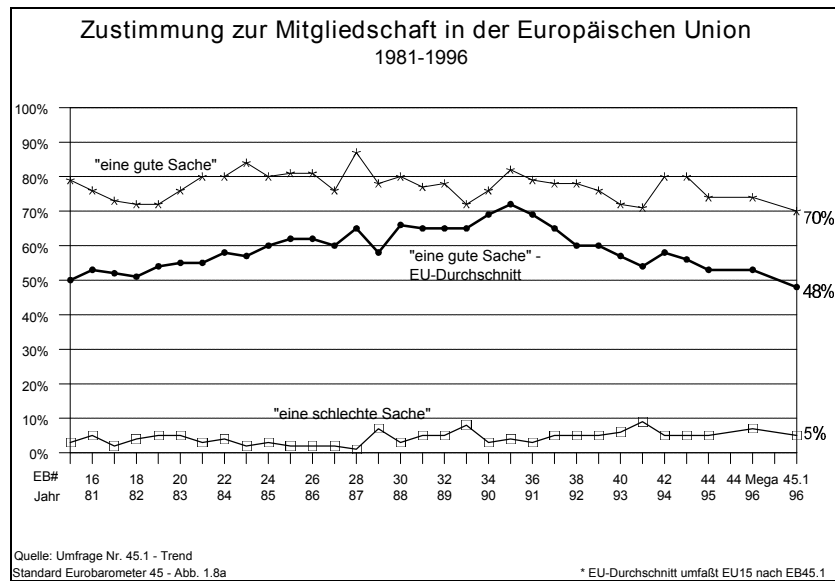
## Irland



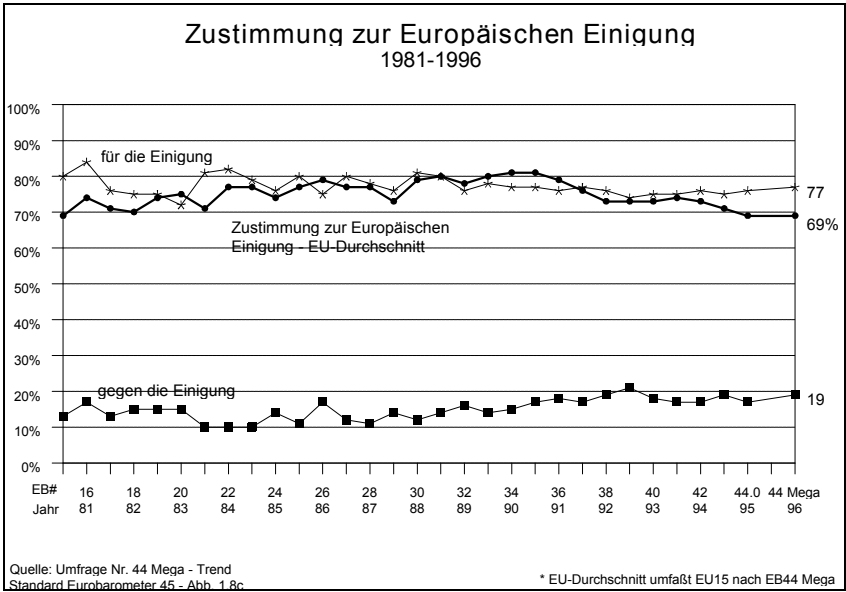
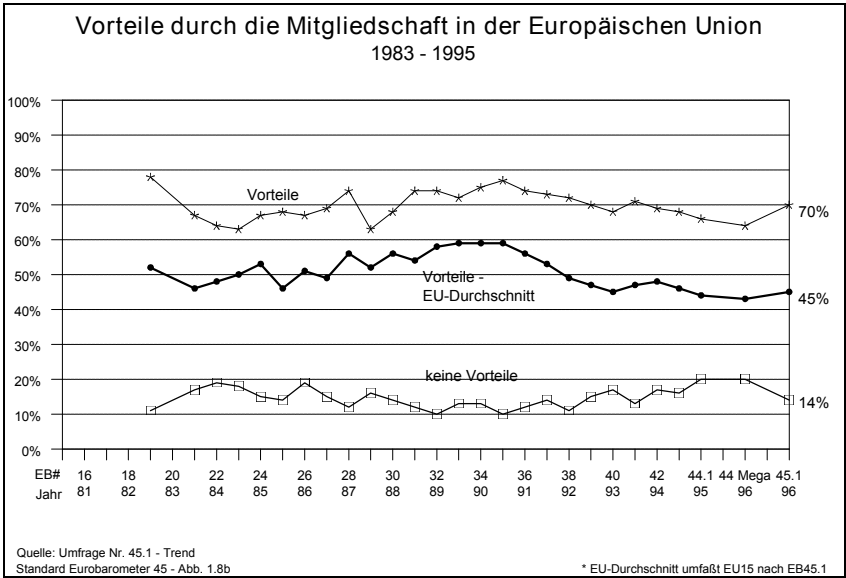
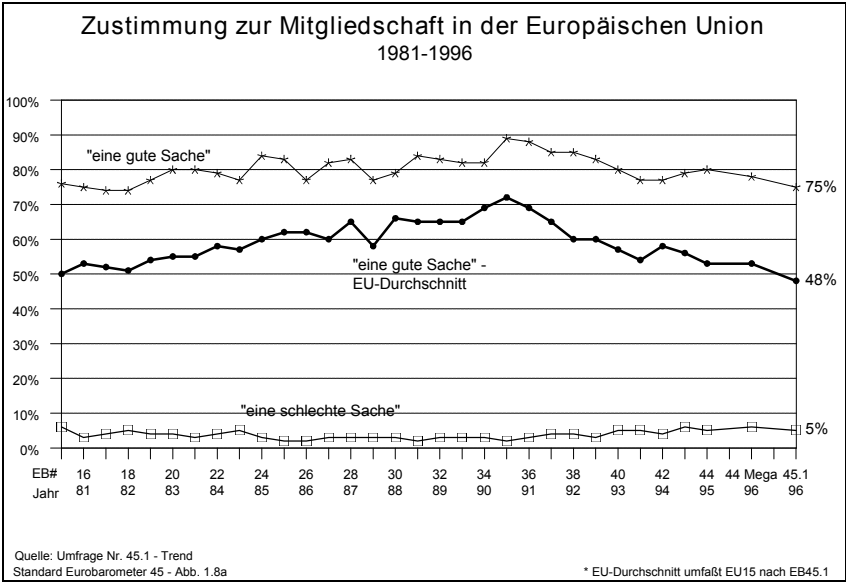
Italien



## Luxemburg

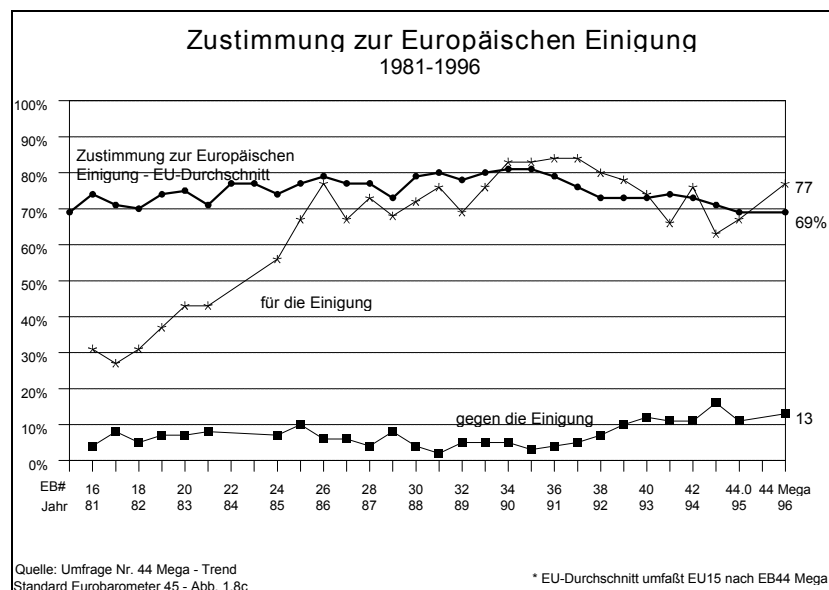
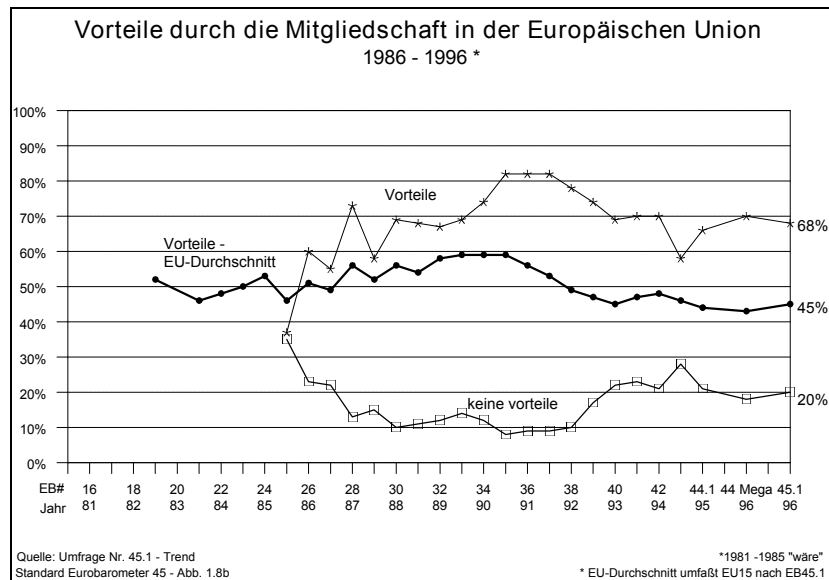
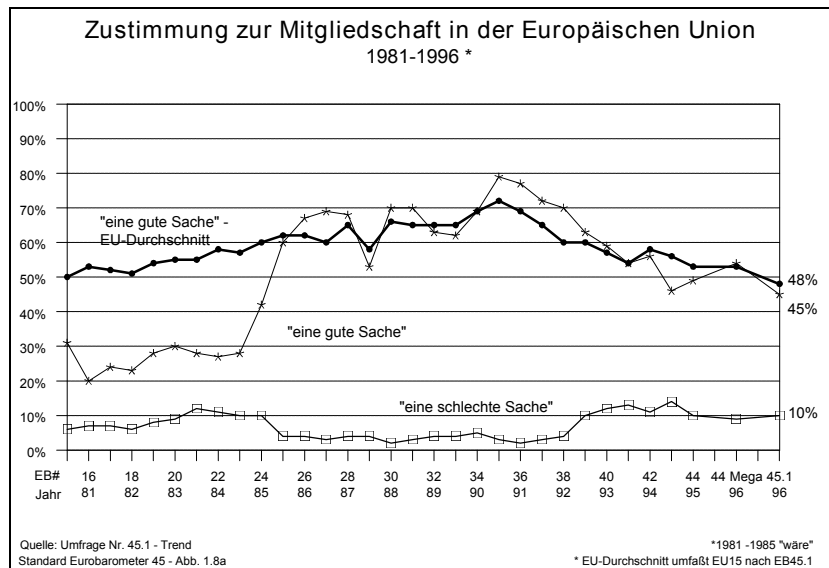


Niederlande

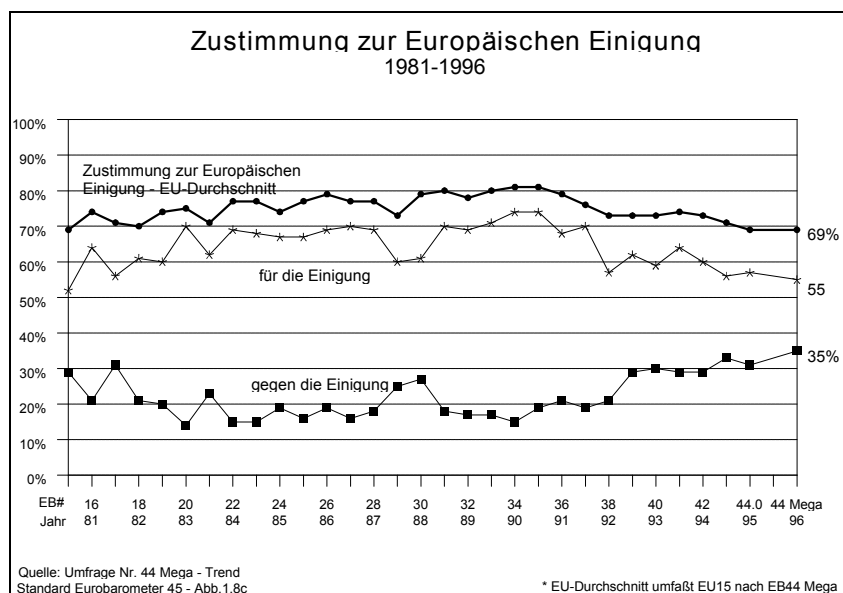
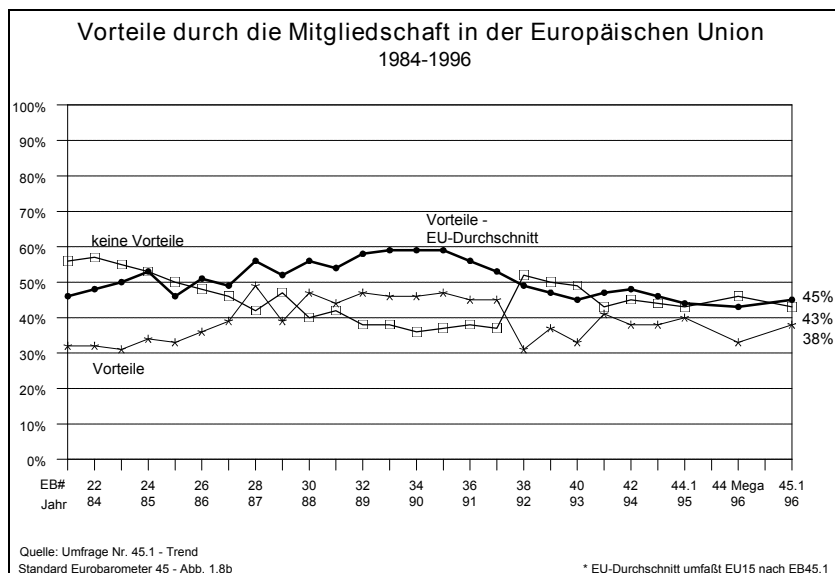
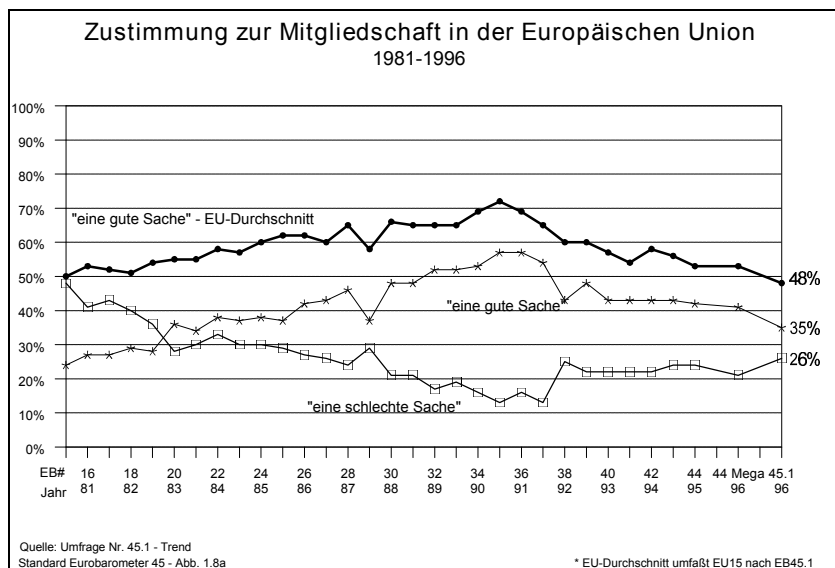




## Portugal



## Vereinigtes Königreich



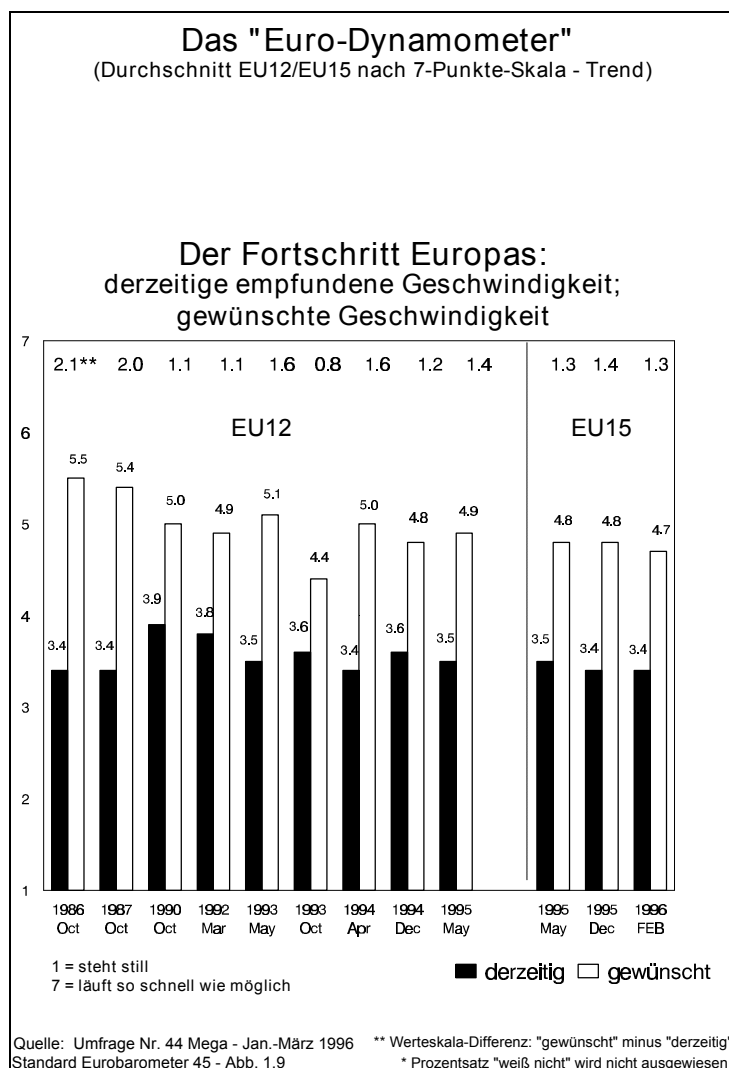
## 1.6. Das Tempo der Europäischen Integration

In den letzten zehn Jahren hat Eurobarometer die Meinung der Öffentlichkeit zum Tempo der Europäischen Integration mit Hilfe der folgenden Frage gemessen:

- a. Ihrer Meinung nach: Wie kommt die Europäische Union, die Europäische Einigung gegenwärtig voran? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. (Liste vorlegen) Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell es kann. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung von der Europäischen Union, der Europäischen Einigung am besten?
- b. Und welches Männchen entspricht am bestem dem, was Sie sich wünschen würden? (Liste liegt noch vor)

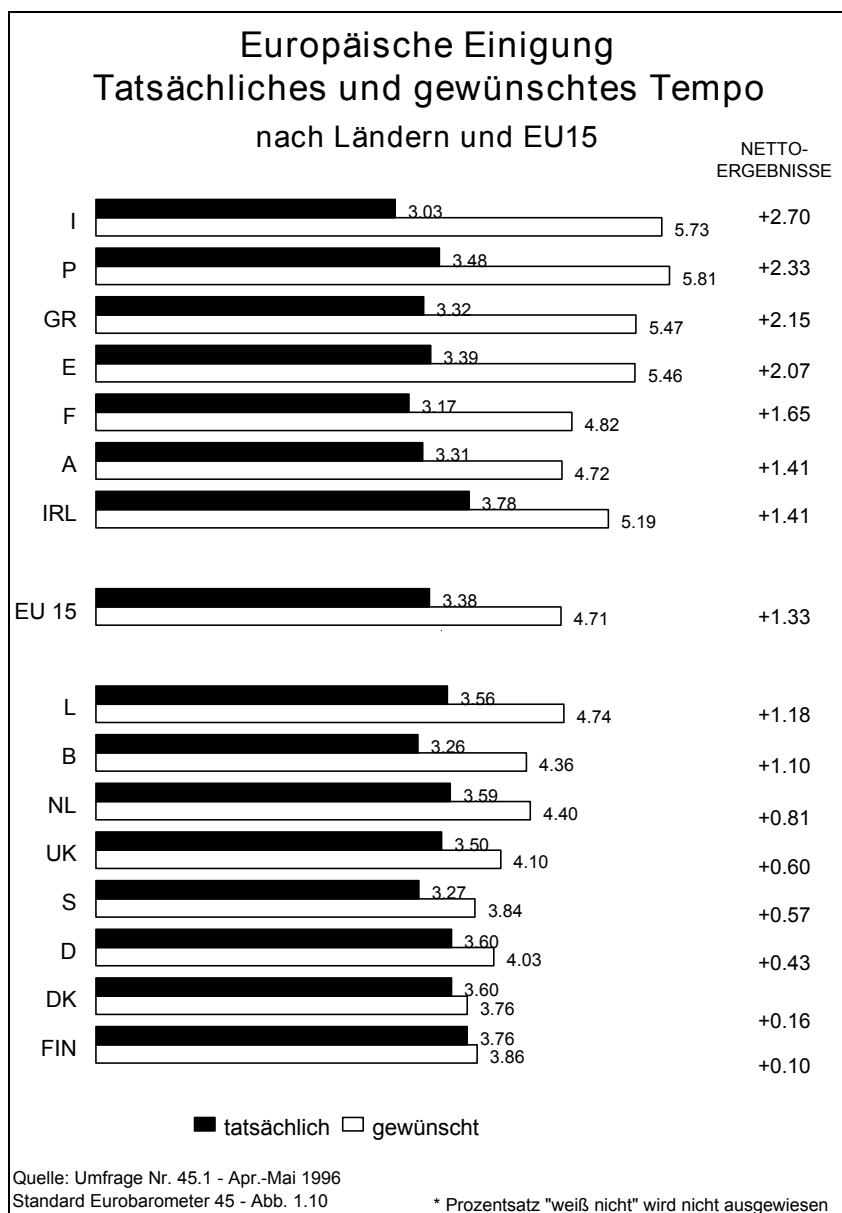
Die Ergebnisse der letzten beiden Jahre sind relativ konstant geblieben, wobei sich die Differenz zwischen empfundenem und gewünschtem Tempo zwischen 1.2 im Dezember 1994 über 1.4 im Dezember 1995 und 1.3 Anfang 1996 bewegt.

Generell würde die Öffentlichkeit es begrüßen, wenn die Europäische Einigung rascher vorankäme, als es derzeit in ihren Augen der Fall ist.

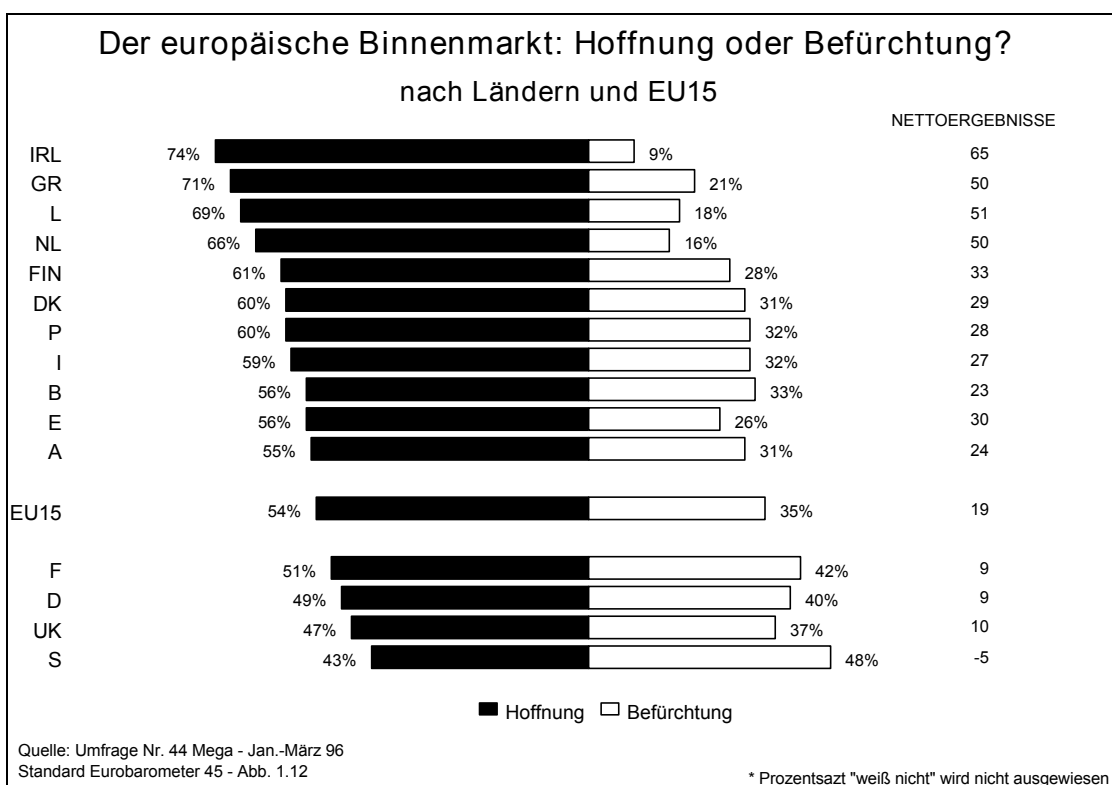


Der Ländervergleich zeigt, daß in keinem Mitgliedstaat von den Bürgern eine Verlangsamung des Einigungsprozesses gewollt wird. Wie bereits bei früheren Umfragen zeigt sich, daß die Mittelmeerländer einschließlich Frankreich alle eine Beschleunigung des Einigungsprozesses begrüßen würden. Das "Mittelfeld" hätte gern einen etwas dynamischeren Prozeß, während eine dritte Gruppe, der die skandinavischen Länder, Deutschland und das Vereinigte Königreich angehören, keine wesentliche Beschleunigung wollen, aber dennoch eher positiv als negativ eingestellt sind (Tabellen 1.12 und 1.15)

Betrachtet man die sozialen und demographischen Variablen, so zeigt sich, daß vor allem die jungen Leute sich wünschen, daß die Europäische Einigung schneller vorankommt.



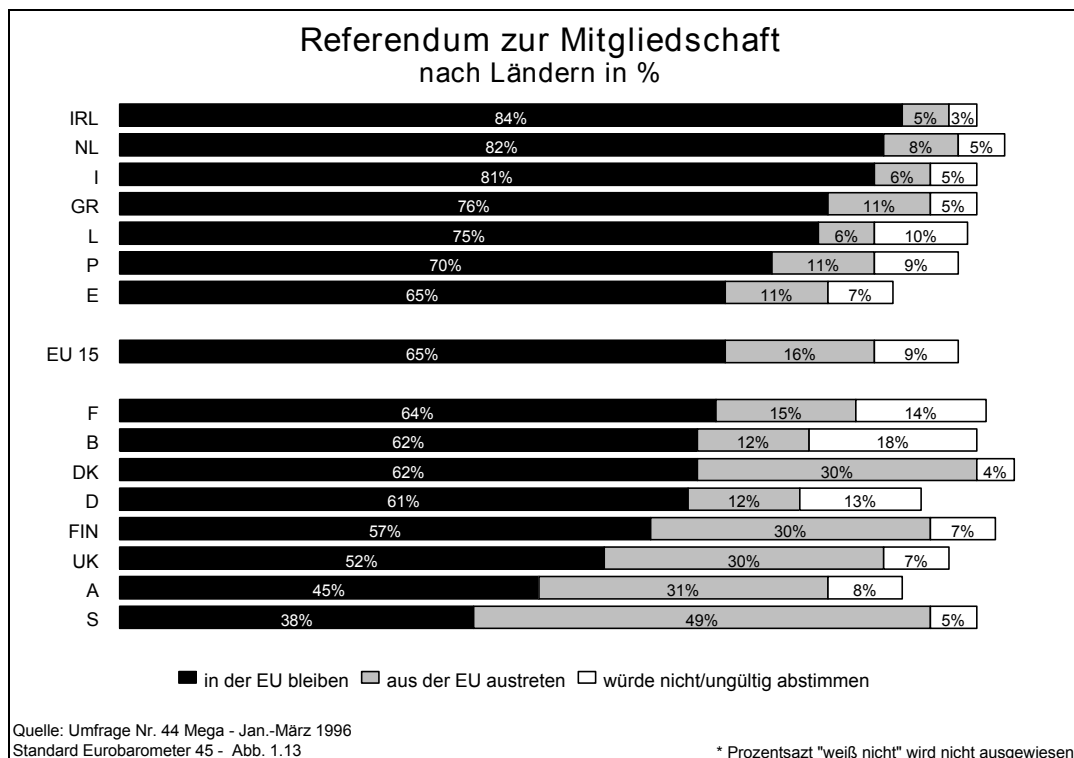




ANTEIL DER NETTOWERTE "HOFFNUNGEN" IN %				
	Frühjahr 95 EB 43	Winter 96 EB 44	Frühjahr 96 EB 45	Veränderung seit Frühjahr 1995 in %
Belgien	50	24	23	-27
Dänemark	24	22	29	+5
Deutschland	23	11	9	-14
Griechenland	55	55	50	-5
Spanien	23	21	30	+7
Frankreich	15	15	9	-6
Irland	69	59	65	-4
Italien	42	25	27	-15
Luxemburg	46	43	51	-5
Niederlande	58	53	50	-8
Österreich	26	21	24	-2
Portugal	35	34	28	-7
Finnland	43	34	33	-10
Schweden	5	0	-5	-10
Vereinigtes Königreich	26	20	10	-16
EU15	28	21	19	-9

## 1.8. Referendum zur Mitgliedschaft

Abschließend wurden die Bürger der Mitgliedstaaten zu ihrer Haltung für den Fall befragt, daß ein Referendum abgehalten würde. Wenn "am nächsten Sonntag" eine solche Volksbefragung stattfände, würden sich zwei Drittel aller EU-Bürger für einen Verbleib in der Union entscheiden, 16 % würden für einen Austritt stimmen, und 9 % wären unentschieden. Nur in Österreich und Schweden blieb die Zustimmung zur Mitgliedschaft unterhalb der 50 %-Marke (45 % bzw. 38 %). Ansonsten ist eine breite Zustimmung zu verzeichnen. (Tabelle 1.17)



Ebenso wie bei einigen anderen Indikatoren zeigt sich auch bei der Zustimmung zur Mitgliedschaft, daß sich die Männer eher "für" die Mitgliedschaft in der Union aussprechen (68 % verglichen mit 62 % der Frauen). 68 % der Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) würden "dafür" stimmen, während dieser Anteil in der Altersgruppe über 55 bei 61 % liegt. Auch der berufliche Status ist ein wesentlicher Faktor: die Führungskräfte sind mit 76 % wesentlich positiver eingestellt als die übrigen Gruppen. Auch ein hohes Bildungsniveau und eine meinungsführende Rolle sind häufig mit einer positiven Haltung verknüpft. (Tabelle 1.19)

## 2. Das Profil des Unionsbürgers

Wie im Editorial bereits erwähnt basiert dieser Bericht auf zwei Eurobarometer Umfragen, wobei bei einer dieser Umfragen eine außergewöhnlich umfangreiche Stichprobe von 65.000 Personen berücksichtigt wurde. Daher hielten wir es für sehr aufschlußreich, das demographische Profil dieser Stichprobe zu untersuchen. Zusätzlich wurden im Rahmen der drei in Vorbereitung befindlichen Informationskampagnen weitere Analysen durchgeführt, um eine Typologie in Form von vier Bürgergruppen zu erstellen, die nach ihren Haltungen zusammengestellt werden. In den folgenden Abschnitten werden die verschiedenen im Rahmen der Umfrage ermittelten Gruppen beschrieben.

### 2.1. Ein demographisches Profil

Die Europäische Union hat 306 Millionen Bürger über 15 Jahre<sup>1</sup>, 147 Millionen Männer und 158 Millionen Frauen. Aus den jüngsten Statistiken zieht Eurostat die folgenden Schlüsse:

"Die Gesamtwachstumsrate ist seit 1960 positiv.

Beide Komponenten dieses Wachstums (natürliche Vermehrung und Ein-/Auswanderungsbilanz) waren positiv. Zwei Drittel des Zuwachses waren auf Migrationsströme zurückzuführen.

Der Gesamtbevölkerungszuwachs war in allen 15 Ländern der Union positiv. Die natürliche Vermehrungsrate war in Deutschland negativ und lag in Italien knapp unter Null. Irland hatte als einziges Land eine negative Ein-/Auswanderungsbilanz zu verzeichnen."

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die sich ändernden Meinungen näher zu untersuchen, wie dies im Rahmen des Eurobarometer getan wird. Im ersten Abschnitt befassen wir uns mit vier demographischen Variablen: Alter, Personenstand, Alter des Ausbildungsabschlusses und beruflicher Status anhand einer Selbsteinschätzung.

Das Altersprofil der Stichprobe (Mega-Umfrage) wird durch die veröffentlichten Statistiken bestätigt<sup>2</sup>. Die Frauen waren zahlenmäßig den Männern überlegen, was weitgehend auf ihre längere Lebenserwartung zurückzuführen ist, wie aus den Zahlen der Altersgruppe über 65 hervorgeht. Im Ländervergleich weist Irland mit über einem Fünftel der Bevölkerung (24 % Männer, 25 % Frauen) in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahre das jüngste Altersprofil auf, gefolgt von Portugal und Spanien (21 % bzw. 20 % in der Altersgruppe 16-24). Schweden hat den geringsten Bevölkerungsanteil (15 %) in dieser Altersgruppe, jedoch den höchsten Anteil (21 %) in der Altersgruppe über 65. (Tabellen 2.1a und 2.1b)

Das Durchschnittsalter in den Mitgliedstaaten schwankt zwischen 41,5 in Irland und 46,3 in Schweden; der EU-Durchschnitt liegt bei 43,7. Das junge Alterprofil in Irland spiegelte sich auch darin wider, daß 23 % der Stichprobe der Altersgruppe 15-24 angehörten.

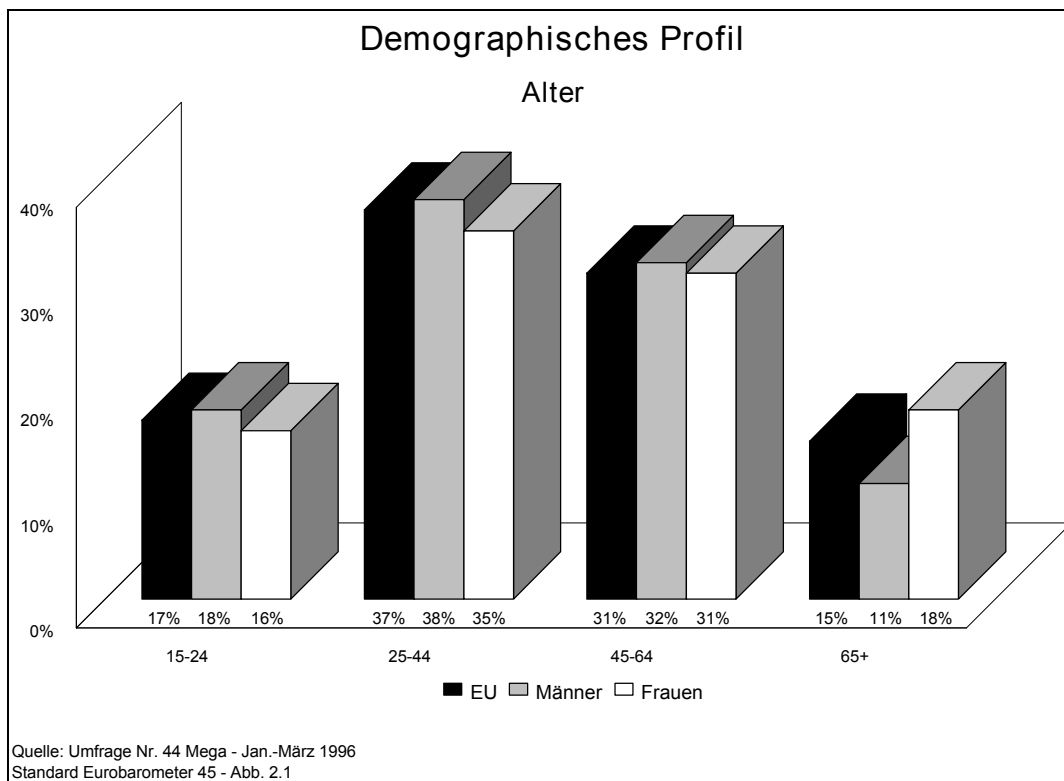
DURCHSCHNITTSSALTER															
B	DK	D	GR	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
44.4	44.0	44.3	43.8	42.9	43.0	41.5	43.7	42.9	42.6	43.4	43.0	43.8	46.3	44.0	43.7

---

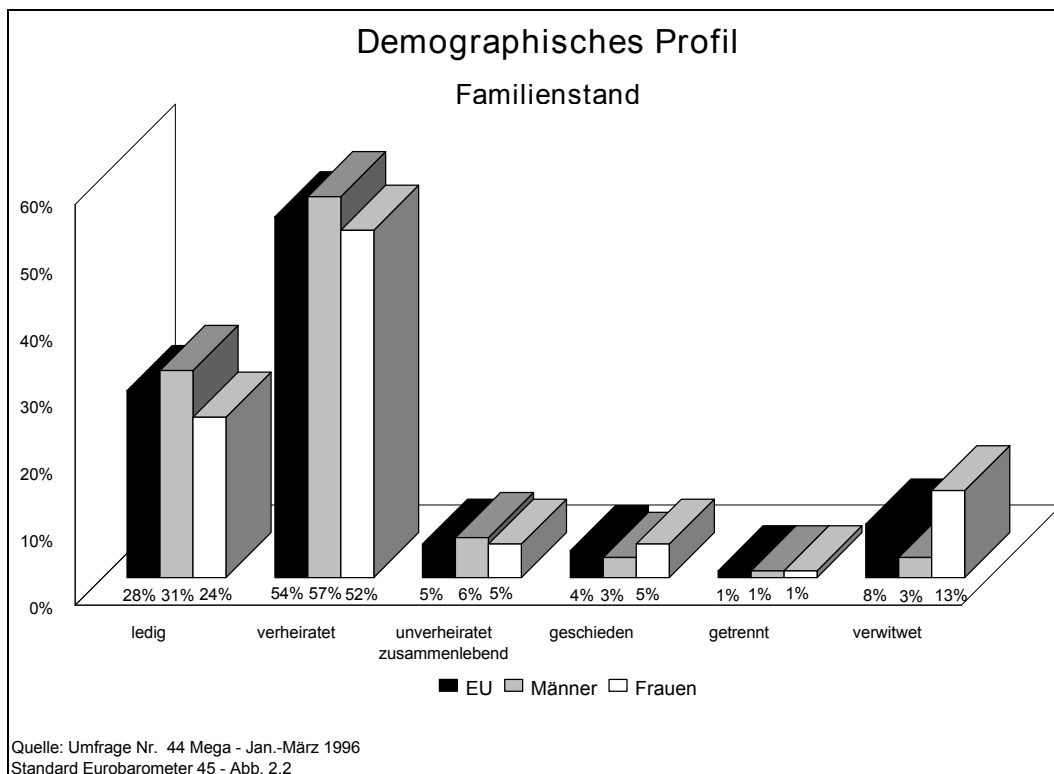
<sup>1</sup> Quelle Eurostat - Demographische Statistiken 1996

<sup>2</sup> Quelle Eurostat - Demographische Statistiken 1996





Die Mehrheit der Unionsbürger (54 %) im Alter von über 15 sind verheiratet und weitere 6 % leben unverheiratet mit einem Partner zusammen, 31 % sind ledig, 5 % geschieden oder getrennt lebend und 8 % sind verwitwet. Die Ehe ist am weitesten in Griechenland (67 %), Portugal (62 %), Belgien (60 %) sowie Spanien und Deutschland (beide 59 %) verbreitet.



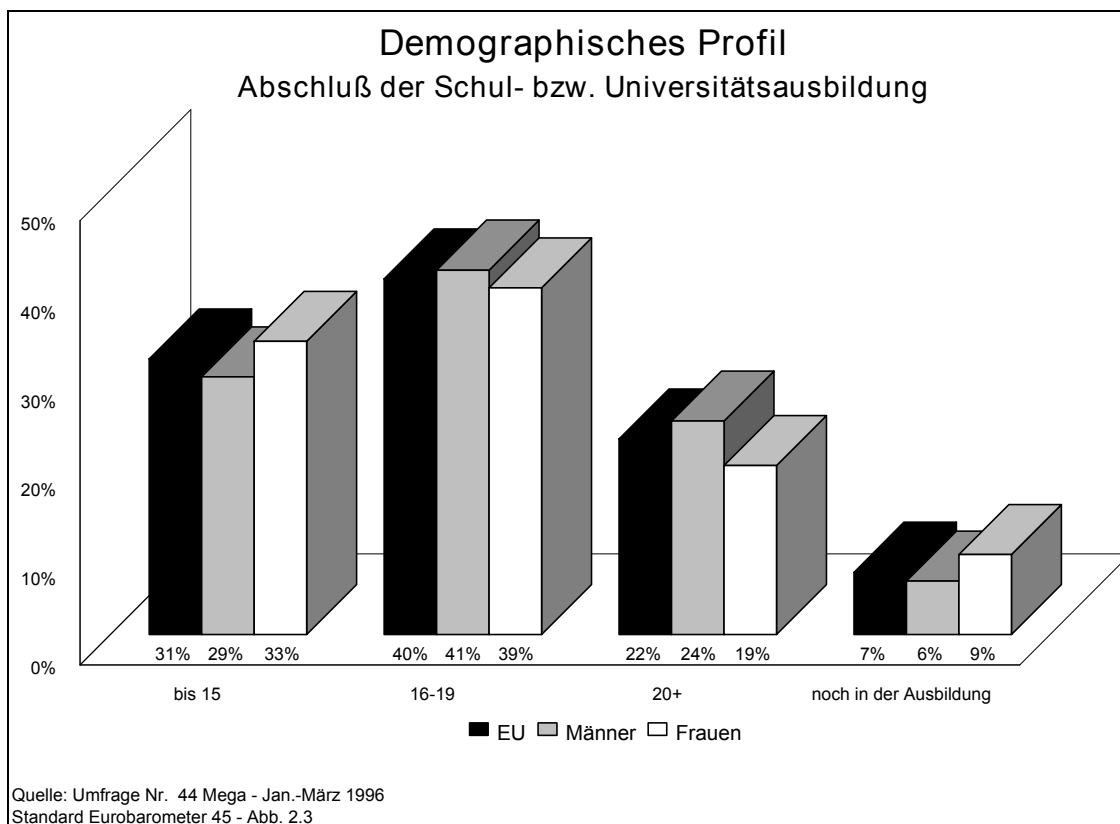
Weniger verbreitet ist die Ehe in den drei skandinavischen Ländern und Frankreich, wo weniger als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung angibt, verheiratet zu sein. Allerdings ist in diesen Ländern der Anteil derer, die unverheiratet zusammenleben, entsprechend höher (Dänemark 18 %, Schweden 15 %, Frankreich 12 % und Finnland 11 %) als der EU-Durchschnitt von 5 %.

Die zweitgrößte Gruppe der "Ledigen", die knapp ein Drittel (28 %) der EU-Bürger umfaßte, ist in Italien (40 %) und Irland (35 %) besonders groß.

In Österreich, Luxemburg und Deutschland ist jeder zehnte Bürger (Männer und Frauen) verwitwet. Ansonsten liegen die Werte um den EU-Durchschnitt von 8 %. Niedrigere Werte sind aus Italien und Belgien (jeweils 6 %) zu vermelden. Allerdings sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sehr ausgeprägt. Von den Männern sind 2,5 % verwitwet, verglichen mit 12,7 % der Frauen. Die höchsten Anteile verwitweter Frauen sind in Westdeutschland (17 %), Luxemburg und Österreich (beide 16 %) zu verzeichnen. Die niedrigsten Werte wurden aus Belgien (9 %), Italien und Schweden (beide 10 %) gemeldet. (Tabellen 2.1a und 2.1b)

Insgesamt beendeten drei von zehn EU-Bürgern ihre Schul- bzw. Universitätsausbildung im Alter von 15 Jahren, vier von zehn im Alter von 19, 22 % im Alter von 20 und darüber und 7 % der Stichprobe befanden sich noch in der Ausbildung.

In Portugal und Spanien ist der Anteil derer am höchsten, die ihre Ausbildung bereits mit 15 Jahren beenden (58 % bzw. 49 %). Die höchsten Prozentsätze derer, die ihre Ausbildung erst im Alter von 20 und darüber abschließen, waren in Dänemark (51 %), Finnland (37 %), Schweden (31 %) und Belgien (29 %) zu verzeichnen.

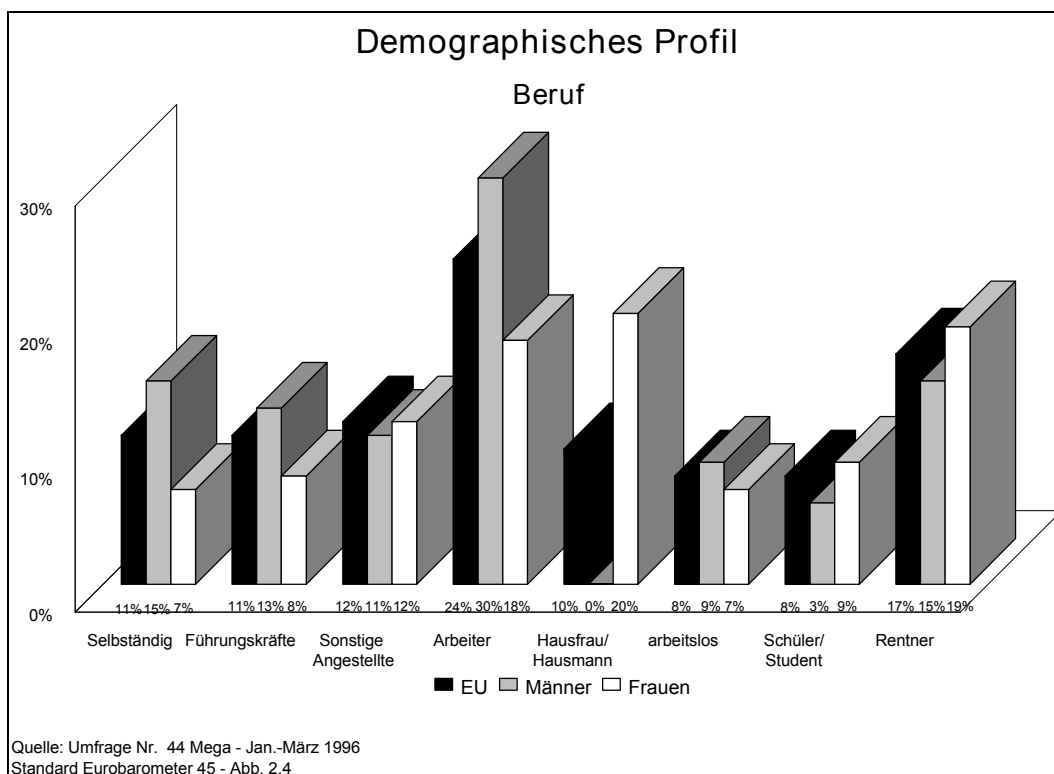


Die Aufschlüsselung nach Altersgruppen zeigt deutlich den Trend zum höheren Ausbildungsniveau bei den jüngeren Bürgern: während 57 % der Altersgruppe über 55 Jahre ihre Ausbildung im Alter von 15 beendet hatten, haben von den Jugendlichen von heute nur 9 % ihre Ausbildung bereits abgeschlossen, während sich 38 % noch in der Ausbildung befinden<sup>3</sup>.

Die Frauen holen ihren Ausbildungsrückstand offenbar ebenfalls auf: während sich die Gruppe derer, die ihre Ausbildung im Alter von 15 beendet hatten, aus 56 % Frauen und 45 % Männern zusammensetzte, sind heute in der Kategorie derer, die sich noch in der Ausbildung befinden, 41 % Männer und 59 % Frauen vertreten. (Tabellen 2.1a und 2.1b)

Als abschließende demographische Standard-Variable befassen wir uns mit dem Beschäftigungsprofil der Befragten (nach ihrer Selbsteinschätzung). Von der Stichprobe sind 78 % der männlichen und 52 % der weiblichen Befragten Erwerbspersonen, d.h. sind im Bezugszeitraum berufstätig oder arbeitslos gemeldet. Diese Zahlen stimmen weitestgehend mit den jüngsten Arbeitsmarktstatistiken überein, wonach die Zahlen für Männer und Frauen bei 79 % bzw. 53 % liegen<sup>4</sup>.

Wie aus der nachstehenden Abbildung deutlich ersichtlich, bezeichnet sich der größte Anteil der Stichprobe (24 %) als Arbeiter (30 % Männer, 18 % Frauen). In anderen Kategorien wie bei den Selbständigen sind doppelt so viele Männer wie Frauen vertreten, und auch in Führungspositionen sind die Männer in der Überzahl (13 % zu 8 %). In der Gruppe der Angestellten hingegen sind Männer und Frauen relativ gleichmäßig vertreten (11 % Männer, 12 % Frauen).



Die Mehrheit der Frauen gehört den Kategorien "Arbeiter" bzw. "Hausfrau" an: diese beiden Gruppen umfassen fast die Hälfte aller befragten Frauen. Im Ländervergleich zeigt sich, daß der Anteil der Selbständigen in Griechenland, Italien und Portugal am höchsten ist.

<sup>3</sup> Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß das Pflichtschulalter in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich lang ist.

<sup>4</sup> Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Gesamtzahlen 1980-1994 - Eurostat

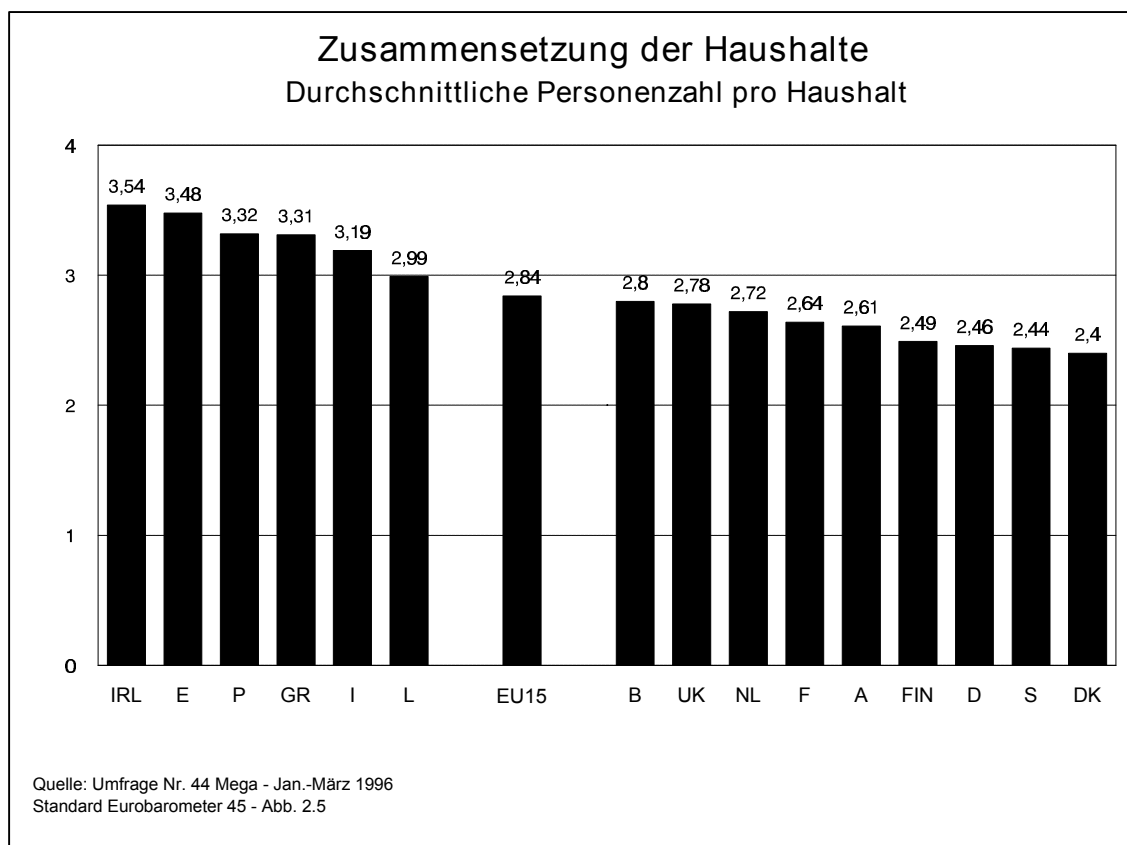
In den nicht zur erwerbstätigen Bevölkerung zählenden Gruppen (Hausfrau/Hausmann, Schüler/Studenten und Rentner) sind die Frauen in allen Kategorien in der Überzahl.

Beim Vergleich der Arbeitslosenzahlen fiel besonders auf, daß bei der Eurobarometer Stichprobe sowohl für die EU insgesamt als auch im nationalen Rahmen bei den Männern ähnliche Arbeitslosenzahlen ermittelt wurden wie in der Arbeitskräfteerhebung, die Arbeitslosigkeit bei den Frauen hingegen häufig sehr viel niedriger war, und die Zahl derer, die sich als Hausfrau bezeichneten, entsprechend höher ausfiel. Obgleich es sich bei der Eurobarometer Umfrage um eine Selbsteinschätzung handelt und die einschlägigen Fragen wesentlich weniger ausgefeilt sind als bei der Arbeitskräfteerhebung, ist es doch interessant, daß die Kategorie "arbeitslos" hier bei 7 % liegt, bei der Arbeitskräfteerhebung hingegen mit 12,5 % fast doppelt so hoch. Möglicherweise eine Frage der Gesinnung bei den Frauen? (Tabellen 2.1a und 2.1b)

### 2.2. Zusammensetzung der Haushalte

Nach der Eurobarometer Umfrage umfaßt der durchschnittliche Haushalt in der EU 2,84 Personen. Dazu zählen alle Erwachsenen und Kinder, die ständig im Haushalt leben. Jede fünfte Frau lebt allein, während von den Männern nur 15 % ohne Partner leben. Die über 55-Jährigen leben am häufigsten allein: 27 % verglichen mit 13 % im Durchschnitt aller Altersgruppen. Drei von zehn Personen leben mit einer weiteren Person zusammen, während 40 % den Haushalt mit zwei oder drei weiteren Personen teilen. 12 % der Befragten leben in größeren Haushalten (mit 5 oder mehr Personen).

Im Ländervergleich variiert die Haushaltsgröße zwischen 3,54 Personen in Irland und 2,4 Personen in Dänemark. Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und Luxemburg liegen über dem EU-Durchschnitt, während die niedrigsten Werte in Deutschland und den skandinavischen Ländern gemessen wurden. (Tabelle 2.4)

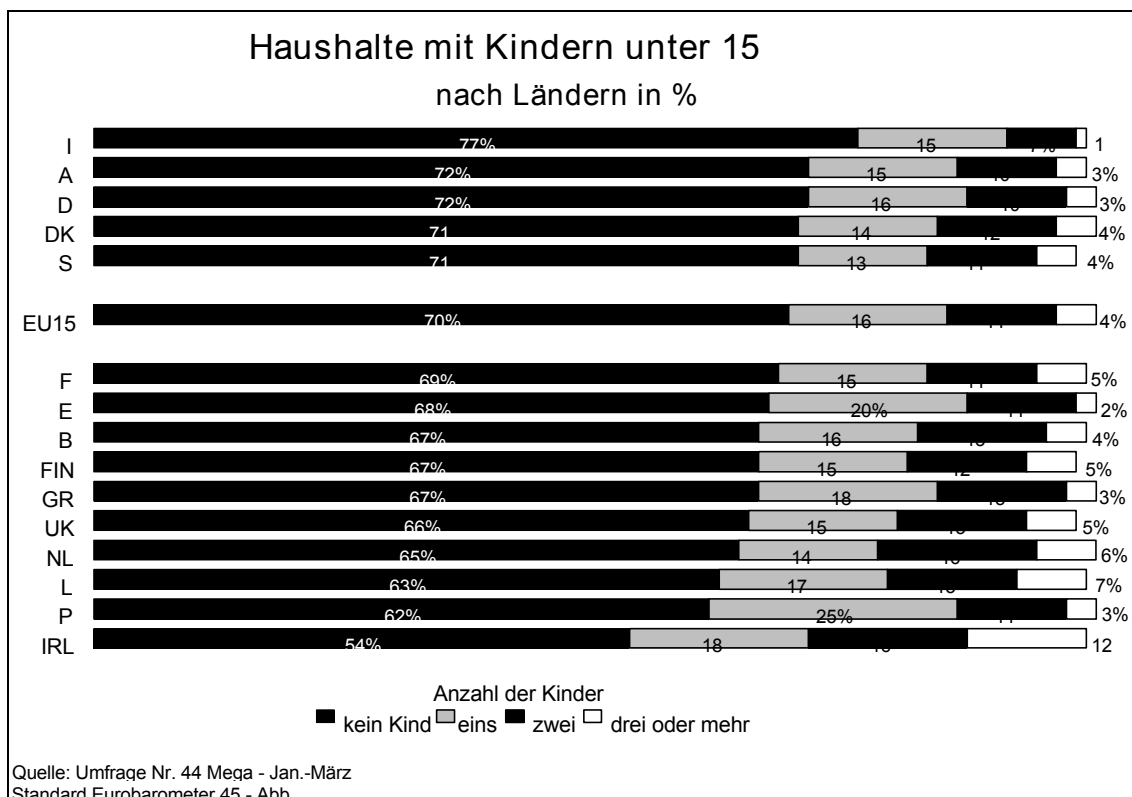


## Kinder unter 15 Jahren

Nur in jedem dritten Haushalt leben Kinder unter 15 Jahren. 70 % aller Haushalte haben keine Kinder. Große Familien mit 3 oder mehr Kindern machten lediglich 4 % der Stichprobe aus.

Irland ist das Land mit dem größten Kinderreichtum: 46 % aller Haushalte haben Kinder, 12 % sogar drei oder mehr. In Portugal und Luxemburg leben jeweils in rund vier von zehn Haushalten Kinder.

Das entgegengesetzte Ende der Skala bildet Italien, wo 77 % aller Haushalte kinderlos sind. In Österreich, Deutschland, Dänemark und Schweden liegt die Kinderzahl tendenziell ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt. (Tabelle 2.4)



### 2.3. Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

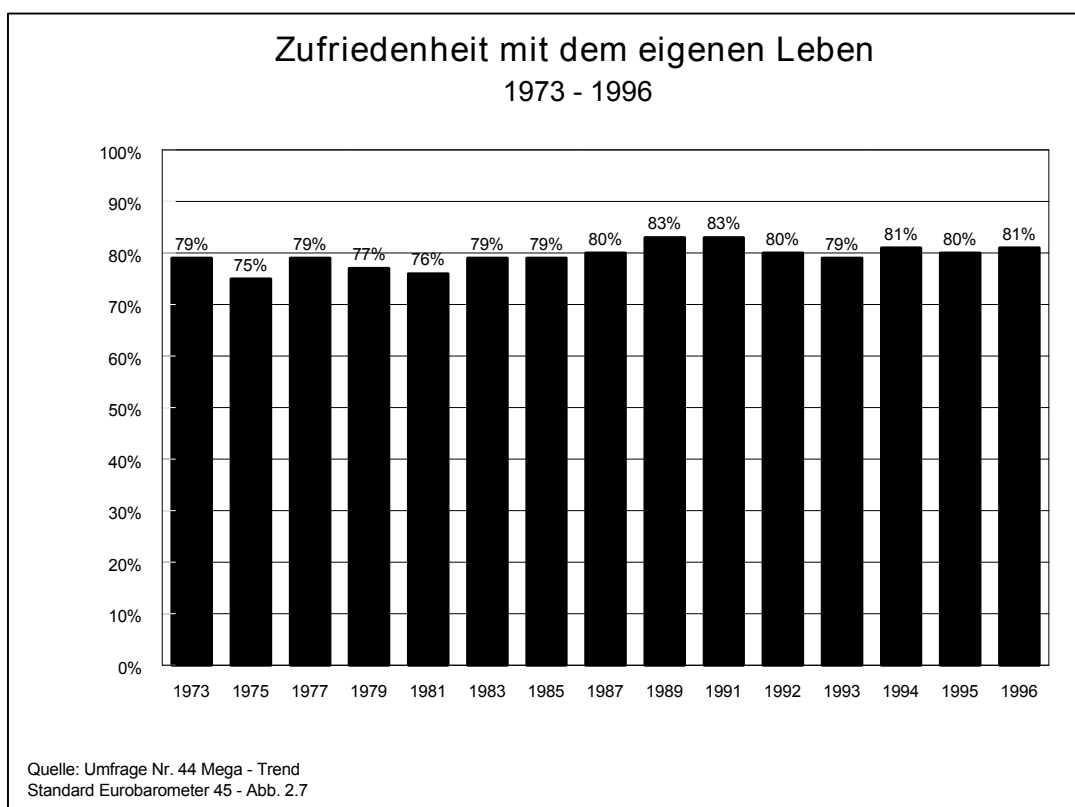
Eurobarometer mißt nunmehr seit fast einem Viertel Jahrhundert die Zufriedenheit der EU-Bürger mit ihrem eigenen Leben.

Die Frage lautet:

"Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?"

Wie das nachstehende Schaubild verdeutlicht, weist dieser Indikator eine bemerkenswerte Stabilität auf, ganz gleich, ob es sich um die sechs Gründungsmitglieder oder alle derzeitigen 15 Mitgliedstaaten handelt.

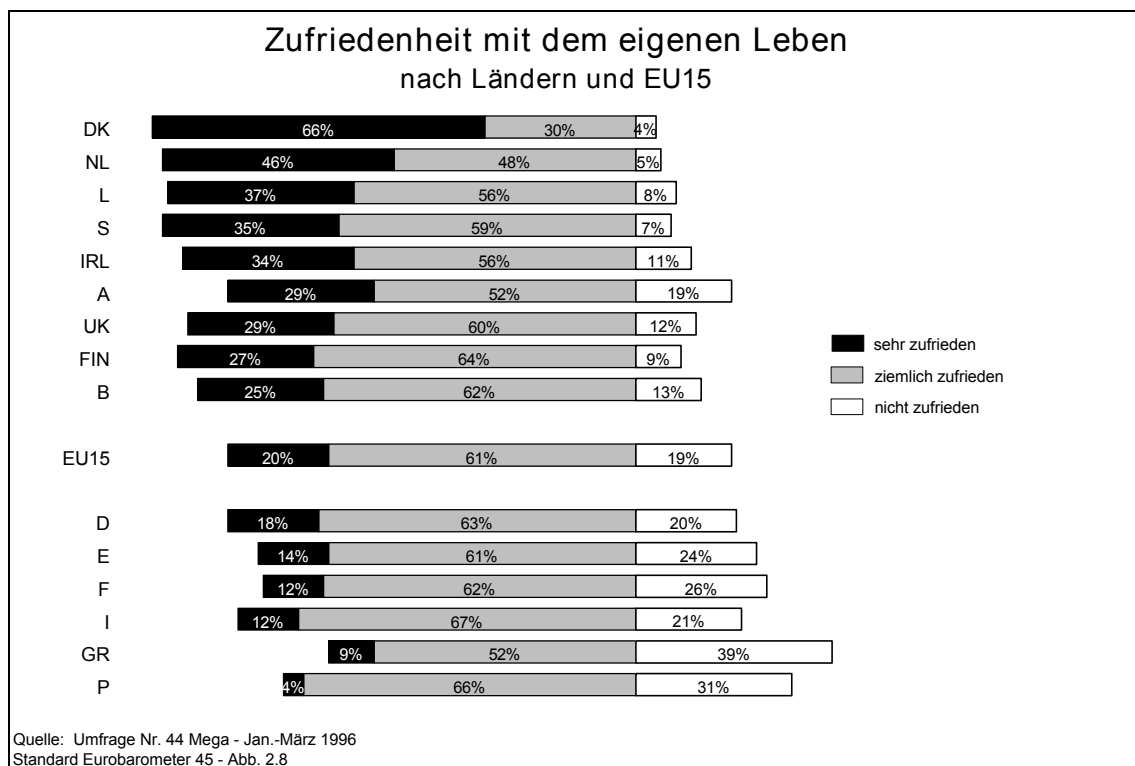
Die Ergebnisse der Eurobarometer Mega-Umfrage zeigen, daß die Gesamtwerte für EU15 nicht in nennenswertem Umfang von den EU12-Werten abweichen, die vor dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens gemessen wurden.



Während die Gesamtbewertungen der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben im Laufe der vergangenen 25 Jahre bemerkenswert konstant geblieben sind, treten im Ländervergleich einige drastische Abweichungen zutage. So variierte der Anteil derer, die sich als "sehr zufrieden" bezeichnen, zwischen 66 % in Dänemark und lediglich 4 % in Portugal (EU-Durchschnitt 20 %). Im Vereinigten Königreich ist der Anteil derer, die "sehr zufrieden" sind, mit 29 % wesentlich höher als in den anderen großen Mitgliedstaaten: Deutschland 18 %, Spanien 14 %, Italien 12 % und Frankreich ebenfalls 12 %. Generell läßt sich sagen, daß die Bürger der kleineren Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Griechenland und Spanien in der Regel zufriedener mit ihrem Leben sind als die Bürger der größeren Länder. (Tabelle 2.2)

Inglehart<sup>5</sup> führte während des Zeitraums 1977-1985 eine extensive Untersuchung der Zufriedenheit der Bürger mit ihren Leben durch und kam zu dem Schluß, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien innerhalb eines Landes bemerkenswert gering waren. Er stellte fest, daß die subjektive Zufriedenheit die Differenz zwischen dem angestrebten Niveau und der für sich selbst empfundenen Situation widerspiegelt, wobei sich die Bestrebungen schrittweise an die Umstände anpassen. Gleichzeitig treten bei länderübergreifenden Vergleichen innerhalb bestimmter Kategorien (z.B. hohes Einkommen) erhebliche Abweichungen zutage, die sich nur in begrenztem Umfang auf langfristige Unterschiede im wirtschaftlichen Rahmen zurückführen lassen. Dies läßt darauf schließen, daß das einzelne Volk und seine Kultur nach wie vor ein ausschlaggebender Indikator für die öffentliche Meinung in Europa sind.

Erwartungsgemäß geht aus den verschiedenen sozio-demographischen Analysen hervor, daß die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben eng mit dem sozialen und wirtschaftlichen Status zusammenhängt, sei es nach der Selbsteinschätzungsskala oder der sozialen Zuordnung nach ESOMAR oder sonstigen Wohlstandskriterien. Ein weiterer Indikator für die Zufriedenheit ist das Bildungsniveau: 26 % derer, die noch in der Ausbildung sind, und 23 % derer, die ihre Ausbildung im Alter von 20 oder darüber abgeschlossen haben, gaben an, mit ihrem Leben "sehr zufrieden" zu sein. Hohe Zufriedenheitswerte sind auch bei den Führungskräften (26 % sehr zufrieden) zu verzeichnen, ganz im Gegensatz zu den Arbeitslosen, bei denen dieser Anteil auf 11 % absinkt. (Tabelle 2.3)



<sup>5</sup> R. Inglehart Analyzing trends in Western European opinion: the role of the Euro-barometer surveys. Beitrag zum ESOMAR-WAPOR Seminar über Meinungsumfragen, Straßburg, Frankreich, 26.-28. November 1986

### 2.4. Eine europäische Typologie

Im Rahmen der Vorbereitung der drei von der Kommission geplanten Informationskampagnen wurden bei der Mega-Umfrage zusätzliche Untersuchungen durchgeführt, um eine Typologie der Haltungen der Unionsbürger aufzustellen. Was für ein Europa wünschen sich die Bürger?

161 Variablen aus der Umfrage spiegeln die verschiedenen Aspekte des Lebens in der Union wider. Dazu gehörten folgende Aspekte:

- ☐ Woran fehlt es in Europa?
- ☐ Präferenzen hinsichtlich der künftigen Erweiterung, Status quo oder Stopp des Einigungsprozesses
- ☐ Was ist für die künftige Entwicklung notwendig?
- ☐ Vorrangige Aktionen
- ☐ Die Ängste der Bürger
- ☐ Politische Bereiche, die gemeinsam in der EU entschieden werden sollten
- ☐ Die wichtigsten Bürgerrechte
- ☐ Hoffnungen und Befürchtungen bezüglich des Binnenmarktes
- ☐ Vermeintliche Verwendung des Unionshaushalts
- ☐ Politiken gegenüber strukturschwachen Regionen
- ☐ Erhöhte Befugnisse der Union
- ☐ Die Frage der Erweiterung

Diese 161 Variablen wurden einer Faktoranalyse unterzogen, wobei sich 20 Faktoren herauskristallisierten, die zur Entwicklung der endgültigen Typologie führten. Viele dieser Punkte werden einzeln in den nachfolgenden Kapiteln behandelt. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels jedoch sollen die Ergebnisse dieser zusätzlichen Analyse beschrieben werden. Die nachstehende Tabelle zeigt die relative Bedeutung eines jeden der 20 Faktoren in der Zusammensetzung der vier Gruppen der Typologie auf.



BESCHREIBUNG DER VIER TYPOLOGISCHEN GRUPPEN					
		Groupes			
		1	2	3	4
% der Bevölkerung EU15:		32.6%	24.5%	25.5%	17.4%
1	Vielfältige Bestrebungen	-		++	
2	Angst vor Billigimporten		--	-	+++
3	Alle Entscheidungen auf nationaler Ebene			---	++
4	Ablehnung der gemeinsamen Politiken		-	-	+
5	Sorge um nationale Identität und Kultur	++	--	-	
6	Keine Rücksicht auf kleine und mittlere Unternehmen	-	+		-
7	Optimismus		+	++	
8	Wirtschaftskrise eskaliert nicht	+	-		--
9	Die Ausgaben für die GAP sind nicht der Hauptausgabenposten	-		++	-
10	Die Bürokratie ist zu kostspielig				+++
11	Nein zu Aufwendungen für strukturschwache Regionen und für die Erweiterung			+	---
12	Keine Angst vor schnellen Veränderungen, Steuererhöhungen, übermäßiger zentraler Kontrolle	-	+		--
13	Zustimmung zur politischen Einigung	++	-		
14	Keine Sorge um Verlagerung von Arbeitsplätzen		-	++	-
15	Vorrang: Bekämpfung von Drogenhandel und Kriminalität, die eine echte Gefahr für die Union darstellen		--	++	+
16	Keine gemeinsamen Entscheidungen in der Außenpolitik		-		+++
17	Der Union müssen neue Länder beitreten		+		--
18	Vorrang: Verteidigung, Erhaltung des Friedens	++	-	+	--
19	Recht, sich an einen europäischen Ombudsmann zu wenden				+++
20	Angst, daß die großen Mitgliedstaaten Entscheidungen erzwingen, Verlust der eigenen Souveränität		--	+	+

Die Zeichen "+" und "-" in den einzelnen Feldern geben das Signifikanzniveau an:

+++ Signifikanzniveau 99 %

++ Signifikanzniveau 95 %

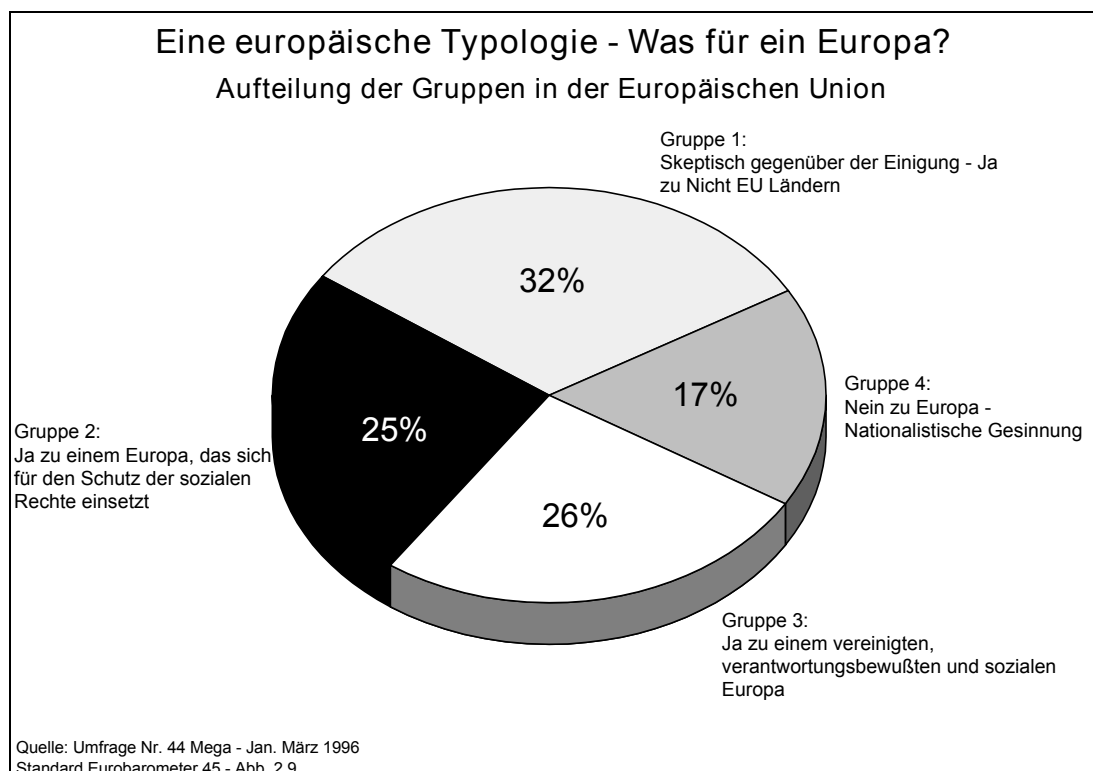
+ Signifikanzniveau 90 %

Die negativen Zeichen entsprechen den gleichen Niveaus im negativen Bereich.

## Standard Eurobarometer 45

Aus der daraus resultierenden Analyse ergeben sich vier Gruppen, die folgende Merkmale aufweisen:

GRUPPE 1:	SKEPTISCH GEGENÜBER DER EINIGUNG? - JA ZU NICHT-EU-LÄNDERN
GRUPPE 2:	JA ZU EINEM EUROPA, DAS SICH FÜR DEN SCHUTZ DER SOZIALEN RECHTE EINSETZT
GRUPPE 3:	JA ZU EINEM VEREINIGTEN, VERANTWORTUNGSBEWUßTEN UND SOZIALEN EUROPA
GRUPPE 4:	NEIN ZU EUROPA - NATIONALISTISCHE GESINNUNG



### Gruppe 1: Skeptisch gegenüber der Einigung - Ja zu Nicht-EU-Ländern

Diese Gruppe umfaßt 32,6 % der Unionsbürger. Generell läßt sich diese Gruppe folgendermaßen definieren: sie nimmt am europäischen Einigungsprozeß keinen starken Anteil und ist nicht sehr besorgt darüber. Ihre Bestrebungen sind nicht klar definiert, und sie haben nur wenige eindeutige Prioritäten.

- ☐ Wozu brauchen wir gemeinsame Entscheidungen und Politiken? Oder vielleicht doch?
- ☐ Sehr für den politischen Einigungsprozeß
- ☐ Empfänglich für den Gedanken des Wahlrechts am Wohnsitz
- ☐ Die Angehörigen der Gruppe räumen einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und einer europäischen Armee, die in der Lage ist, den Frieden zu erhalten, Vorrang ein.

Dennoch ist diese Gruppe der eigenen Sprache und Kultur sehr verbunden und mißt Fragen der Identität besondere Bedeutung bei.

Die Gruppe ist hinsichtlich des Verschwindens von kleinen und mittleren Betrieben (landwirtschaftliche Betrieben Fischereibetriebe u.a.) eher konservativ eingestellt, und ist betroffen über den Anteil der Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik am Gesamthaushalt.

Gruppe 2: Ja zu einem Europa, das sich für den Schutz der sozialen Rechte einsetzt
--

Dieser Gruppe gehören 24,5 % der Bürger der Europäischen Union an. Die Angehörigen dieser Gruppe sehen der Entwicklung Europas mit überdurchschnittlichem Optimismus entgegen. Sie lehnen die Entwicklung gemeinsamer Politiken nicht ab, wenngleich sie unsicher sind.

Worauf ist diese Skepsis zurückzuführen? Sicherlich auf

- ☐ die Angst vor einer noch tieferen Wirtschaftskrise
- ☐ das Risiko, daß die Reichen für die Armen bezahlen müssen
- ☐ die Verlagerung von Unternehmen in Gebiete mit niedrigeren Produktionskosten

Auf der anderen Seite sind sie weniger besorgt über:

- ☐ billigere Importe aus anderen Mitgliedstaaten
- ☐ den Verlust der Identität oder nationalen Kultur
- ☐ das Verschwinden der KMUs
- ☐ die vorrangige Bekämpfung des Drogenhandels und organisierten Verbrechens
- ☐ die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungspolitik
- ☐ einen möglichen Machtmißbrauch der großen Mitgliedstaaten.

Die Gruppe hat keine Angst vor raschen Veränderungen und ist für eine Beschleunigung des Erweiterungsprozesses.

Gruppe 3: Ja zu einem vereinigten, verantwortungsbewußten sozialen Europa
---

Diese Gruppe umfaßt 25,5 % der EU-Bevölkerung. Im Grunde zeichnen sich die Angehörigen dieser Gruppe durch Hoffnungen und positive Erwartungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration aus. Sie sind mit Abstand am ehesten bereit, in vielen Bereichen gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene zu akzeptieren, und sie befürworten gemeinsame Politiken.

Im Hinblick auf die Vereinigung Europas sind sie sehr optimistisch, sehen darin sehr wenige negative Begleiterscheinungen und rechnen nicht mit großen Schwierigkeiten.

Ihre Prioritäten umfassen:

- ☐ die Bekämpfung des Drogenhandels und organisierten Verbrechens
- ☐ die Aufstellung einer europäischen Armee im Hinblick auf eine gemeinsamen Verteidigungspolitik

Zwar sind sie etwas besorgt über die Macht der großen Mitgliedstaaten, rechnen jedoch nicht damit, daß die Reichen für die ärmeren Regionen bezahlen müssen. Sie machen sich keine großen Sorgen über Billigimporte und rechnen nicht mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Gebiete.

Die Sorge um einen Verlust der Identität und/oder der nationalen Kultur liegt ihnen nicht besonders am Herzen, und auch der Anteil des Haushalts, der in die Gemeinsame Agrarpolitik fließt, läßt sie relativ unberührt.

## Gruppe 4: Nein zu Europa - Nationalistische Gesinnung

Der vierten Gruppe gehören 17,4 % der EU-Bürger an. Im wesentlichen ist es dieser Gruppe ein wichtiges Anliegen, die nationale Souveränität zu schützen/zu erhalten. Beispiele:

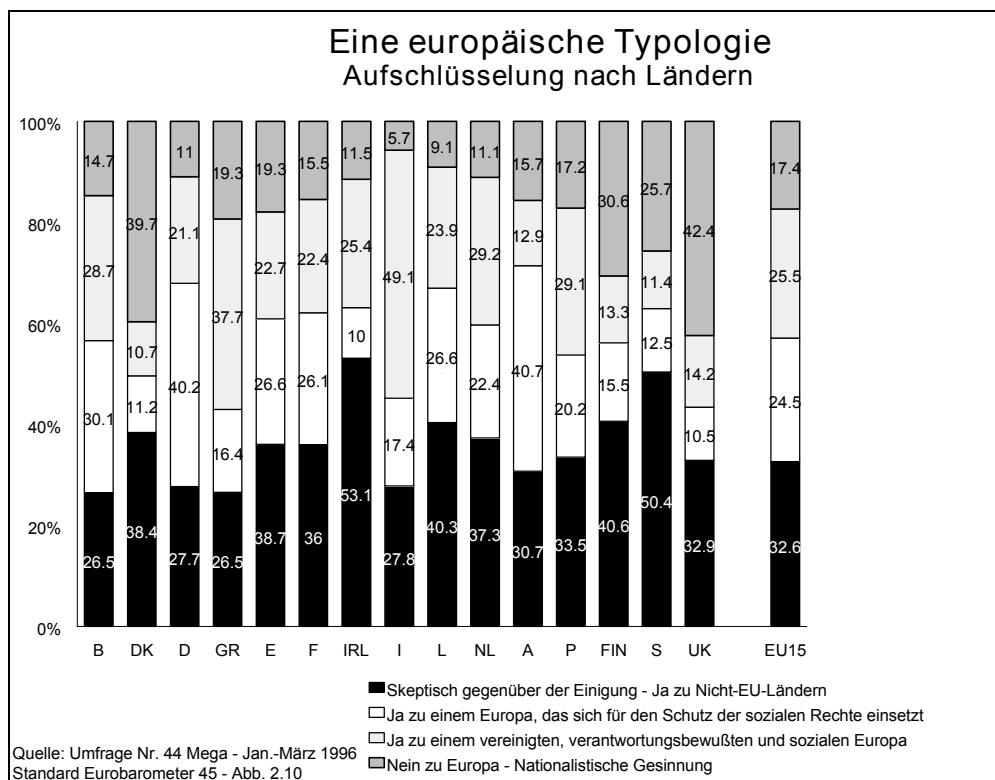
- ☐ sie sprechen sich in fast allen Bereichen für nationale Entscheidungen aus
- ☐ sie lehnen Vorschläge zu einer gemeinsamen EU-Politik häufig ab
- ☐ vor allem wollen sie keine gemeinsame Außenpolitik und keine gemeinsame Politik im Handel mit Drittländern

Ihre Hauptsorgen in bezug auf Europa beinhalten:

- ☐ die Angst vor einer tieferen Wirtschaftskrise
- ☐ die Zunahme unkontrollierter Importe aus anderen Mitgliedsländern oder Nicht-Mitgliedsländern (insbesondere billigere, aber qualitativ schlechtere Waren), teilweise verbunden mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen
- ☐ das Verschwinden der KMUs und die Verlagerung der Produktion an billigere Standorte.

Die Angehörigen dieser Gruppe sind ferner der Ansicht, daß eine zentrale Bürokratie mit übermäßigen Kosten verbunden ist, und sie fürchten, daß die reicheren Länder/Regionen für die ärmeren bezahlen werden müssen. Sie fürchten, daß die Entscheidungen die Interessen der großen Länder schützen und damit auf Kosten der kleineren getroffen werden. Schließlich sind sie der Meinung, daß die Kosten der Gemeinsamen Agrarpolitik überhöht sind.

Das folgende Schaubild zeigt die Aufteilung der vier Gruppen auf die einzelnen Mitgliedstaaten sowie den EU-Durchschnitt. (Tabelle 2.6)



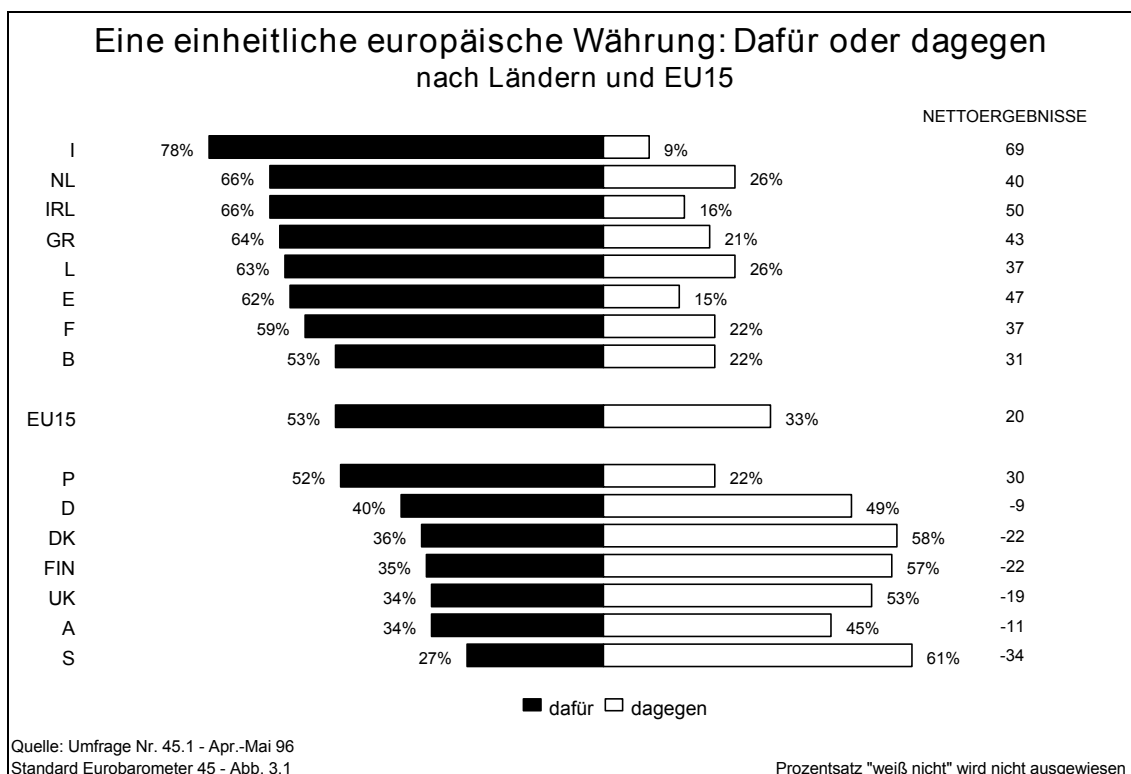
### 3. Wichtige Punkte auf der politischen Tagesordnung

In diesem Kapitel befassen wir uns mit der öffentlichen Meinung zu zwei Schlüsselpunkten auf der politischen Tagesordnung des Jahres 1996. Dabei geht es zunächst um die politischen Einstellungen zur einheitlichen Währung und sodann um die verschiedenen Themen, die im Rahmen der Regierungskonferenz erörtert werden, die auf dem Europäischen Rat von Amsterdam im Juni 1997 zum Abschluß gebracht werden soll.

#### Die einheitliche Währung

##### 3.1. Zustimmung zu einer einheitlichen Währung

Seit der Ankündigung des Namens der einheitlichen europäischen Währung im Dezember 1995 ist dieses Thema in der öffentlichen Diskussion stärker in den Vordergrund getreten. Der größere Bekanntheitsgrad der einheitlichen Währung zog insgesamt eine größere Zustimmung in diesem Vorhaben nach sich. Im Eurobarometer 44 (November/Dezember 1995) hatten wir berichtet, daß 47 % der Befragten "dafür" und 33 % "dagegen" waren. Bei der jüngsten Umfrage sechs Monate später ist die Zustimmung um 6 % auf 53 % gestiegen, während die Zahl der Gegner mit 33 % konstant geblieben ist. Demzufolge ist der Anteil derer, die keine Meinung äußern, auf nunmehr 6 % zurückgegangen, während 9 % der Befragten spontan angaben "weder dafür noch dagegen" zu sein. (Tabelle 3.1)



## Standard Eurobarometer 45

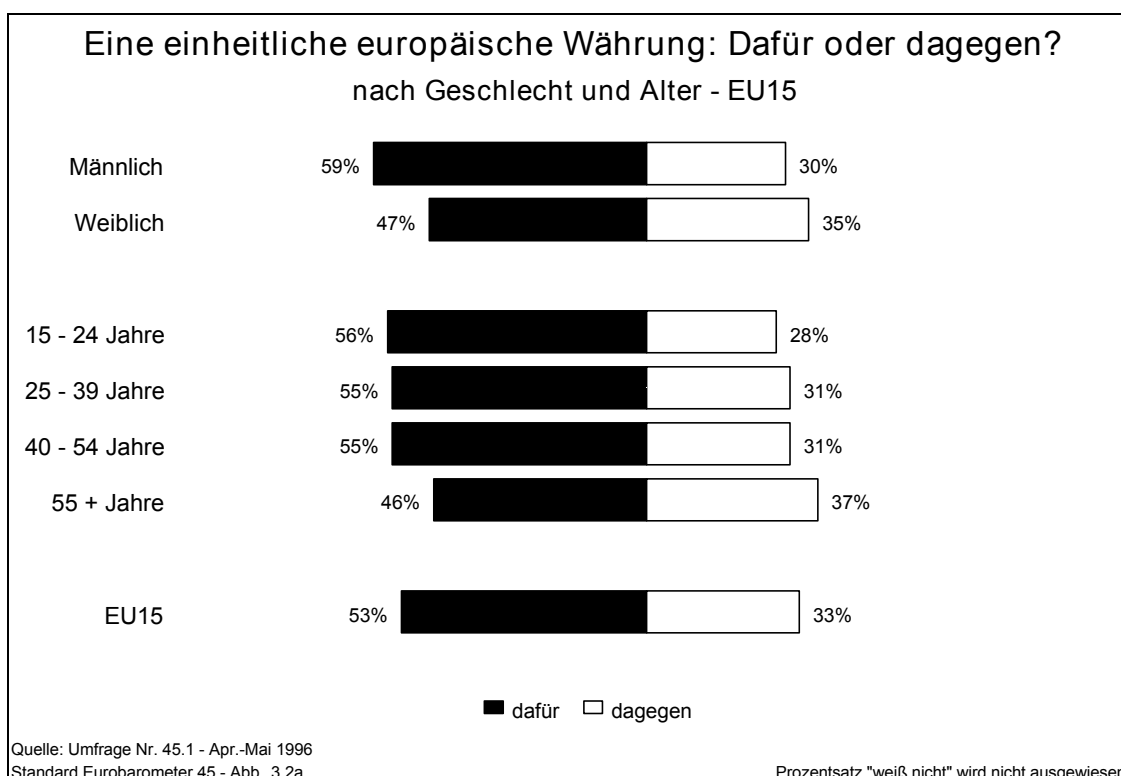
Mit Ausnahme von Finnland (- 2) und Schweden (- 9) war in allen Mitgliedstaaten eine Nettozunahme der Zustimmung zu verzeichnen. Wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, variierten die Nettozuwachsraten zwischen + 11 Prozentpunkten in Griechenland und +/- 0 in Luxemburg.

VERÄNDERUNGEN DER NETTOERGEBNISSE <sup>1</sup>								
HERBST 1995 - FRÜHJAHR 1996								
	B	DK	D	GR	E	F	IRL	I
1995	26	-28	-11	32	40	35	43	58
1996	31	-22	-9	43	47	37	50	69
Veränderung in %	+5	+6	+2	+11	+7	+2	+7	+1

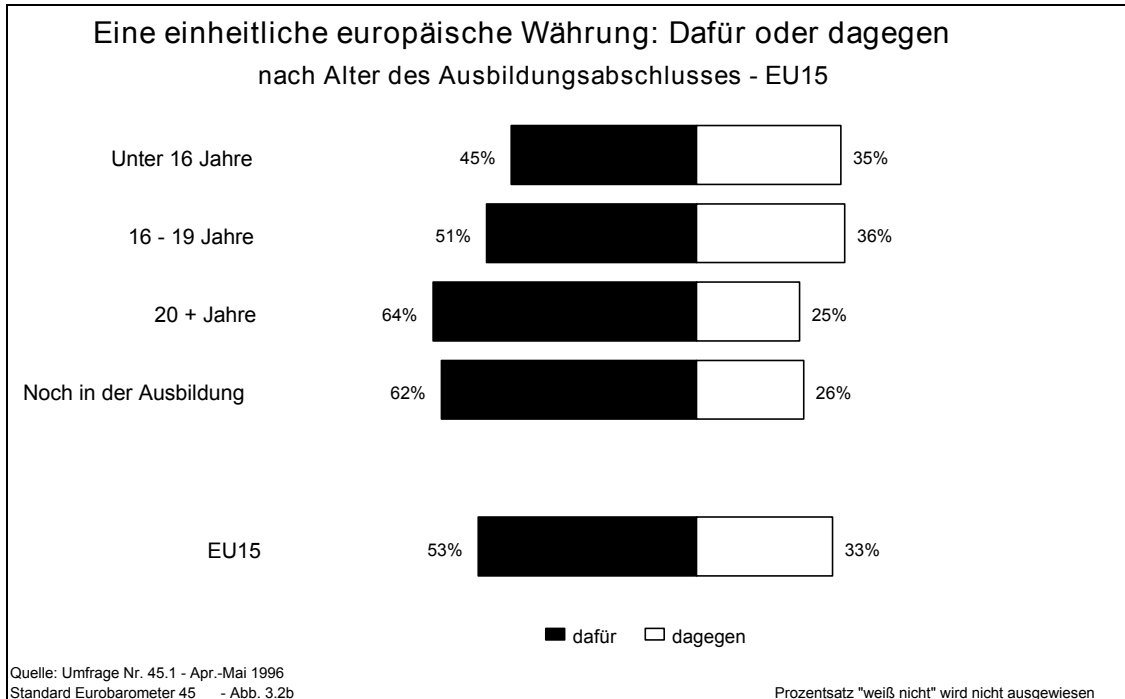
	L	NL	A	P	FIN	S	UK	EU15
1995	37	36	-20	25	-20	-25	-25	14
1996	30	40	-11	30	-22	-34	-19	20
Veränderung in %	0	+4	+9	+5	-2	-9	+5	+6

Bei der sozio-demographischen Analyse bestätigen sich frühere Trends: Männer sind positiver eingestellt als Frauen (59 % : 47 %), und dieser positive Trend hat sich bei den Männern deutlicher verstärkt (+ 7 % : + 4 %). In allen Altersgruppen ist die Zustimmung zur einheitlichen Währung gestiegen, wobei die Jüngsten besonders aufgeschlossen sind, während die Altergruppe über 55 eher skeptisch bleibt. (Tabelle 3.2)

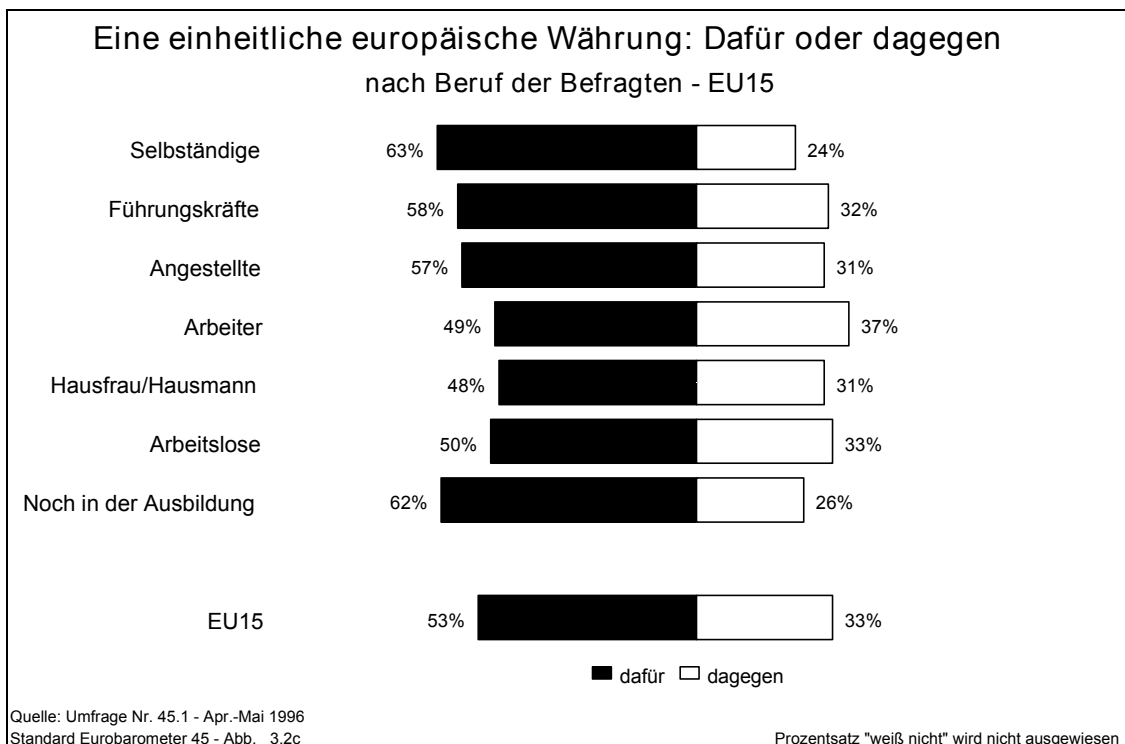


<sup>1</sup> Die Nettowerte werden durch Berechnung der Differenz zwischen den positiven ("dafür") und den negativen ("dagegen") Ergebnissen ermittelt.

Das Bildungsniveau bedingt ebenfalls eine positive Haltung: von denjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 20 oder darüber abgeschlossen haben oder sich noch in der Ausbildung befinden, sind fast zwei Drittel der Befragten für die einheitliche Währung, verglichen mit nur 45 % derer, die die Schule bereits vor ihrem 16. Lebensjahr verlassen haben.



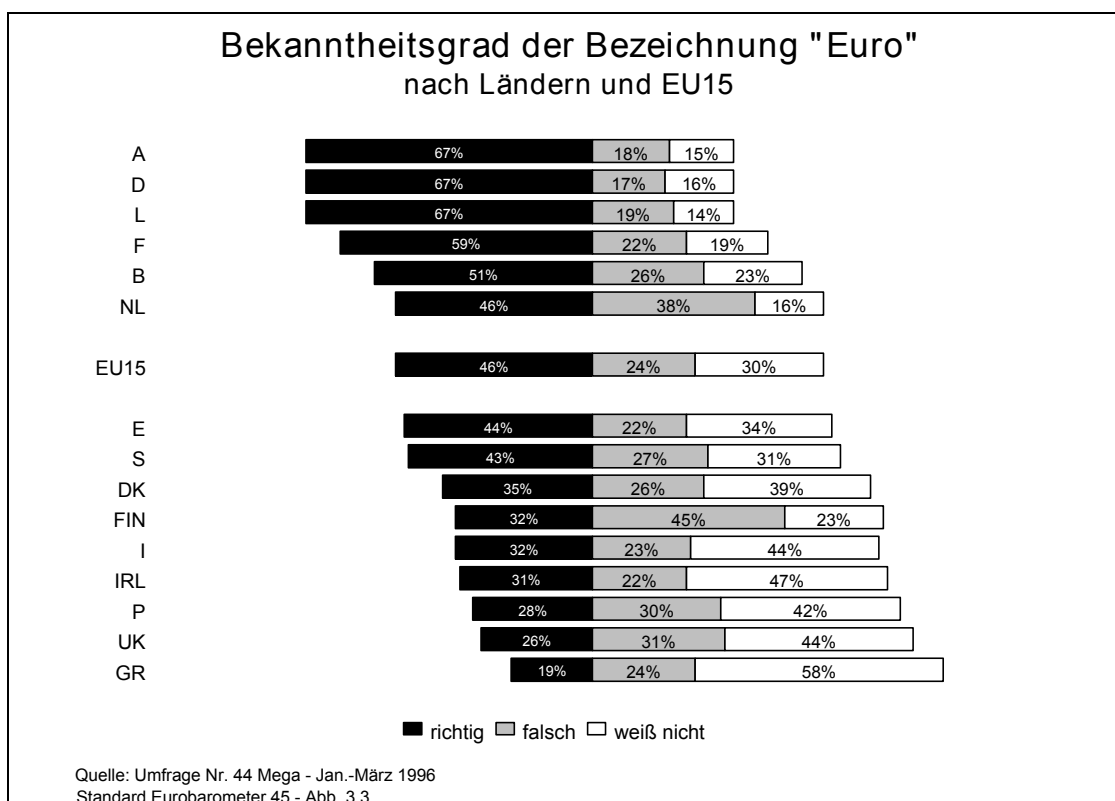
Die Aufschlüsselung nach Berufen zeigt, daß die deutlichste Zustimmung bei den Selbständigen (63 %), Führungskräften (58 %) und Angestellten (57 %) zu verzeichnen ist. Niedrigere Werte wurden bei den Arbeitern (49 %), Arbeitslosen (50 %) und Hausfrauen/Hausmännern (48 %) gemessen. Die Rangfolge für diese Gruppen hat sich seit der letzten Eurobarometer Umfrage Nr. 44 vom Herbst 1995 nicht geändert. (Tabelle 3.2)



### 3.2. Bekanntheitsgrad der Bezeichnung "Euro"

Die Befragten wurden aufgefordert, den Namen der neuen Währung zu nennen. Insgesamt konnten 46 % die Bezeichnung Euro spontan nennen, 24 % gaben eine falsche Antwort und 30 % wußten dazu nichts zu sagen.

In Österreich, Deutschland und Luxemburg konnten zwei Drittel der Bürger die neue Währung richtig benennen. In zehn Mitgliedstaaten waren dazu allerdings nur weniger als die Hälfte der Befragten in der Lage. Besonders niedrig war der Kenntnisstand in Griechenland (19 % richtige Antworten), dem Vereinigten Königreich (26 %) und Portugal (28 %). Entsprechend hoch waren in diesen Ländern auch die Anteile derer, die keine Antwort zu geben wußten. (Tabelle 3.3)



Generell sind die Männer besser informiert: 52 % konnten den richtigen Namen nennen, während es bei den Frauen nur 40 % waren. Auch ein höheres Bildungsniveau ging mit einem besseren Kenntnisstand einher. 58 % derer, die ihre Ausbildung mit 20 oder später abgeschlossen hatten, gaben die richtige Antwort, verglichen mit 35 % derer, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben. (Tabelle 3.6)

Auch der Grad der Meinungsführung bedingt einen besseren Kenntnisstand: 57 % stark verglichen mit 34 % schwach. Schließlich waren diejenigen, die positiv zu Europa eingestellt sind, tendenziell auch besser informiert (51 % positive Haltung gegenüber 43 % negativ).

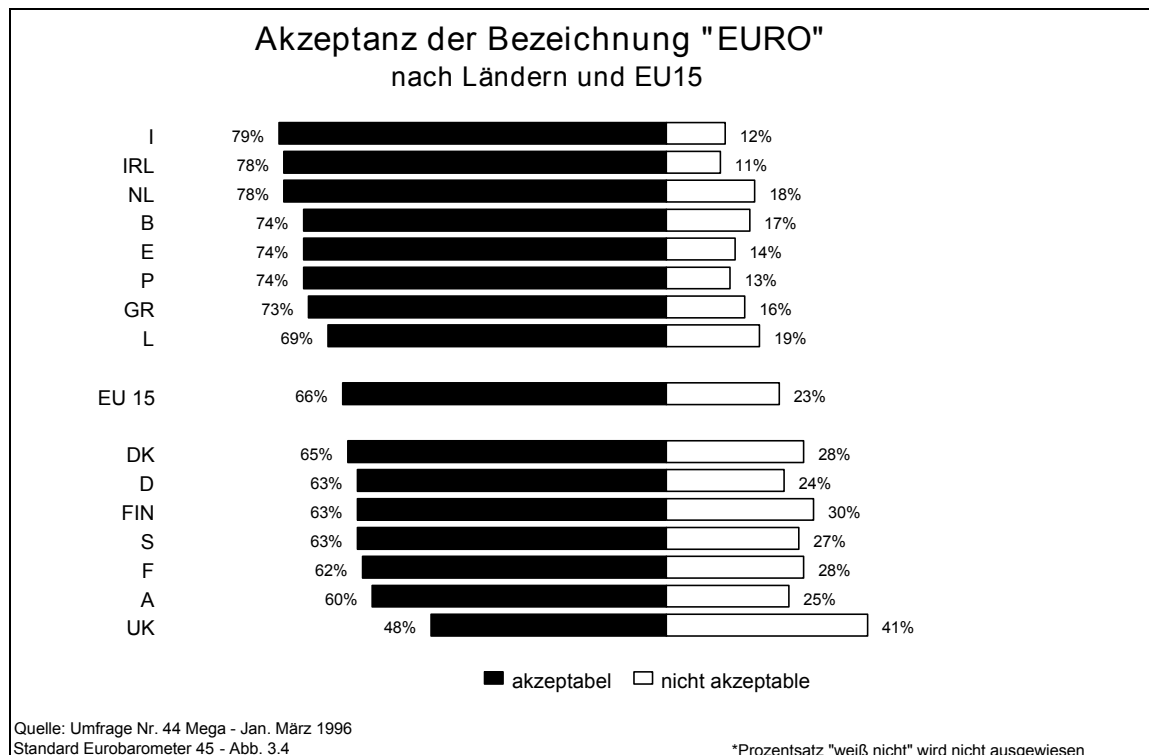


### 3.3. Akzeptanz der Bezeichnung "Euro"

Von den 65.000 Personen, die im Rahmen der Mega-Umfrage interviewt wurden, fanden zwei Drittel den Namen akzeptabel, 23 % fanden den Namen inakzeptabel und 11 % hatten keine Meinung.

Diese Werte sind seit der letzten Umfrage von Dezember 1995<sup>2</sup> geringfügig zurückgegangen (- 3 %). Besonders gut kam der Name in Italien (79 % akzeptabel), Irland und den Niederlanden (beide 78 %) sowie in Portugal, Belgien und Spanien (jeweils 74 %) an. Der niedrigste Wert (48 %) wurde im Vereinigten Königreich gemessen. (Tabelle 3.5)

Die demographischen Variablen weisen auf nur geringfügige Unterschieden zwischen Männern und Frauen bzw. den einzelnen Altersgruppen hin. Die auffälligste Abweichung war zwischen denjenigen, die generell positiv zu Europa eingestellt sind, und Europa-Skeptikern festzustellen (78 % gegenüber 39 % halten den Namen für akzeptabel). (Tabelle 3.8)



<sup>2</sup> Telefon-Umfrage Nr. 54, 16.-20. Dezember 1995

### 3.4. Einführung der einheitlichen Währung

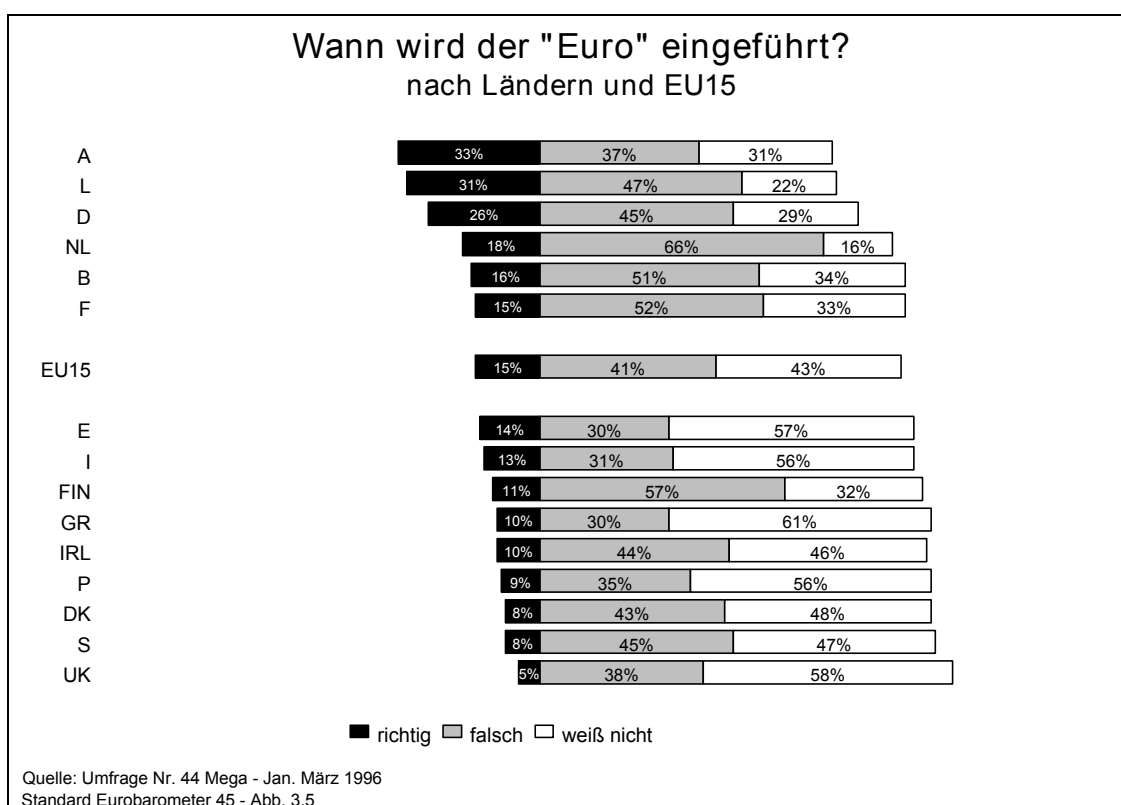
Auf die Frage:

"Können Sie mir sagen, in welchem Jahr die Banknoten und Münzen der europäischen Währung eingeführt werden?"

konnten nur 15 % den richtigen Zeitpunkt 2002 nennen; 41 % gaben eine falsche Antwort, während 43 % angaben, sie wüßten es nicht.

Am besten informiert waren die in Österreich und Luxemburg lebenden Bürger, von denen immerhin fast jeder Dritte die richtige Antwort wußte. In Portugal, Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich konnte nicht einmal jeder Zehnte diese Frage beantworten.

Insgesamt war in dieser Frage der Anteil derer, die keine Antwort wußten, außergewöhnlich hoch - in einigen Ländern bis zu 60 %. Die Unwissenheit war hier in allen sozio-demographischen Gruppen weit verbreitet; lediglich die Meinungsführer und Führungskräfte lagen geringfügig über dem Durchschnitt. (Tabellen 3.4 und 3.7)



## Die Regierungskonferenz 1996

### 3.5. Ziele der Regierungskonferenz

In früheren Eurobarometer Berichten, insbesondere im Eurobarometer 44, wurde der historische Hintergrund beschrieben, der zur Einberufung der derzeitigen Regierungskonferenz führte, der sechsten ihrer Art in der Geschichte der Union. Die Konferenz selbst wurde am 29. März in Turin eröffnet. In den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Turin wurden die Ziele der Regierungskonferenz folgendermaßen zusammengefaßt.

- Eine bürgernähere Union, insbesondere durch:
  - Erfüllung der Erwartungen der Bürger hinsichtlich der Erreichung des Ziels eines hohen Beschäftigungsniveaus bei gleichzeitiger Wahrung des sozialen Schutzes; Prüfung, wie die Union die Grundlagen für eine bessere Zusammenarbeit und Koordinierung im Hinblick auf die Stärkung der nationalen Politiken schaffen kann; Prüfung, ob und wie man über den Vertrag den Bemühungen der Regierungen sowie der Sozialpartner größere Wirksamkeit verleihen könnte und diese besser koordiniert werden könnten;
  - Effizientere und kohärentere Gestaltung des Umweltschutzes auf Unionsebene im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung;
  - Herstellung von Transparenz und Offenheit in der Arbeit der Union;
  - Stärkung der europäischen Staatsbürgerschaft ohne Verzicht auf die nationale Staatsbürgerschaft und unter Wahrung der nationalen Identität und Traditionen der Mitgliedstaaten;
  - Schutz der Grundrechte;
  - Erfüllung der Sicherheitsbedürfnisse der Bürger durch Verbesserung der Methoden und Instrumente gegen Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel und Entwicklung einer kohärenten und wirksamen Asyl-, Einwanderungs- und Visumpolitik im Hinblick auf einen gemeinsamen Raum für die einschlägigen Bereiche der Justiz.
- Stärkung und Erweiterung der Tragweite der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union. Im Hinblick auf die Schaffung von mehr Kohärenz und Effizienz erfordert dies:
  - ein möglichst wirksames Zusammenwirken der verschiedenen beteiligten Instanzen - in Einklang mit der ihnen im Vertrag zugewiesenen Rolle - bei der Ausarbeitung und Durchführung der Außenpolitik der Union (Europäischer Rat, Rat, Kommission, Präsidentschaft, Mitgliedstaaten und gegebenenfalls eine neue Funktion im Rahmen der GASP);
  - eine bessere Kohärenz zwischen einer reformierten GASP und einer verstärkten Außenwirtschaftspolitik;
  - Entscheidungsfindungsverfahren und -voraussetzungen einschließlich der Möglichkeit einer eventuellen Lockerung der Einstimmigkeitsregel;
  - Mittel zur Gewährleistung einer zügigen und sicheren Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen;

- eine Sicherheits- und Verteidigungsdimension für die Union, und insbesondere die Möglichkeit, in den Vertrag Ziele im Sinne der Petersberg-Aufgaben einzubeziehen;
  - engere Beziehungen zwischen der EU und der WEU, auch im Hinblick auf die Klärung ihres zukünftigen Verhältnisses nach den Ergebnissen der NATO-Tagung vom Juni in Berlin;
  - eine eventuelle Klausel zur politischen Solidarität.
- Und schließlich muß - auch im Hinblick auf die Erweiterung - das reibungslose Funktionieren der Institutionen unter Wahrung des zwischen ihnen bestehenden Gleichgewichts gewährleistet sein, sowie ein effizienter Entscheidungsfindungsprozeß, was insbesondere davon abhängt, daß folgende Fragen geklärt werden:
- im Hinblick auf den Rat: Erweiterung des Anwendungsbereichs für Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit, Gewichtung der Stimmen und Ansiedlung der Schwelle für die Beschlußfassung mit qualifizierter Mehrheit;
  - im Hinblick auf die Kommission: das Verfahren zur Ernennung ihrer Kommissare und zu ihrer Zusammensetzung;
  - im Hinblick auf das Europäische Parlament: die Verfahren, nach denen es am Rechtsetzungsprozeß teilnimmt und seine politische und überwachende Rolle wahrnimmt;
  - im Hinblick auf den Europäischen Gerichtshof: Verbesserung seiner Stellung und Funktionsweise;
  - im Hinblick auf die Union als Ganzes: Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, angemessene Ausstattung mit Ressourcen, Ermittlung weiterer Bereiche und Voraussetzungen für eine verstärkte Zusammenarbeit sowie die Frage des jeweils einzelnen oder gemeinsamen Beitrags der nationalen Parlamente zur Europäischen Einigung.

Schließlich fordert der Europäische Rat die Regierungskonferenz auf, alle Möglichkeiten zur Vereinfachung der Verträge zu prüfen, so daß die Ziele und das Handeln der Union für die Öffentlichkeit leichter verständlich werden.

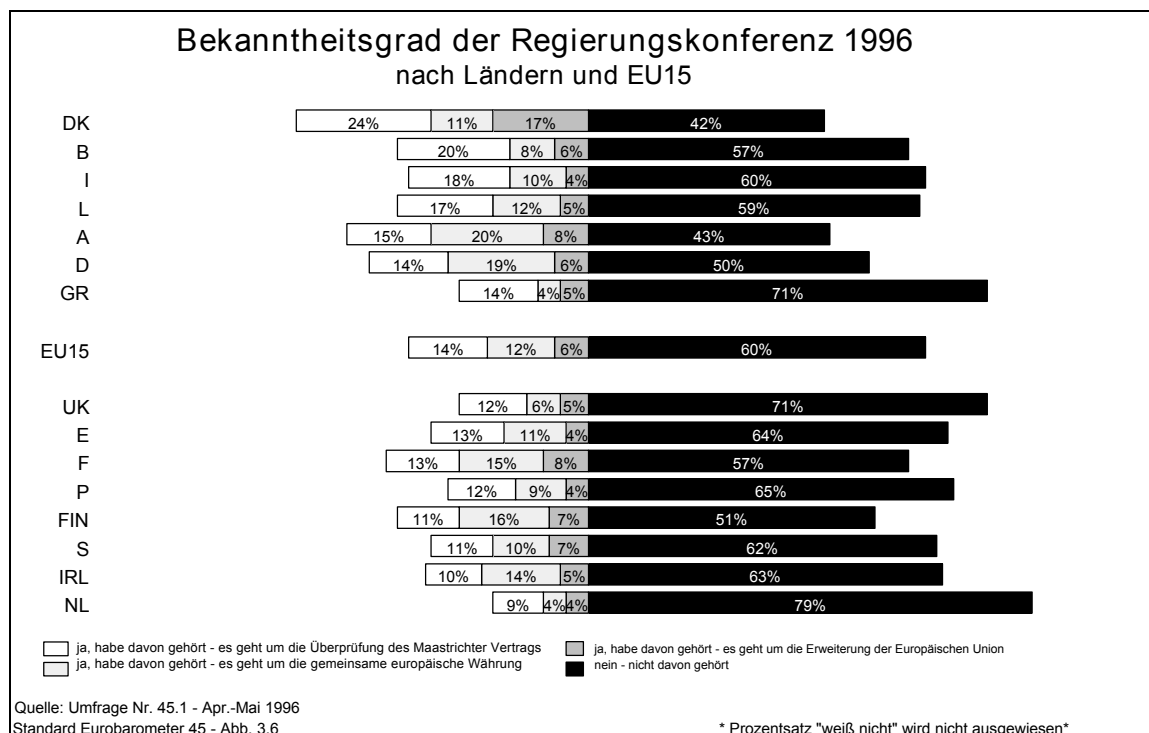
Im Wege seiner Meinungsumfragen hat Eurobarometer die öffentliche Meinung zu diesen Zielen gemessen. Bestimmte allgemeine Themen werden in diesem Kapitel behandelt, anderen wie der Erweiterung oder der Staatsbürgerschaft sind jeweils eigene Kapitel gewidmet.

### 3.6. Bekanntheitsgrad der Regierungskonferenz

Die Frage nach dem Bekanntheitsgrad der Regierungskonferenz wurde erstmals bei der Standard Eurobarometer-Umfrage im November/Dezember 1995 gestellt. Seinerzeit hatten 23 % der Befragten angegeben, schon einmal etwas von der bevorstehenden Konferenz gehört zu haben. 11 % von ihnen konnten den Zweck dieser Konferenz richtig benennen, nämlich eine Überprüfung des Maastrichter Vertrags. Sechs Monate später wurde die gleiche Frage erneut gestellt; zu diesem Zeitpunkt gaben 32 % an, etwas von der Regierungskonferenz gehört zu haben, und 14 % wußten den Zweck. Ende 1995 hatten 67 % der Befragten noch nie etwas von der Konferenz gehört; dieser Anteil ist nunmehr auf 60 % zurückgegangen.

Der Bekanntheitsgrad der Konferenz ist nach wie vor in Dänemark mit 24 % am höchsten, wo allerdings gegenüber der vorangegangenen Umfrage ein Rückgang um 4 % zu verzeichnen ist. Zunehmender Bekanntheit erfreut sich die Konferenz in Belgien (+ 10), Italien (+ 8), dem Vereinigten Königreich (+ 6), Spanien (+ 4), Österreich und Griechenland (jeweils + 3) und Frankreich (+ 2). Ansonsten ist der Bekanntheitsgrad eher zurückgegangen, insbesondere in Schweden (- 7) und Luxemburg (- 6). (Tabelle 3.9)

Die demographische und einstellungsmäßige Analyse bestätigt erneut andere Verhaltensmuster: Männer sind besser informiert als Frauen (17 % zu 11 %), Personen mit hohem Bildungsniveau (Ausbildungsabschluß mit 20 oder älter) (20 %) besser als diejenigen, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben (10 %), und Meinungsführer (26 %) besser als Personen mit schwach ausgeprägter Meinungsführung (8 %).



### 3.7. Vorrangige Ziele für die Europäische Union aus der Sicht der Bürger

Zur Ermittlung der Prioritäten der Bürger für die Arbeit der Union wurden zwei Fragen verwendet. Die erste wurde bei der EB45 Umfrage gestellt, führte 11 Zielsetzungen auf und lautete:

"Ich lese Ihnen nun einige Ziele vor, denen in der Europäischen Union in den nächsten zehn Jahren Vorrang eingeräumt werden sollte. Sagen Sie mir bitte bei jedem der folgenden Punkte, ob er Ihrer Meinung nach besonders vorrangig oder nicht besonders vorrangig behandelt werden sollte oder weder noch"

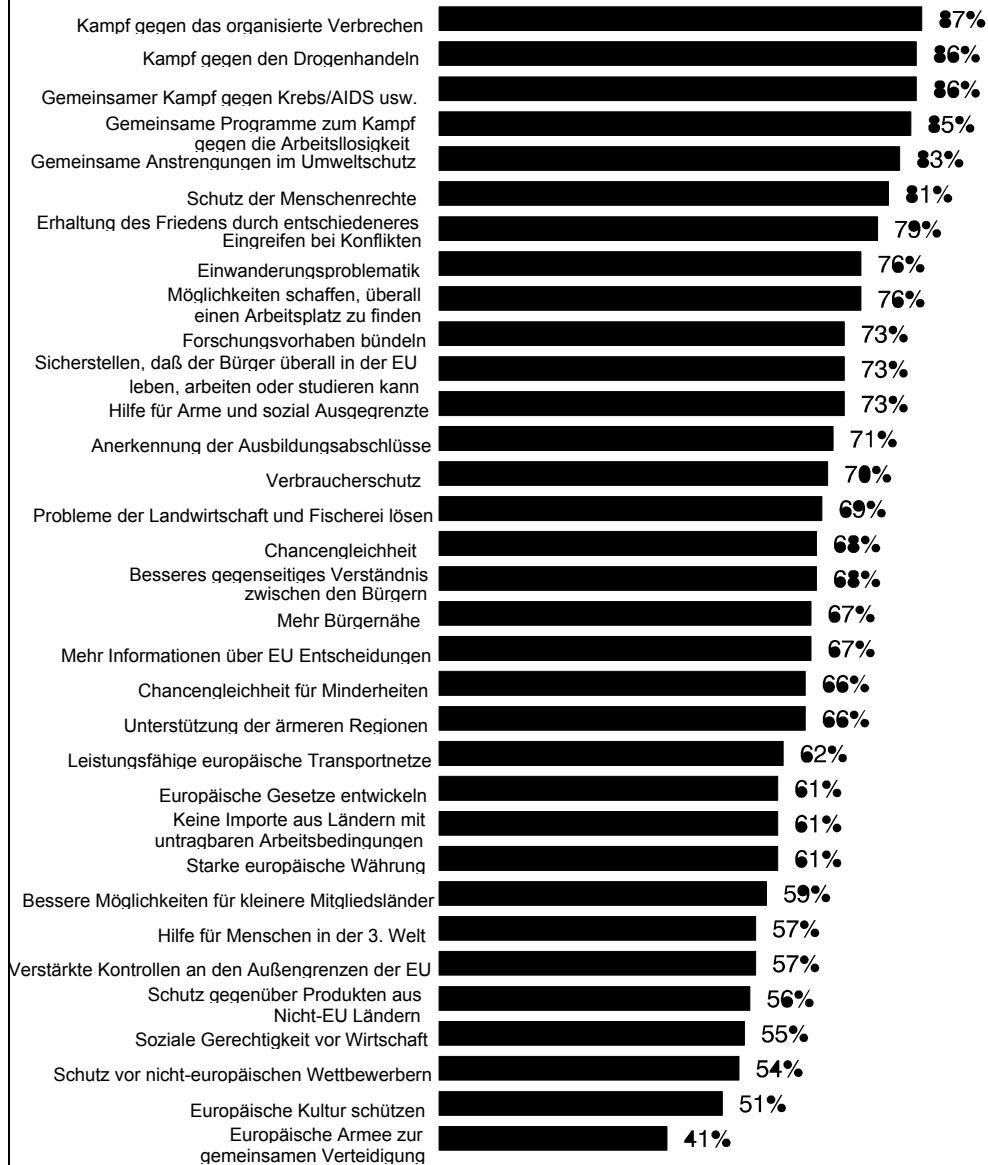
Die zweite Frage war umfangreicher und wurde bei der Mega-Umfrage gestellt; dabei wurde den Befragten eine Liste mit 33 Punkten aus ähnlichen Bereichen vorgelegt. Auch hier sollten die Befragten für jeden einzelnen Punkt angeben, ob ihm besonderer Vorrang eingeräumt werden sollte oder nicht.

Insgesamt kristallisierten sich in den Antworten auf beide Fragen die gleichen vorrangigen Bereich heraus: Bekämpfung des Problems der Arbeitslosigkeit, Kampf gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen, Umweltschutz und Erhaltung des Friedens in Europa. Die geringste Priorität wurde der Aufstellung einer europäischen Armee zur gemeinsamen Verteidigung beigemessen. (Tabellen 3.10 und 3.11)

Im Ländervergleich zeigt sich, daß zwar viele Bürger die gleichen Anliegen äußern, daß es jedoch gewisse nationale Abweichungen gibt, wie die zusammenfassende Tabelle zeigt. Für eine eingehendere Betrachtung stehen dem Leser ausführliche Tabellen zur Verfügung. (Tabelle 3.12)

## Top Prioritäten für die Europäische Union

### EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan. März 1996

Standard Eurobarometer 45 - Abb. 3.7

\* Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Belgien	
Stark	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Kultur schützen
	Hilfe für 3. Welt
Dänemark	
Stark	Umweltschutz
	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Gesetze entwickeln
Deutschland	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Kultur schützen
Griechenland	
Stark	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
Schwach	Europäische Kultur schützen
	Aufbau europäischer Transportnetze
Spanien	
Stark	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
	Probleme der Landwirtschaft u. Fischerei lösen
Schwach	Europäische Armee
	Verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen
Frankreich	
Stark	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
Schwach	Europäische Armee
	Hilfe für 3. Welt
Irland	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
Schwach	Europäische Armee
	Soziale Gerechtigkeit vor Wirtschaft
Italien	
Stark	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
Schwach	Europäische Armee
	Keine Importe aus Ländern mit untragbaren Arbeitsbedingungen
Luxemburg	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
	Umweltschutz
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Kultur schützen
	Schutz vor Wettbewerb aus US/Japan
Niederlande	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Umweltschutz
	Schutz der Menschenrechte
Schwach	Europäische Kultur schützen
	Europäische Armee
Österreich	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Schwach	Europäische Kultur schützen
	Europäische Armee
Portugal	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Gesetze entwickeln
Finnland	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Umweltschutz
	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
Schwach	Europäische Armee
	Starke europäische Währung
Schweden	
Stark	Umweltschutz
	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
Schwach	Europäische Armee
	Schutz vor Wettbewerb aus US/Japan
Vereinigtes Königreich	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
Schwach	Europäische Armee
	Schutz gegenüber Produkten aus Nicht-EU-Ländern
EU15	
Stark	Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen
	Kampf gegen Krebs/AIDS usw.
Schwach	Europäische Armee
	Europäische Kultur schützen



### 3.8. Zustimmung zu aktuellen politischen Fragen

Zusammen mit den Fragen zu den Bereichen, die von der Union vorrangig in Angriff genommen werden sollen, hat Eurobarometer einen Katalog von Schlüsselfaktoren zusammengestellt, die in den Rahmen des Vertrags über die Europäische Union (Maastricht) fallen. In mehreren aufeinanderfolgenden Umfragen sollten die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung im Zusammenhang mit diesen politischen Bereichen äußern, wobei der Vertrag im Wortlaut der Frage nicht genannt wurde.

Trendanalysen ergeben, daß die Zustimmung zur Währungsunion mit einer einheitlichen Währung sehr stabil ist. Auch in der Frage der gemeinsamen Außenpolitik ist unverminderte Zustimmung zu verzeichnen, während der Vorschlag einer gemeinsamen Verteidigungspolitik immer weniger Zustimmung (- 17 Prozentpunkte) findet. Dieser Trend hat sich ja auch im vorangegangenen Abschnitt über die wichtigsten Prioritäten bestätigt.

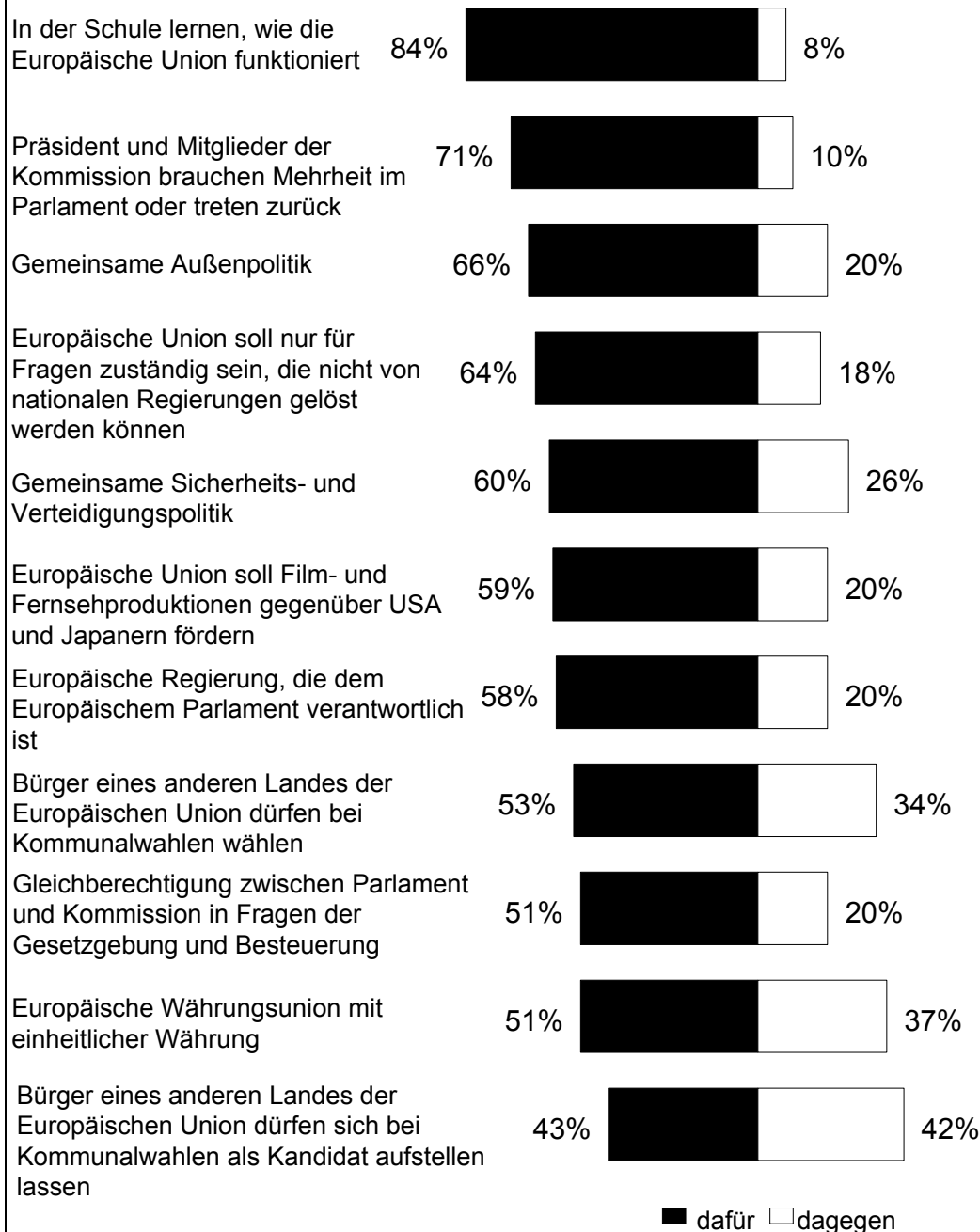
Die unter dem Titel "Demokratische Prozesse" zusammengefaßten Themen sind über das vergangene Jahr hinweg relativ stabil bewertet worden, wobei jedoch seit 1993 eine Zunahme zu verzeichnen ist. Die einzige Ausnahme bildet dabei die Frage der Subsidiarität: die Europäische Union sollte nur für jene Fragen und Probleme zuständig sein, die nicht durch die nationalen Regierungen gelöst werden können. Hier ist im Laufe des Dreijahreszeitraums eine stetige Zunahmen der Zustimmung zu verzeichnen.

Unter dem Titel "Bildung und Kultur" findet der Vorschlag, in den Schulen Unterrichtseinheiten über die Europäische Union abzuhalten, besonders großen Anklang. Weniger Bedeutung wird der Förderung von Film- und Fernsehproduktionen durch die EU beigemessen. (Tabellen 3.13 und 3.14)

WICHTIGSTE THEMEN VON MAASTRICHT				
Thema	Frühjahr 1993 EB 39	Frühjahr 1995 EB 43	Herbst 1995 EB 44	Frühjahr 1996 EB 45
Wirtschafts- und Währungsunion	52	52	53	51
Außenpolitik und Verteidigung				
Gemeinsame Verteidigungspolitik	77	75	73	60
Außenpolitik	66	67	69	66
Demokratische Prozesse				
EP Zustimmung zu Mitgliedern der Kommission	66	70	72	71
Subsidiarität	57	55	63	64
Europäische Regierung	54	57	60	58
Passives Wahlrecht	48	54	54	53
Aktives Wahlrecht	38	45	45	43
Bildung und Kultur				
Schulunterricht über EU	na	84	86	84
EU-Unterstützung für TV&Filmproduktionen	na	64	66	59

## Zustimmung zu aktuellen politischen Themen

### EU15

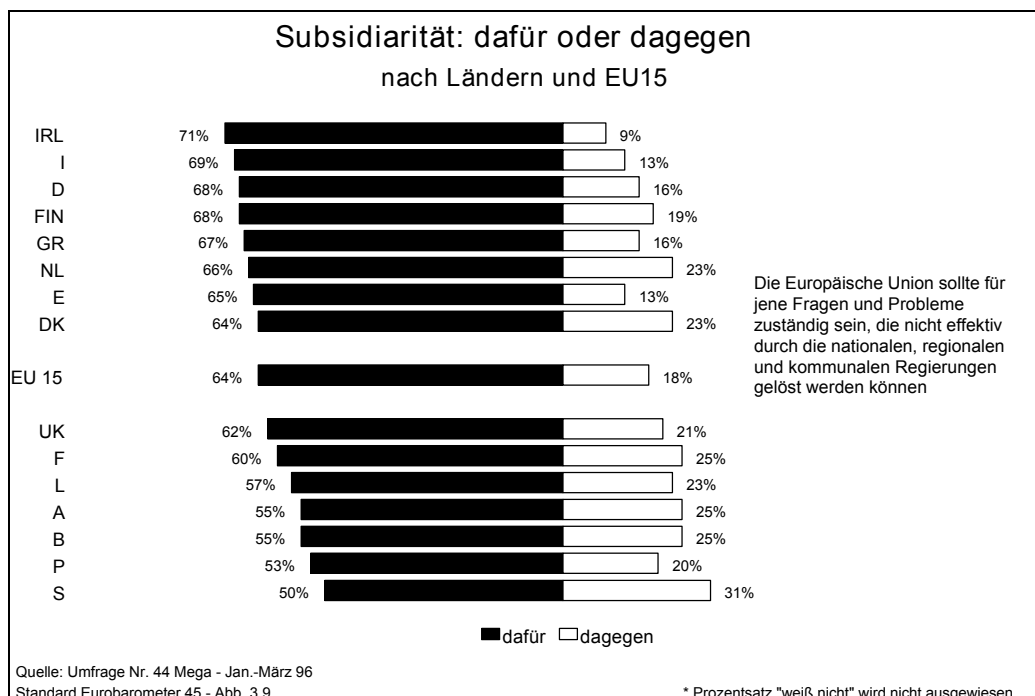


Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 3.8

### 3.9. Subsidiarität - Nationale oder gemeinsame Entscheidungen

Wie im vorangegangenen Abschnitt bereits deutlich wurde, ist die Zustimmung zur Subsidiarität während der letzten drei Jahre stetig gestiegen. Dieses Prinzip ist im Vertrag von Maastricht festgeschrieben und wird heute von nahezu zwei Dritteln der EU-Bürger befürwortet; 18 % sprechen sich gegen das Prinzip aus und die verbleibenden 18 % haben dazu keine Meinung geäußert.

Die deutlichste Zustimmung findet das Konzept in Irland (71 %), Deutschland und Finnland (beide 68 %), Griechenland (67 %) und den Niederlanden (66 %). Geringere Werte wurden in Schweden (50 %), Portugal (53 %), Belgien und Österreich (beide 55 %) gemessen. (Tabelle 3.13)



Nach der demographischen Aufschlüsselung wird das Subsidiaritätsprinzip vor allem von Personen mit hohem Ausbildungsniveau, Führungskräften, Menschen mit einer positiven Gesamteinstellung zu Europa und Meinungsführern befürwortet. (Tabelle 3.14)

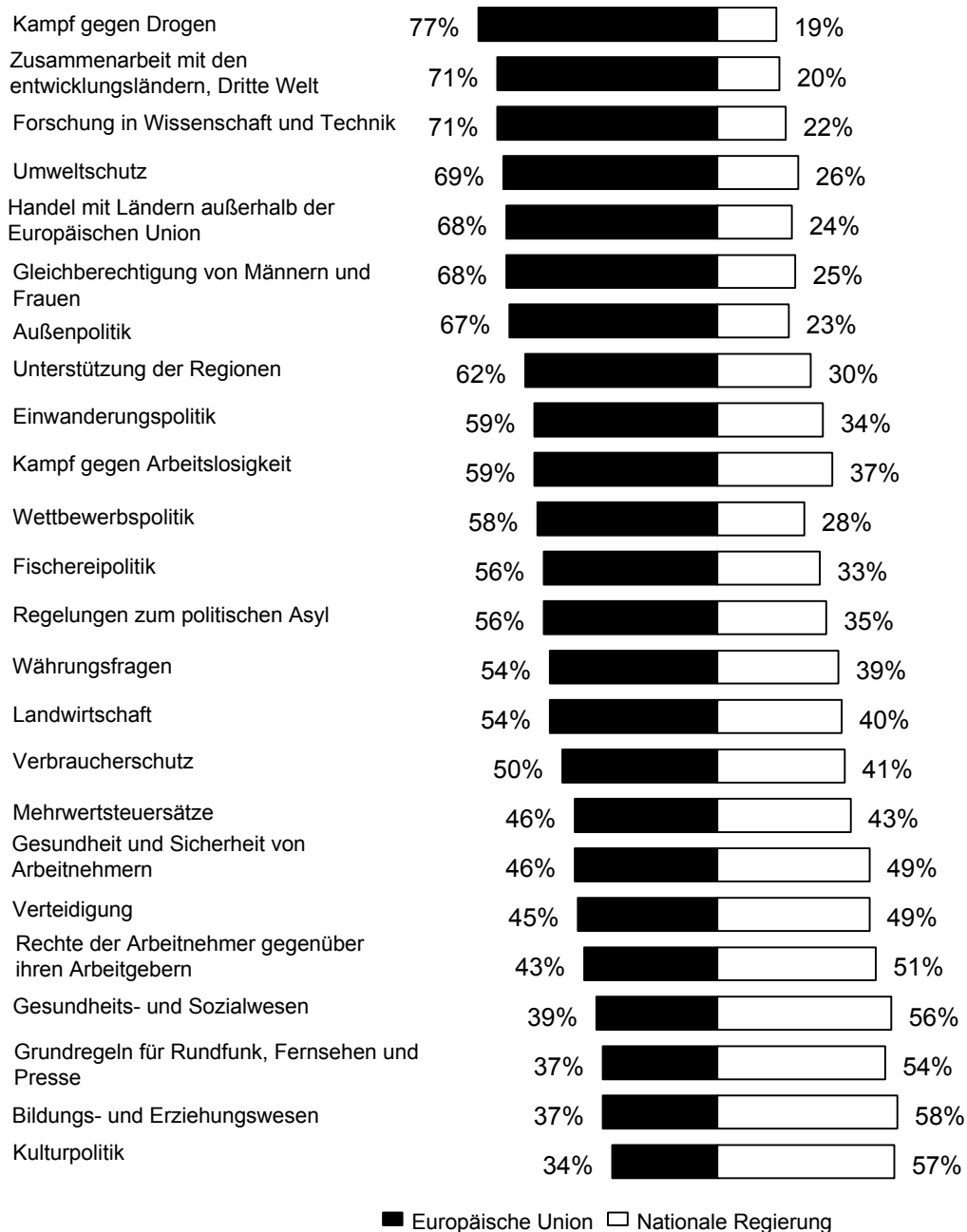
Insgesamt wird die Subsidiarität von der Mehrheit der Bürger befürwortet - doch in welchen Bereichen legen sie besonders großen Wert darauf? Eurobarometer legte den Befragten eine Liste mit 24 Politikbereichen vor und fragte für jeden dieser Bereiche ab, ob sie gemeinsam auf EU-Ebene oder im nationalen Rahmen entschieden werden sollten.

Verglichen mit der vorangegangenen Umfrage blieben die Ergebnisse bemerkenswert konstant. Wie sich bei früheren Umfragen bereits gezeigt hat, finden internationale Fragen eine größere Zustimmung zu EU-weitem Handeln. Auch für interne Probleme, denen jedoch eine länderübergreifende Dimension zuerkannt wird, wird ein Vorgehen auf Gemeinschaftsebene befürwortet. Dies betrifft den Kampf gegen Drogenhandel, Forschung in Wissenschaft und Technik und den Umweltschutz.

In den kulturellen oder sozialen Bereich fallende Fragen sowie innenpolitische Probleme hingegen möchten die Bürger eher der Zuständigkeit der einzelnen Regierungen der Mitgliedstaaten überlassen.

## Politische Entscheidungen durch die nationalen Regierungen oder gemeinsam innerhalb der EU?

### 24 Politikbereiche - EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 3.10

### 3.10. Eine europäische Regierung

Als abschließender Punkt dieses Kapitels wurde die öffentliche Meinung hinsichtlich der Zustimmung zu einer europäischen Regierung gemessen. Braucht Europa eine europäische Regierung, um den europäischen Einigungsprozeß weiter voranzutreiben, und befürwortet die Bevölkerung die Idee einer europäischen Regierung, die dem Europäischen Parlament verantwortlich ist?

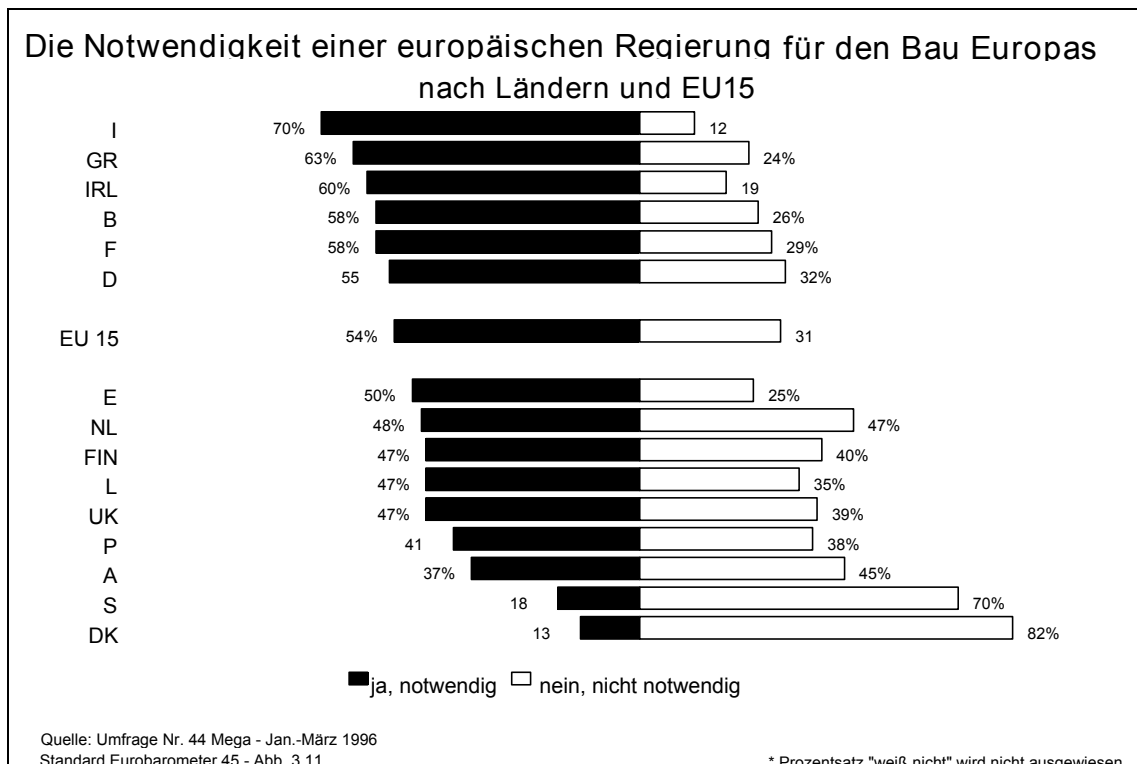
Dabei wurde zunächst folgende Frage gestellt:

"Ist Ihrer Meinung nach, um beim Bau Europas weiter voranzukommen, eine gewählte europäische Regierung notwendig?"

Gut die Hälfte der Befragten (54 %) sprach sich für den Gedanken einer europäischen Regierung aus, 31 % hielten dies nicht für notwendig und 15 % hatten dazu keine Meinung.

Am höchsten war die Zustimmung in Italien, wo sich sieben von zehn Befragten für dieses Konzept aussprachen. Griechenland (63 %), Irland (60 %), Belgien und Frankreich (beide 58 %) sowie Deutschland (55 %) lagen ebenfalls über dem EU-Durchschnitt. Besonders negativ waren die Dänen und Schweden eingestellt, von denen nur 13 % bzw. 18 % diesen Gedanken befürworteten (Tabelle 3.17)

Die demographische Analyse zeigt erneut das klassische Muster: stärkere Zustimmung bei den Männern (56 %) verglichen mit 51 % Frauen, bei den jüngeren Altersgruppen (56 % zu 50 %), den besser Ausgebildeten (58 % derer, die ihre Ausbildung mit 20 oder später abgeschlossen haben, gegenüber 48 % derer, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben). 67 % der Befragten, die generell eine stark pro-europäische Haltung haben, sprachen sich für eine europäische Regierung aus, von den anti-europäisch Gesinnten hingegen nur 27 %. (Tabelle 3.18)



## Standard Eurobarometer 45

Die zweite Frage zum Konzept einer europäischen Regierung lautete:

"Sind Sie für oder gegen den folgenden Vorschlag: Bildung einer europäischen Regierung für die Europäische Union, die dem Europäischen Parlament verantwortlich ist"

Im Laufe der vergangenen drei Jahre, in denen Eurobarometer die öffentliche Meinung zu dieser Frage verfolgt hat, war ein stetiger Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen, wobei einige Schwankungen im nationalen Bereich auffielen, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht. Insgesamt stimmten auf der Ebene der EU15 58 % für diesen Vorschlag, 20 % "dagegen" und 22 % äußerten keine Meinung. (Tabellen 3.19 und 3.20)

FÜR EINE EUROPÄISCHE REGIERUNG, DIE DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VERANTWORTLICH IST						
	Herbst 93 EB 40	Frühjahr 94 EB 41	Dezember 94 EB 42	Frühjahr 95 EB 43	Herbst 95 EB 44	Frühjahr 96 <sup>3</sup> EB 45
EU12	47	50	55	56	60	59
EU15	-	-	-	54	59	58
Belgien	54	59	63	69	64	60
Dänemark	19	21	24	26	29	24
Deutschland	42	45	49	51	63	57
Griechenland	58	58	65	70	62	67
Spanien	57	55	58	57	64	64
Frankreich	50	53	58	59	61	64
Irland	42	45	48	57	50	56
Italien	66	68	72	72	68	70
Luxemburg	49	56	65	70	65	58
Niederlande	49	57	66	64	79	76
Portugal	53	51	52	46	50	48
Vereinigtes Königreich	23	31	38	38	44	42
Österreich <sup>4</sup>	-	-	-	42	46	43
Schweden <sup>4</sup>	-	-	-	23	37	31
Finnland <sup>4</sup>	-	-	-	38	44	45

<sup>3</sup> Quelle: Eurobarometer 44 Mega

<sup>4</sup> In Österreich, Schweden und Finnland wurde die Frage erstmals im Frühjahr 1995 gestellt

## 4. Erweiterung

Die Zahl der Mitgliedsländer der Europäischen Union ist von den sechs Gründungsmitgliedern, die 1951 den Vertrag von Paris unterzeichnet hatten, auf nunmehr fünfzehn gestiegen. Bei der letzten Beitrittsrunde im Januar 1995 wurde die Union nach Norden um Schweden und Finnland und nach Osten um Österreich erweitert. Weitere 12 Länder haben ihre Kandidatur für die Mitgliedschaft in der Union eingereicht, von denen die meisten - mit Ausnahme der Mittelmeerinseln Malta und Zypern - an den östlichen Grenzen der Union liegen.

Ein Teil der Arbeiten der laufenden Regierungskonferenz erfolgt im Hinblick auf eine neue Beitrittsrunde, die um die Jahrtausendwende stattfinden soll. In diesem Kapitel befassen wir uns mit der öffentlichen Meinung zur unmittelbaren und längerfristigen Zukunft der Union und zur Aufnahme neuer Mitglieder.

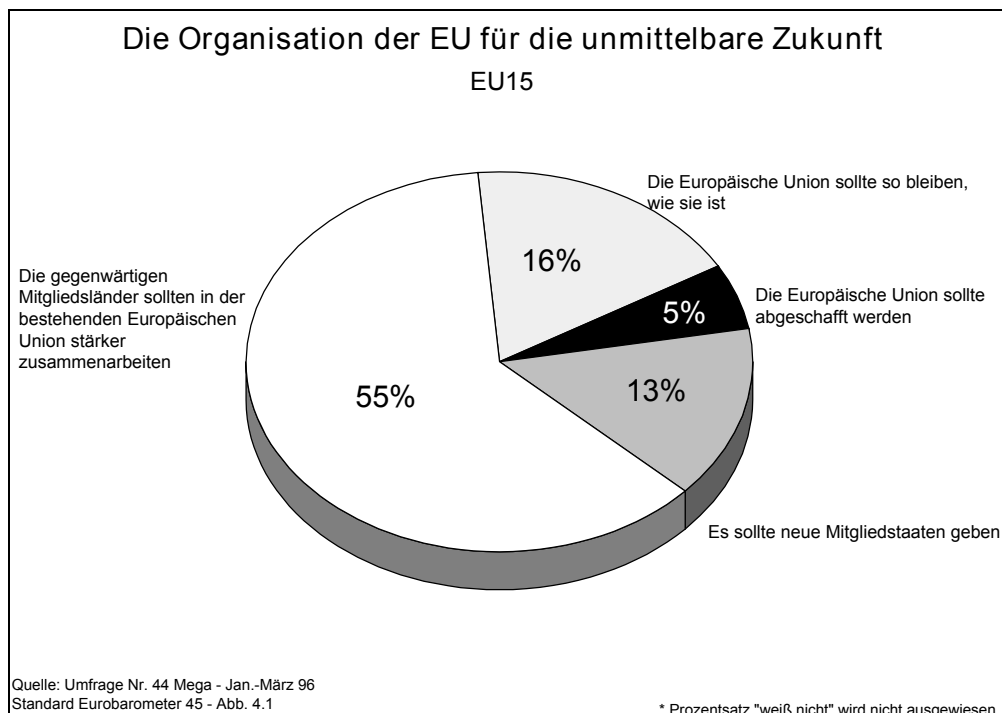
### 4.1. Die unmittelbare Zukunft der Union

Wie stehen die Bürger zur unmittelbaren Zukunft der Union? Die folgende Frage wurde bereits mehrfach gestellt (zuletzt im Frühjahr 1995) und wurde nun im Rahmen der Mega-Umfrage an 65.000 Bürger gerichtet:

"Welche dieser drei Möglichkeiten für die unmittelbare Zukunft der Europäischen Union würden Sie persönlich bevorzugen?"

- ☐ Die Europäische Union sollte so bleiben, wie sie ist
- ☐ Die gegenwärtigen Mitgliedsländer sollten in der bestehenden Europäischen Union stärker zusammenarbeiten
- ☐ Es sollte neue Mitgliedstaaten geben

Die Mehrheit der Befragten (55 %) ist dafür, daß die gegenwärtigen Mitgliedsländer stärker zusammenarbeiten sollten, 16 % meinten, die Union sollte bleiben, wie sie ist, während sich 13 % für den Beitritt neuer Mitglieder aussprachen. Insgesamt also messen die Bürger einem besseren Funktionieren der gegenwärtigen Union Vorrang bei. (Tabellen 4.1 und 4.2)

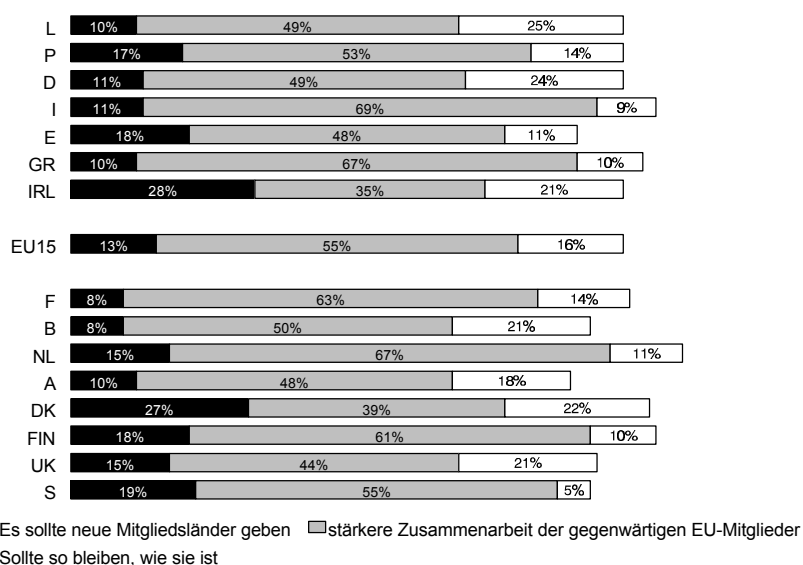


## Standard Eurobarometer 45

Seit die Frage der Erweiterung im Frühjahr 1995 (Eurobarometer 43) zuletzt gestellt wurde, ist die Zustimmung zu diesem Vorschlag um 4 % zurückgegangen. Ebenso wie damals sind auch heute Irland und Dänemark die größten Befürworter dieser Idee (28 % bzw. 27 % Zustimmung). In Spanien und Portugal sind geringfügige Zuwachsraten zu verzeichnen (+ 2 % bzw. + 1 %). In allen anderen Ländern ist die Zustimmung rückläufig bis zu den extremen Werten von - 14 % in Griechenland und - 9 % im Vereinigten Königreich.

KÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER UNION				
Land	gleich bleiben	mehr Zusammen arbeit	neue Mit gliedsländer	Veränderung gg. EB43 für Erweiterung in %
EU15	16	55	13	-4
Österreich	18	48	10	-5
Belgien	21	50	8	-4
Dänemark	22	39	27	+ 2
Deutschland	24	49	11	-5
Griechenland	10	67	10	-14
Spanien	11	48	18	+ 2
Frankreich	14	63	8	-4
Irland	21	35	28	+ 2
Italien	9	69	11	-5
Luxemburg	25	49	10	-2
Niederlande	11	67	15	-2
Portugal	14	53	17	+ 1
Schweden	5	55	19	-3
Finnland	10	61	18	-3
Vereinigtes Königreich	21	44	15	-9

### Die unmittelbare Zukunft der Union nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 4.2



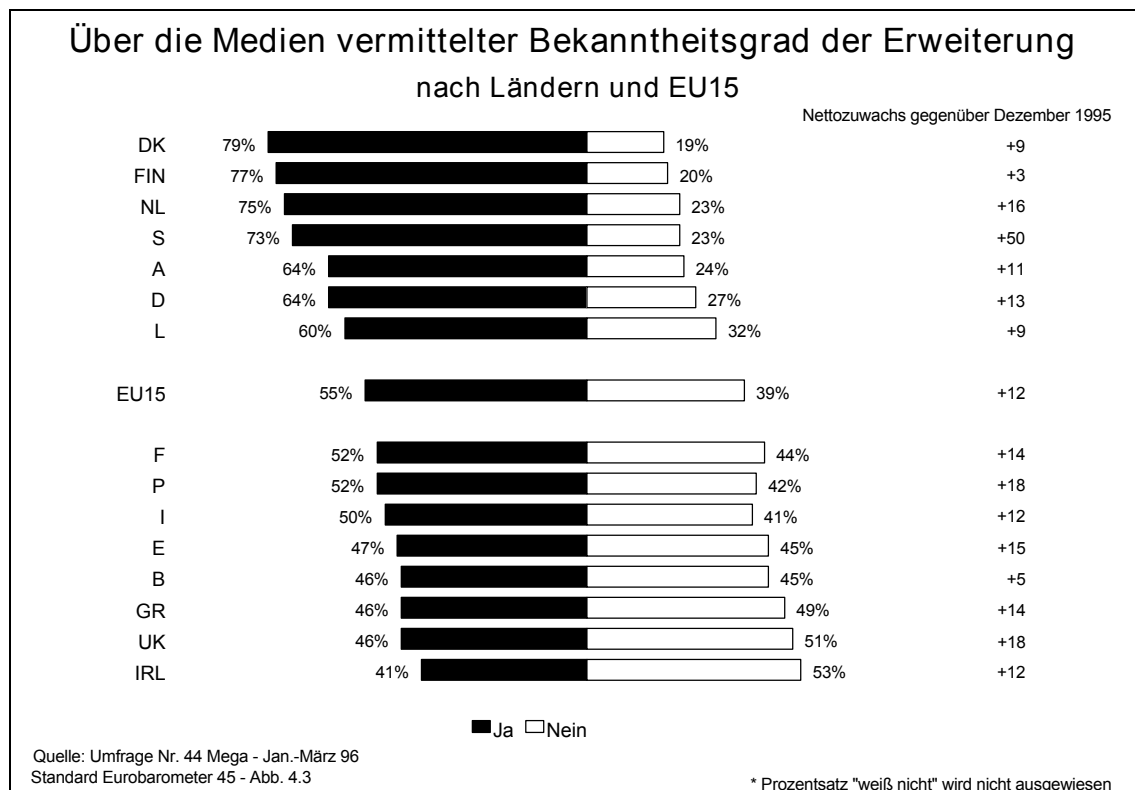
## 4.2. Bekanntheitsgrad der Erweiterung

Um den Bekanntheitsgrad der Diskussion über die Erweiterung nach der Medienberichterstattung zu messen, wurde die folgende Frage gestellt:

"Haben Sie in den letzten drei Monaten etwas über Diskussionen über die zukünftige Mitgliedschaft von Ländern Mittel- und Osteuropas gehört oder gelesen?"

55 % der Befragten gaben an, etwas zu diesem Thema gehört oder gelesen zu haben, verglichen mit nur 43 % bei der letzten Umfrage (Dezember 1995). Allerdings ist bei der Bewertung dieses Zuwachses Vorsicht geboten, da in einer Reihe anderer Punkte derselben Frage ebenfalls ein höherer Bekanntheitsgrad gemessen wurde.

Eine Steigerung des Bekanntheitgrads war in allen Mitgliedstaaten zu verzeichnen. Dänemark stand mit einem Anteil von 79 %, der in den letzten drei Monaten etwas über die Erweiterung gehört oder gelesen hatte, nach wie vor an der Spitze. Hohe Werte wurden auch in Finnland (77 %), den Niederlanden (75 %) und Schweden (73 %) erzielt. Am wenigsten waren die Iren (41 %), Briten, Griechen und Belgier (alle 46 %) über diese Diskussion im Bilde. (Tabelle 4.2)



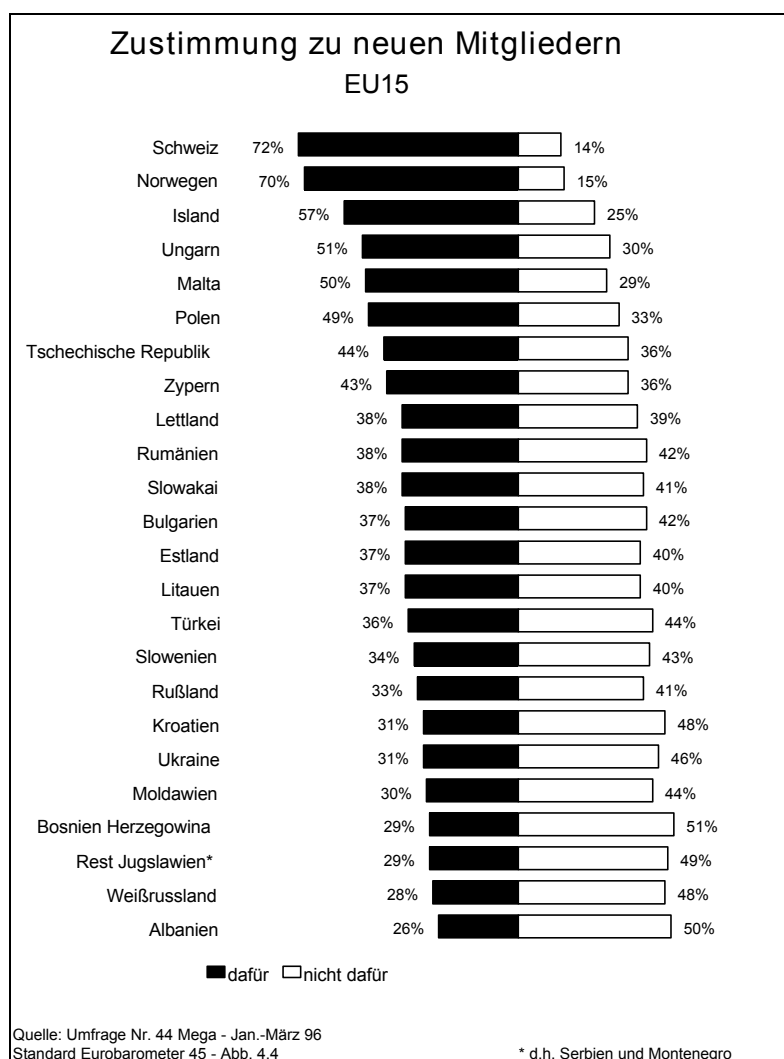
Die demographische Analyse zeigt, daß die Männer mehr von der Erweiterung gehört oder gelesen hatten als die Frauen (61 % zu 49 %), und daß Führungskräfte (74 %) und Personen, die ihre Ausbildung erst mit 20 oder später abgeschlossen haben (72 %) ebenfalls besonders gut im Bilde waren. (Tabelle 4.4)

### 4.3. Zustimmung zum Beitritt neuer Unionsmitglieder

Um die Zustimmung zum Beitritt neuer Mitglieder messen zu können, wurden die Befragten aufgefordert anzugeben, ob sie dafür oder dagegen sind, daß einzelne Länder in der nahen Zukunft Teil der Europäischen Union werden. Am ehesten würden die Schweiz (72 %) und Norwegen (70 %) als Mitglieder akzeptiert, ungeachtet der Tatsache, daß sich die Norweger in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt zur Union entschieden haben (52 % gegen die Mitgliedschaft, 48 % dafür).

Wir stellen sodann einen Sprung von rund 20 % bis zu einer zweiten Gruppe von Ländern fest, von denen rund die Hälfte der Unionsbürger angeben, daß sie ihre Beitrittsgesuche befürworten. Zu dieser Gruppe zählen Island (57 %), Ungarn (51 %), Malta (50 %) und Polen (49 %). Gut vier von zehn Bürgern sprechen sich für eine Mitgliedschaft der Tschechischen Republik (44 %) und Zyperns (43 %) aus.

Ansonsten liegt die Zustimmung generell unter 40 %, wobei für Albanien (26 %), Weißrussland (28 %), Bosnien-Herzegowina und Rest-Jugoslawien (beide 29 %) die niedrigsten Werte erzielt werden. Für diejenigen Länder, für die uns vergleichbare Daten aus früheren Umfragen vorliegen<sup>1</sup>, zeichnet sich ein Rückgang der Zustimmung in der Größenordnung von - 10 bis - 3 ab. (Tabelle 4.5)

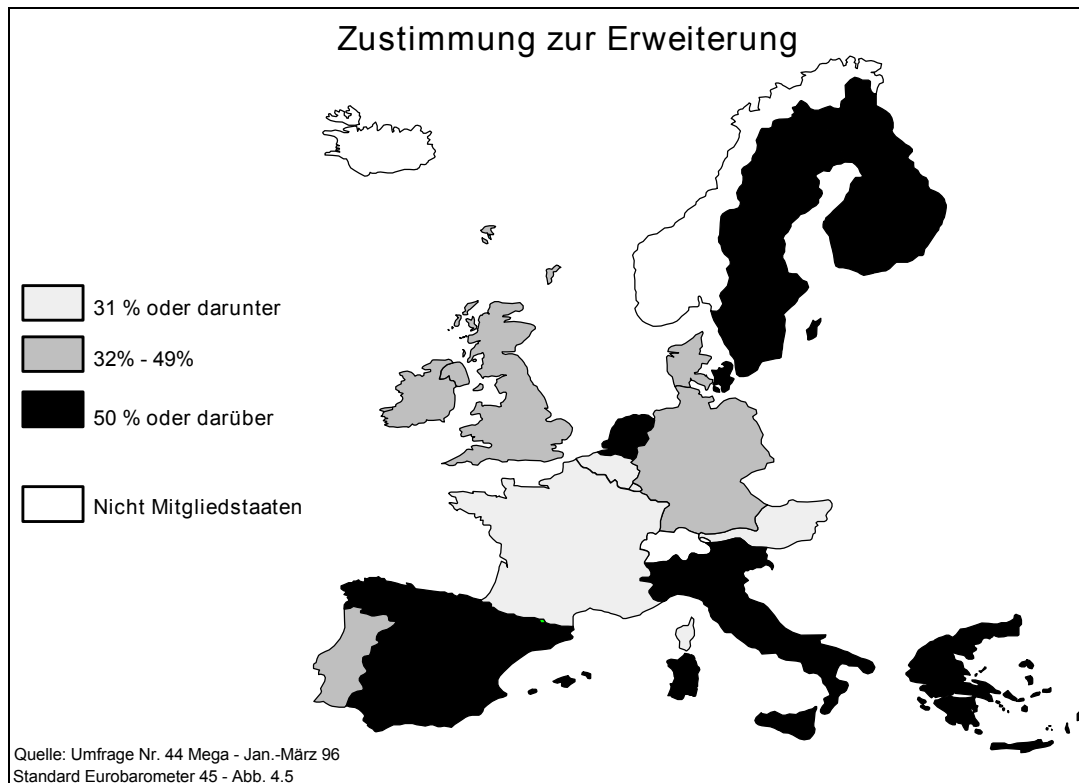


<sup>1</sup> Standard Eurobarometer 42, Dezember 1994

Es wurde jedoch nicht nur die Gesamtzustimmung zum Beitritt einzelner Länder gemessen, sondern überdies eine weitere Analyse durchgeführt, um einen Überblick über die generelle Einstellung der EU-Bürger zur Erweiterung zu erhalten. Waren einige Mitgliedsländer positiver eingestellt als andere?

Bei dieser Analyse wurde für jeden Mitgliedstaat der durchschnittliche Anteil der positiven Antworten berechnet. Insgesamt stellten sich die Niederlande als das aufnahmefreudigste Land dar, gefolgt von Schweden, Griechenland und Spanien. Am wenigsten waren die Franzosen, Österreicher, Luxemburger und Belgier für neue Beitritte. Die folgende Übersicht zeigt die nationalen Werte im einzelnen:

POSITIVE REAKTIONEN AUF DIE ERWEITERUNG					
50 % oder darüber		32 % - 49 %		31 % oder darunter	
Niederlande	57%	Dänemark	41 %	Belgien	31 %
Schweden	53%	Vereinigtes Königreich	40 %	Luxemburg	29 %
Griechenland	52%	Irland	37 %	Österreich	29 %
Spanien	51%	Deutschland	35 %	Frankreich	29 %
Italien	50%	Portugal	34 %		
Finnland	50%				



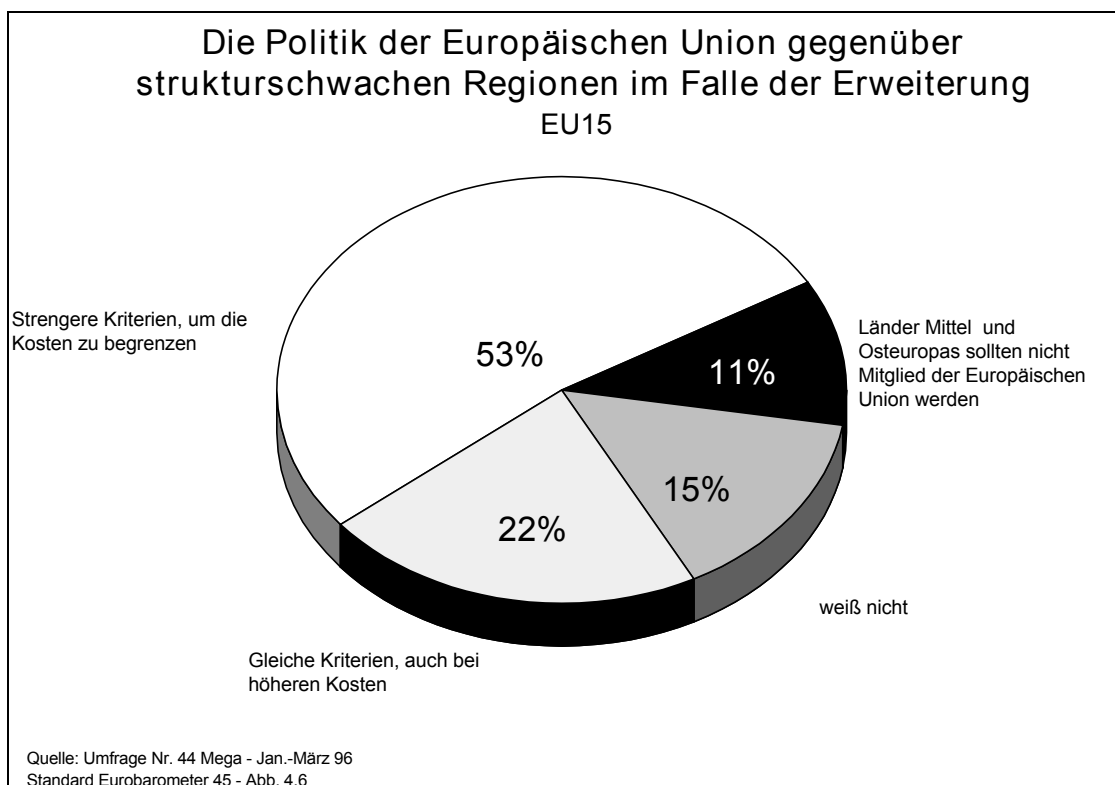
#### 4.4. Die Politik der Europäischen Union gegenüber strukturschwachen Regionen im Falle der Erweiterung

Eine abschließende Frage zur künftige Erweiterung betraf die Behandlung der strukturschwachen Regionen durch die Union:

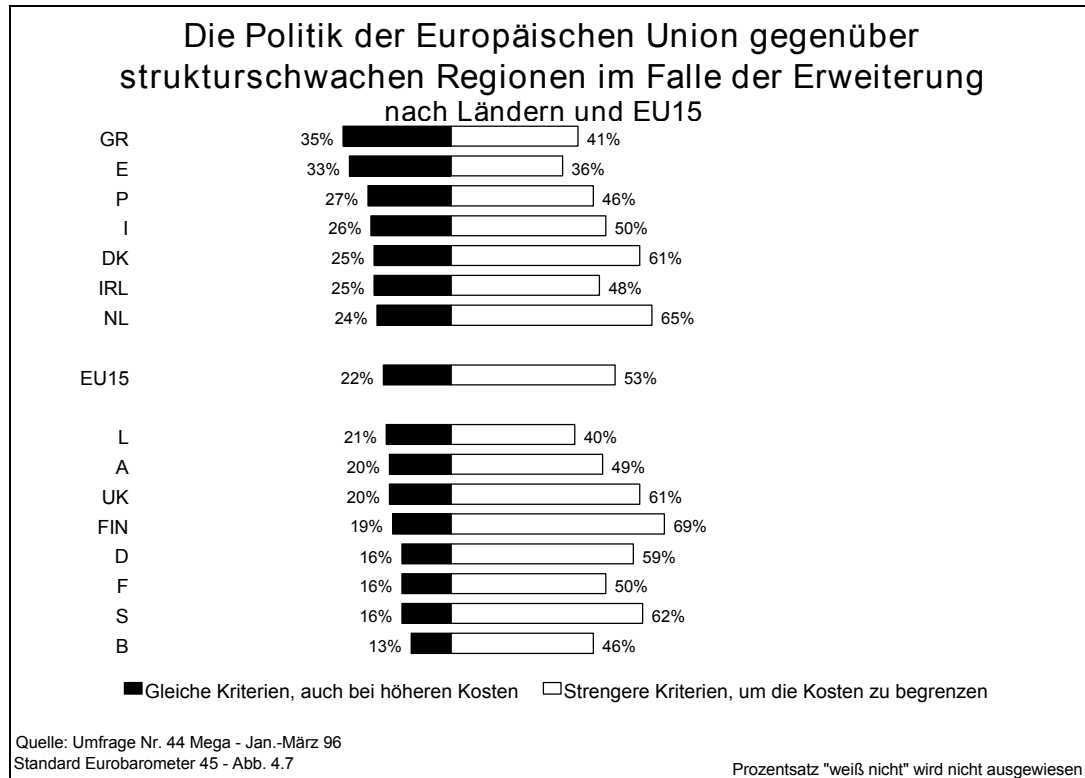
"Wenn Länder Mittel- und Osteuropas Mitglied der Europäischen Union werden: Was meinen Sie, sollte die Europäische Kommission für die strukturschwachen Regionen in der Europäischen Union tun?"

- œ man sollte alle strukturschwachen Regionen unterstützen, und zwar nach den gleichen Kriterien wie heute, auch wenn die Kosten für diese Unterstützung viel höher sein werden, weil Länder Mittel- und Osteuropas Mitglied geworden sind.
- œ man sollte alle strukturschwachen Regionen unterstützen, aber nach strengeren Kriterien als heute, um die Steigerung der Kosten für diese Unterstützung zu begrenzen, weil Länder Mittel- und Osteuropas Mitglied geworden sind.
- œ Länder Mittel- und Osteuropas sollten nicht Mitglied der Europäischen Union werden (spontane Antwort)."

Wie das folgende Schaubild zeigt, spricht sich über die Hälfte der Befragten für die Anwendung strengerer Kriterien für die Regionalhilfe aus. Jeder Vierte befürwortete die gleichen Kriterien, selbst bei einer Steigerung der Kosten für die Hilfe, während sich 11 % der Befragten spontan gegen einen Beitritt dieser Länder aussprechen und 15 % dazu nichts zu sagen wissen.



Im Ländervergleich zeichnen sich erhebliche Abweichungen in den Einstellungen zu dieser Frage ab, die die generelle Haltung zur Erweiterung wie weiter oben beschrieben widerspiegeln. Diejenigen, die generell eine Erweiterung befürworten, sind auch eher bereit, den damit verbundenen Preis zu zahlen. Diejenigen hingegen, die sich für eine Konsolidierung der Union aussprechen, wollen keine zusätzlichen Ausgaben, sondern vielmehr strengere Ausgabenkriterien.



## 5. Beschäftigung

Bei allen Umfragen, bei denen die Sorgen der breiten Öffentlichkeit gemessen werden, zeigt sich, daß das Thema Beschäftigung nach wie vor ein zentrales Anliegen des europäischen Bürgers ist. Die Aufstellung von Programmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung der Chancengleichheit für Frauen und Minderheiten - all diesen Aspekten wird große Bedeutung beigemessen. Im folgenden untersuchen wir die Einstellungen zur Beschäftigungsproblematik und die Frage, auf welcher Ebene Maßnahmen ergriffen werden sollten.

### 5.1. Beschäftigung - ein Bereich von höchster Priorität

Es steht außer Frage, daß das Thema Beschäftigung und Arbeitsplätze in jeder Auflistung von Anliegen einen der vorderen Ränge einnimmt, doch hier sollten die Befragten angeben, ob sie den folgenden vier Bereichen besonderen Vorrang einräumen würden:

Entwicklung gemeinsamer Programme zum Kampf gegen die  
Arbeitslosigkeit  
Schaffung von mehr Möglichkeiten, überall in der Europäischen Union  
einen Arbeitsplatz zu finden  
Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen  
Verbesserung der Chancengleichheit für Minderheiten

Um die einschlägigen Antworten in die richtige Perspektive zu setzen, weisen wir nachstehend die aktuellen Arbeitslosenquoten (saisonbereinigt) der einzelnen Mitgliedstaaten für 1996-07 aus (sofern nicht anders angegeben).

ARBEITSLOSENQUOTEN, SAISONBEREINIGT 1996-07 <sup>1</sup>								
	EU 15	B	DK	D	GR	E	F	IRL
Insgesamt	10.7	9.7	6.3	8.9	na	21.0	11.7	12.5
Männer	9.5	7.6	5.1	7.9	na	16.7	9.8	12.1
Frauen	12.5	12.7	7.9	10.2	na	28.7	14.0	13.2

	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Insgesamt	12.1*	3.1	6.8**	4.1	7.2	16.3	10.1	8.3
Männer	9.5	2.2	5.4	3.1	6.1	16.4	10.6	9.6
Frauen	16.5	4.8	8.9	5.4	8.5	16.2	9.4	6.5

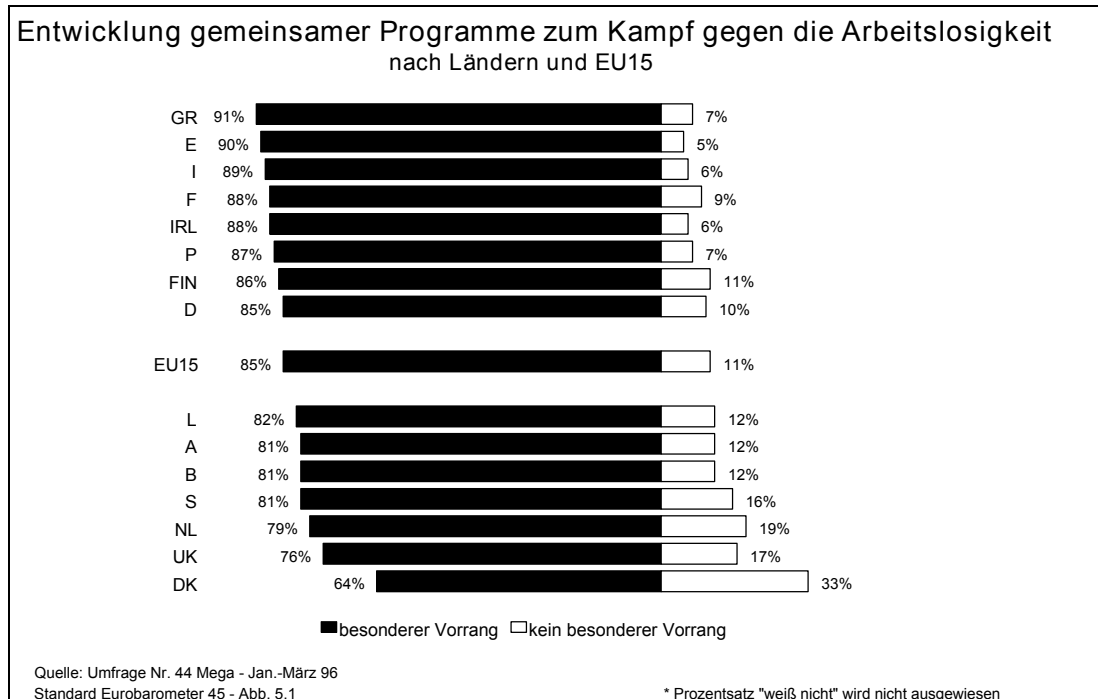
\* Jüngste verfügbare Zahlen 1996-04

\*\* Jüngste verfügbare Zahlen 1996-06

<sup>1</sup> Quelle: Eurostat - Arbeitslosenzahlen 8/9 1996

## 5.2. Gemeinsame Programme zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Die Notwendigkeit, gemeinsame Programme zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu entwickeln, wurde von 85 % aller Befragten als besonders vorrangig angesehen. In Griechenland (91 % "besonderer Vorrang"), Spanien (90 %), Italien (89 %) Frankreich und Irland (jeweils 88 %) wurden sogar noch höhere Werte erzielt. Dänemark war das einzige Land, in dem ein wesentlich geringerer Bevölkerungsanteil (64 %) diesen Bereich als besonders wichtig einstufte.



Es zeigt sich, daß hohe reale Arbeitslosenzahlen hohe Werte in dieser Frage bedingen können, daß aber auf der anderen Seite auch in Ländern mit niedrigeren Arbeitslosenquoten die Arbeitslosigkeit und Möglichkeiten für ihre Bekämpfung durchaus auch als extrem wichtiges Anliegen gewertet werden.

Die demographische Analyse ergibt, daß diesem Problem in allen sozialen und wirtschaftlichen Gruppen Vorrang eingeräumt wird: von Männern und Frauen, jüngeren und älteren Menschen gleichermaßen. Niedrigere Werte werden lediglich bei denjenigen erzielt, die eine negative Grundhaltung zu Europa einnehmen. (Tabellen 5.1 und 5.2)

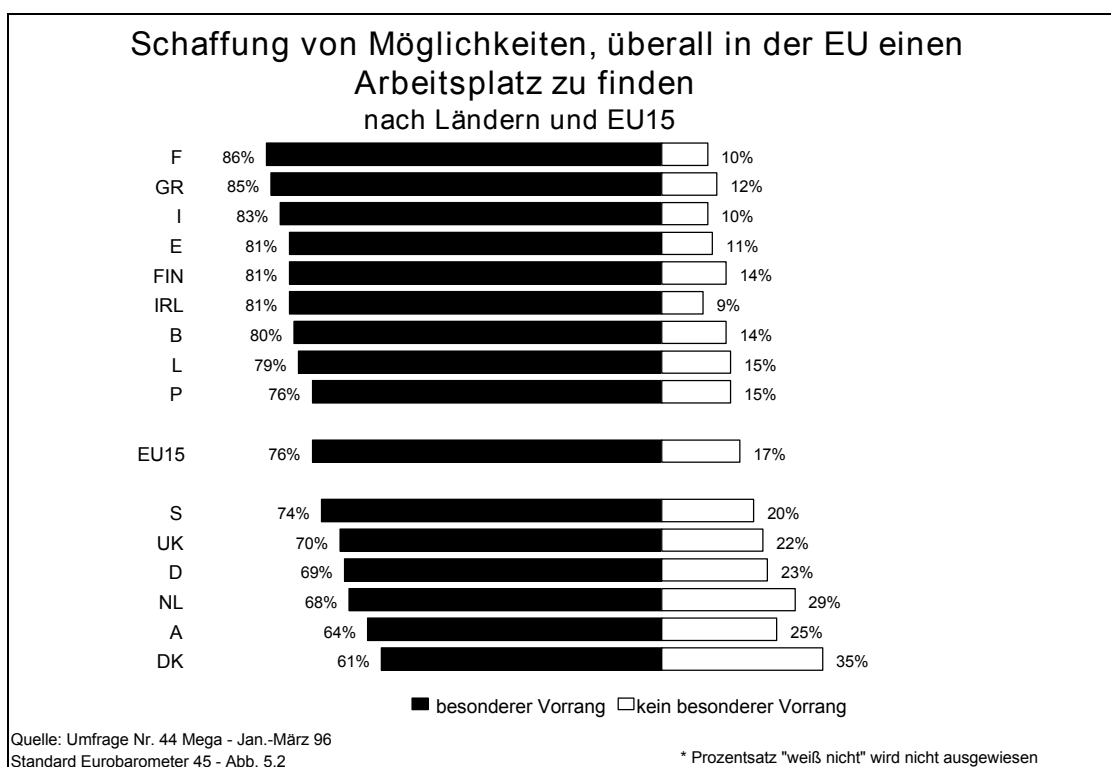
### 5.3. Schaffung von mehr Möglichkeiten, überall in der Europäischen Union einen Arbeitsplatz zu finden

Der Vorschlag, daß die Europäische Union aktiver daran arbeitet, den Bürgern Möglichkeiten zu schaffen, überall in der Union einen Arbeitsplatz zu finden, wurde von drei Vierteln aller Befragten als besonders vorrangig eingestuft.

Auch hier zeigt sich, daß die "Mittelmeervölker" (Franzosen, Griechen, Italiener und Spanier) eine solche Strategie sehr viel stärker befürworten als beispielsweise die Finnen, Iren, Belgier und Luxemburger. Die niedrigsten Werte sind allerdings in Dänemark (61 %) und Österreich (64 %) zu verzeichnen.

Das Konzept der Arbeitsplatzmobilität findet vor allem bei jüngeren Menschen Zustimmung: in der Altersgruppe 15-24 messen 79 % der Befragten diesem Vorschlag besonderen Vorrang bei, und entsprechend legen diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, großen Wert darauf, überall in der Union einen Arbeitsplatz finden zu können (82 %).

Die Aufschlüsselung nach Berufen zeigt, daß die nicht Berufstätigen und interessanterweise die Arbeitslosen eher weniger dazu neigen, diesem Bereich besonderen Vorrang einzuräumen. Eine positive Gesamteinstellung zu Europa geht in der Regel mit großem Interesse an der Arbeitsplatzmobilität einher: 83 % der Befragten, die pro-europäisch eingestellt sind, stufen diesen Vorschlag als besonders vorrangig ein, verglichen mit 59 % derer, die eine anti-europäische Haltung haben. (Tabellen 5.1 und 5.2)

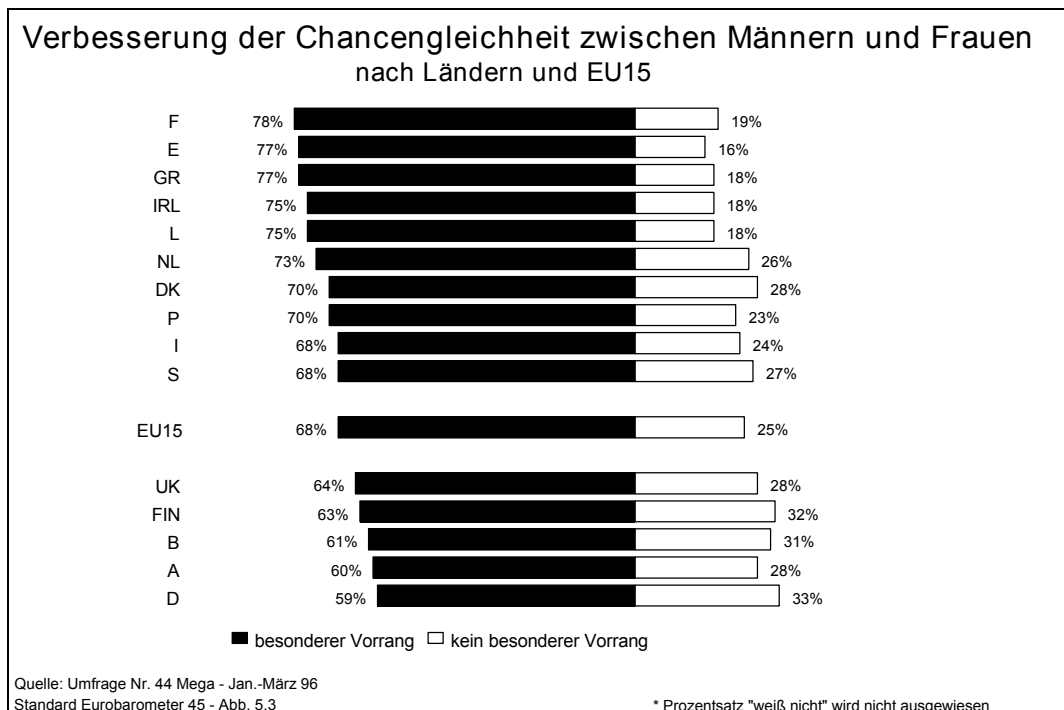




#### 5.4. Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen

68 % der Befragten sind der Ansicht, daß der Verbesserung der Chancengleichheit in der Union besonderer Vorrang eingeräumt werden sollte. Besonders liegt dieser Bereich den Franzosen (78 %), Griechen und Spaniern (beide 77 %), Iren und Luxemburgern (jeweils 75 %) sowie den Dänen (70 %) am Herzen. Niedrigere Werte sind in dieser Frage in Deutschland (59 %), Österreich (60 %), Belgien (61 %), Finnland (63 %) und dem Vereinigten Königreich (64 %) zu verzeichnen.

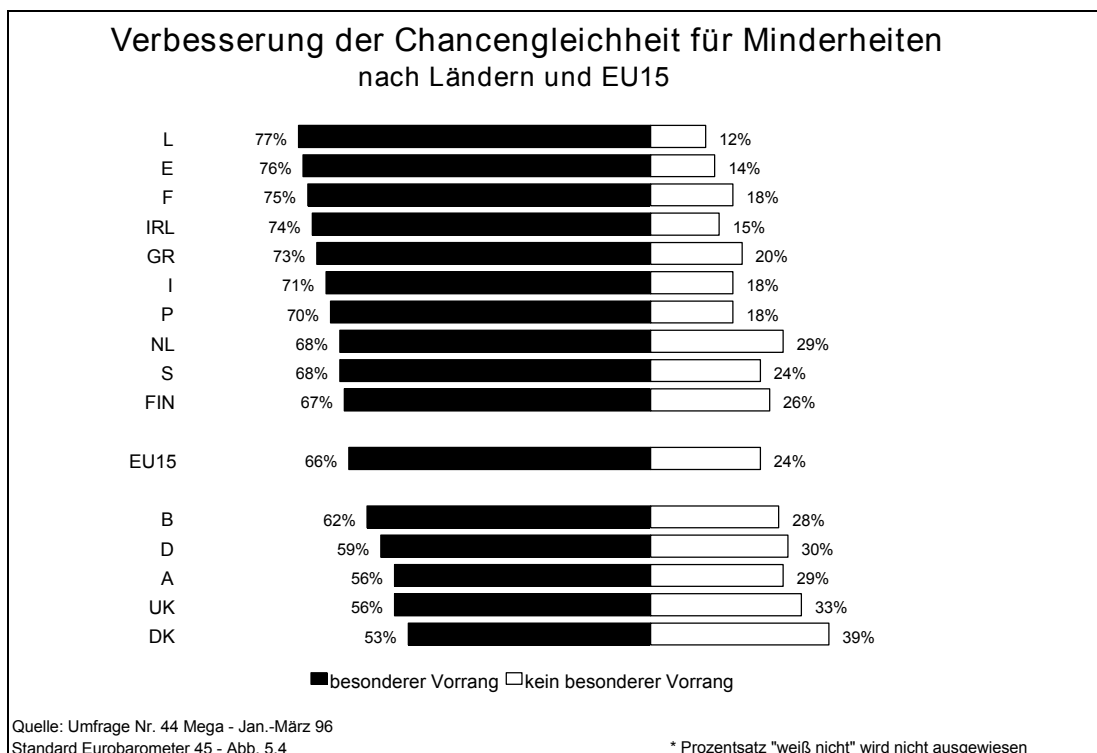
Die demographische Aufschlüsselung ergibt, daß die Frauen diesem Bereich erwartungsgemäß höheren Vorrang beimessen als die Männer (72 % verglichen mit 64 %). Junge Menschen und diejenigen, die sich noch in der Ausbildung befinden, fühlen sich ebenfalls stärker angesprochen: 70 % der Altersgruppe 15-24 verglichen mit 66 % der Altersgruppe über 55. (Tabellen 5.1 und 5.2)



#### 5.5. Verbesserung der Chancengleichheit für Minderheiten

Den Abschluß der Liste von Bereichen, die die Befragten als besonders vorrangig oder nicht einstufen sollten, betraf die Verbesserung der Chancengleichheit für Minderheiten: zwei Drittel der Befragten hielten diesen Aspekt für besonders vorrangig.

Am ausgeprägtesten war der Zuspruch zu diesem Vorschlag in Luxemburg (77 %), Spanien (76 %), Frankreich (75 %), Irland (74 %) und Griechenland (73 %). Vergleichsweise niedrige Werte wurden hingegen in Österreich und dem Vereinigten Königreich erzielt (beide 56 %). Auch auf diesen Aspekt sprachen die Frauen etwas stärker an als die Männer, und junge Menschen, insbesondere Schüler und Studenten, stärker als die ältere Generation. (Tabellen 5.1 und 5.2)



## 5.6. Ängste um den Arbeitsmarkt

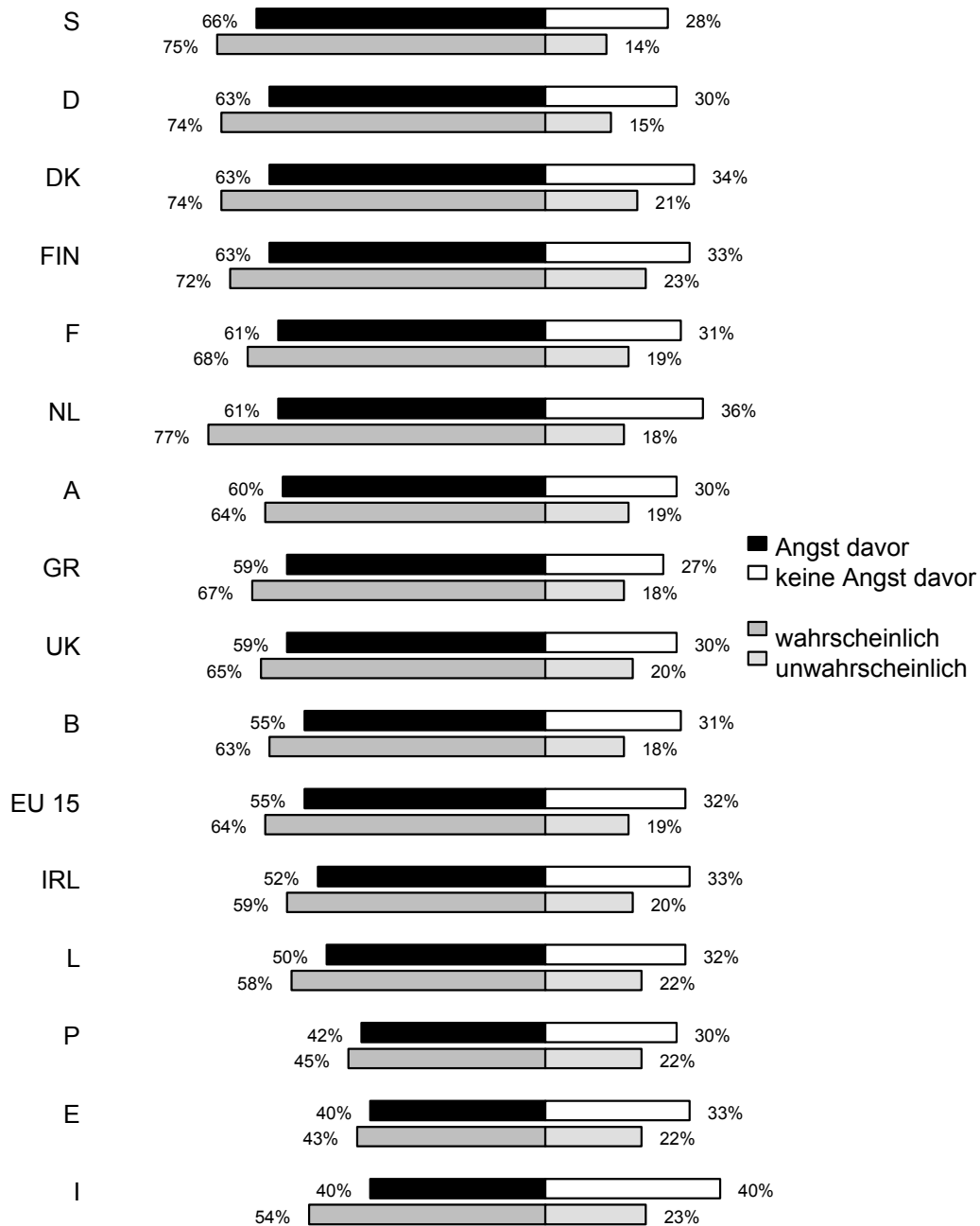
Im Zusammenhang mit den Einstellungen der Bürger zum Thema Arbeit und Beschäftigung befaßte sich die Umfrage ganz speziell mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der Union sowie mit der möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer mit geringeren Lohnkosten. Die Befragten sollten angeben, ob sie Angst vor einer solchen Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb der Union haben, und ob sie diesen Fall für wahrscheinlich halten.

Insgesamt äußerte sich die Hälfte der Befragten besorgt über eine mögliche Verlagerung von Arbeitsplätzen entweder innerhalb der Union oder in Nicht-Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten. Am stärksten ausgeprägt waren diese Ängste in den nördlichen Ländern Europas: in Schweden befürchteten 66 % der Befragten die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der Union, während in Deutschland, Dänemark und Finnland Werte von 63 % gemessen wurden. In den südlichen Ländern hingegen war diese Angst weniger verbreitet: in Italien und Spanien äußerten 40 % diese Sorge, in Portugal 42 % der Befragten.

Generell war der Stellenwert, den die Sorge um die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb der Union einnahm, mit ein bis zwei Ausnahmen relativ ähnlich, vor allem in den drei neuen Mitgliedstaaten. Die Schweden äußerten zwar die größte Sorge bezüglich der Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der Union, hatten jedoch weniger Ängste vor Verlagerungen in Nicht-Mitgliedsländer (66 % verglichen mit 54 %). Ebenso hatten in Finnland 63 % Angst vor einer unionsinternen Verlagerung der Arbeitsplätze, jedoch nur 55 % vor einer Verlagerung aus der Union hinaus, und in Österreich wurden Werte von 60 % gegenüber 52 % gemessen.

Die demographische Analyse zeigt, daß Jugendliche und Schüler und Studenten die wenigsten Ängste vor einer Verlagerung der Arbeitsplätze haben. Unsicherer waren erwartungsgemäß die Arbeiter (59 % Angst), Büroangestellten (57 %) und die Arbeitslosen (56 %).

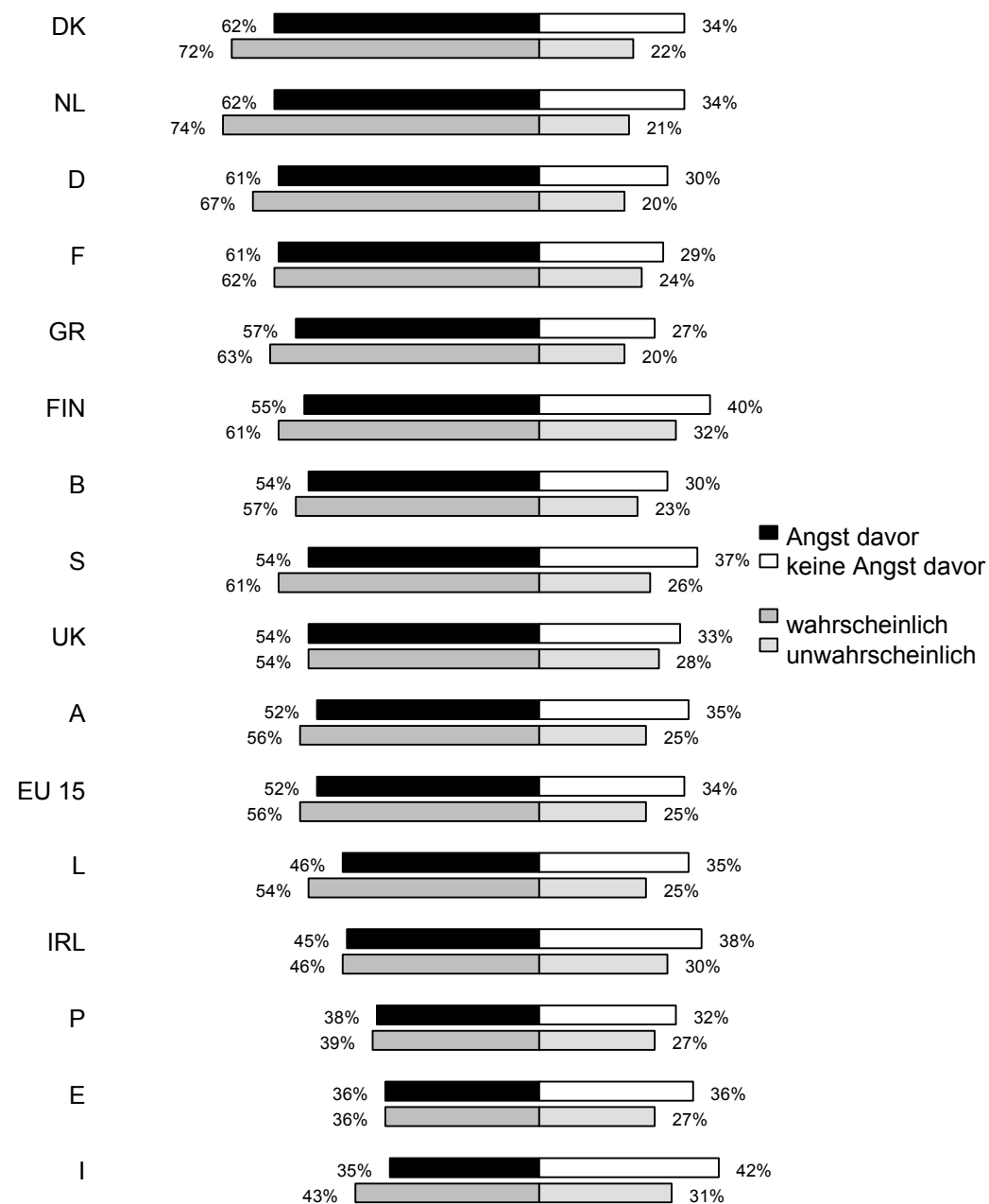
## Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in andere Mitgliedsländer nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 5.5

\* Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

## Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländern nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 5.6

\* Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

Der zweite Teil der Frage bezog sich auf die Wahrscheinlichkeit, daß es zu solchen Verlagerungen kommt. In allen Fällen neigten die Befragten stärker zu der Ansicht, daß tatsächlich eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Produktionskosten erfolgen wird, sei es innerhalb oder außerhalb der Union. Insgesamt rechneten 64 % mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb und 56 % mit einer Verlagerung aus der Union hinaus.

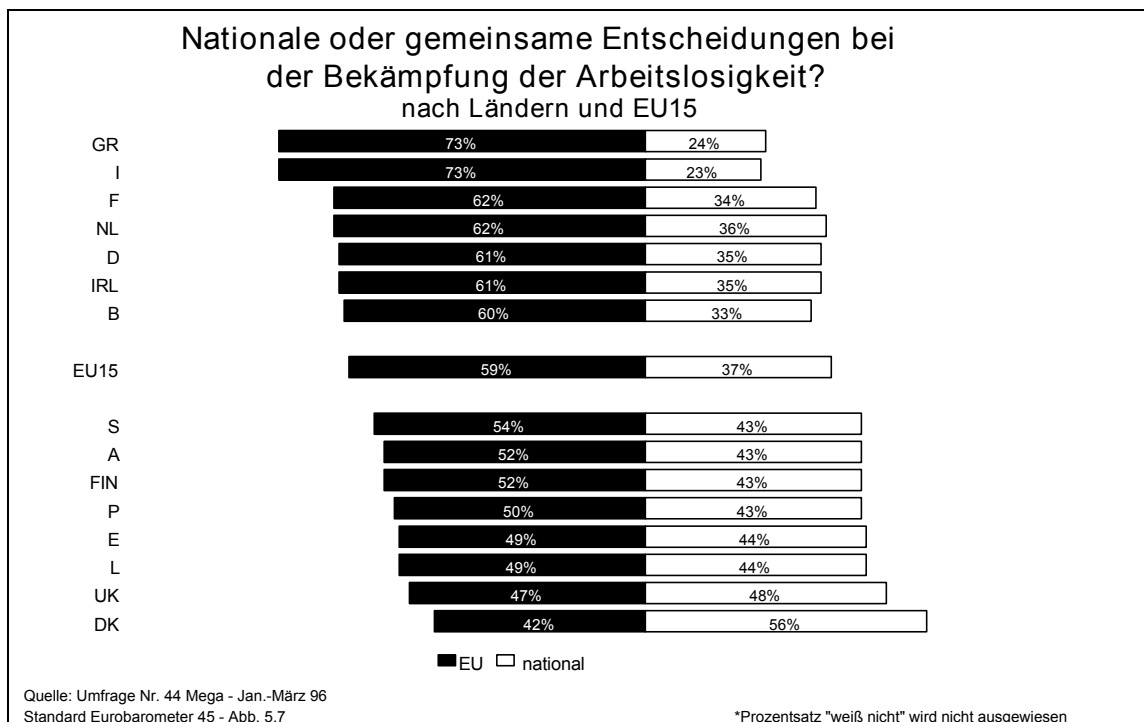
Die Wahrscheinlichkeit von Arbeitsplatzverlagerungen innerhalb der Union wurden am ehesten von der Bevölkerung mit hohem Bildungsniveau angenommen: denjenigen, die ihre Ausbildung mit 20 oder später abgeschlossen haben (69 % innerhalb der Union und 62 % außerhalb der Union), Führungskräften (71 % innerhalb der Union, 65 % außerhalb) und schließlich den Meinungsführern (70 % innerhalb und 63 % außerhalb). (Tabellen 5.3 und 5.4)

### 5.7. Politische Entscheidungen - durch die nationalen Regierungen oder gemeinsam in der EU?

Wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, wird der Beschäftigung bzw. der Arbeitslosigkeit von den Bürgern besonderer Vorrang beigemessen. Doch in wessen Zuständigkeit sollten einschlägige politische Entscheidungen nach Ansicht der Öffentlichkeit fallen?

Bei der Mega-Umfrage wurde folgende Frage gestellt:

"Manche Leute meinen, daß bestimmte politische Bereiche von der (nationalen) Regierung entschieden werden sollten, während andere politische Bereiche gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollten. Sagen Sie mir bitte, welche der folgenden politischen Bereiche Ihrer Ansicht nach von der (nationalen) Regierung entschieden werden sollten und welche gemeinsam innerhalb der gesamten Europäischen Union entschieden werden sollten."



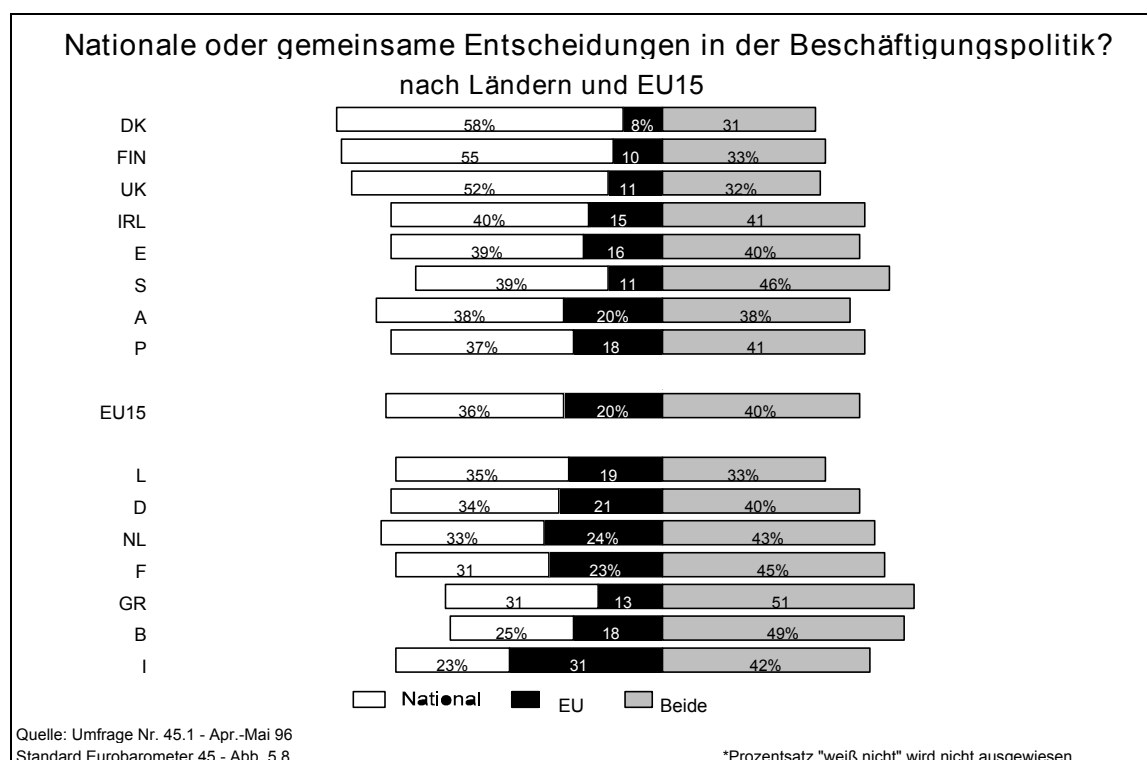
## Standard Eurobarometer 45

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sehen fast sechs von zehn Bürgern im wesentlichen als Aufgabe für die EU. Besonders hohe Werte wurden dabei in Griechenland und Italien (beide 73 %) gemessen. Am unteren Ende der Skala befindet sich Dänemark, wo sich die Öffentlichkeit mehrheitlich (56 %) für nationale Lösungen ausspricht. Das Vereinigte Königreich teilt sich fast zu gleichen Teilen in Anhänger von nationalen und von EU-Entscheidungen auf. Stärkerer Zuspruch zu Aktionen auf EU-Ebene ist bei den Männern, Personen mit hohem Bildungsniveau, Meinungsführern und Führungskräften festzustellen. (Tabellen 5.7 und 5.8)

Bei der Standard Eurobarometer-Umfrage 45 wurde eine zweite Frage zum Thema Beschäftigung gestellt, die insofern eine nuanciertere Antwort zuließ, als sich die Befragten auch für gemeinsame Entscheidungen der nationalen Regierungen und der EU aussprechen konnten.

Bei dieser Formulierung stellt sich heraus, daß die Bürger am liebsten Anstrengungen an allen drei Fronten sehen würden: auf nationaler Ebene, EU-Ebene und gemeinsame Anstrengungen (36 % nur national, 20 % nur EU und 40 % sowohl national als auch EU).

In dieser Version der Frage spricht sich in drei Ländern - Dänemark, Finnland, Vereinigtes Königreich - die Mehrheit der Befragten für Entscheidungen auf nationaler Ebene aus, aber dennoch würden fast vier von zehn Befragten Entscheidungen auf der Ebene der EU und eine gemeinsame Politik für wünschenswert halten. (Tabellen 5.5 und 5.6)



## 6. Sind die Europäischen Bürger informiert?

Wie im Editorial bereits erwähnt, wurde die Mega-Umfrage im wesentlichen im Hinblick auf die Vorbereitung der drei Informationskampagnen durchgeführt, die ab Ende 1996 und 1997 gestartet werden sollen. Ein zentraler Aspekt war dabei ohne Frage, sich einen Überblick über den derzeitigen Informationsstand der Bürger im Zusammenhang mit den verschiedenen Aspekten der Union und deren Bekanntheitsgrad zu verschaffen.

In den folgenden Abschnitten untersuchen wir, wie gut informiert sich die Bürger über verschiedene Themen fühlen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken können. Sodann befassen wir uns mit den Antworten auf eine Reihe faktischer Fragen über die Union und schließlich untersuchen wir den Bekanntheitsgrad der italienischen Präsidentschaft im Rat und die Bedeutung, die ihr beigemessen wird.

### 6.1. Gefühl, über die Europäische Union Bescheid zu wissen

Zunächst wurden die Interviewteilnehmer dazu befragt, wie gut sie sich über eine Reihe von Bereichen informiert fühlen, die in lockerem Zusammenhang mit dem Begriff der "Freizügigkeit" stehen.

" Würden Sie sagen, daß Sie gut oder nicht gut informiert sind über die Möglichkeit:

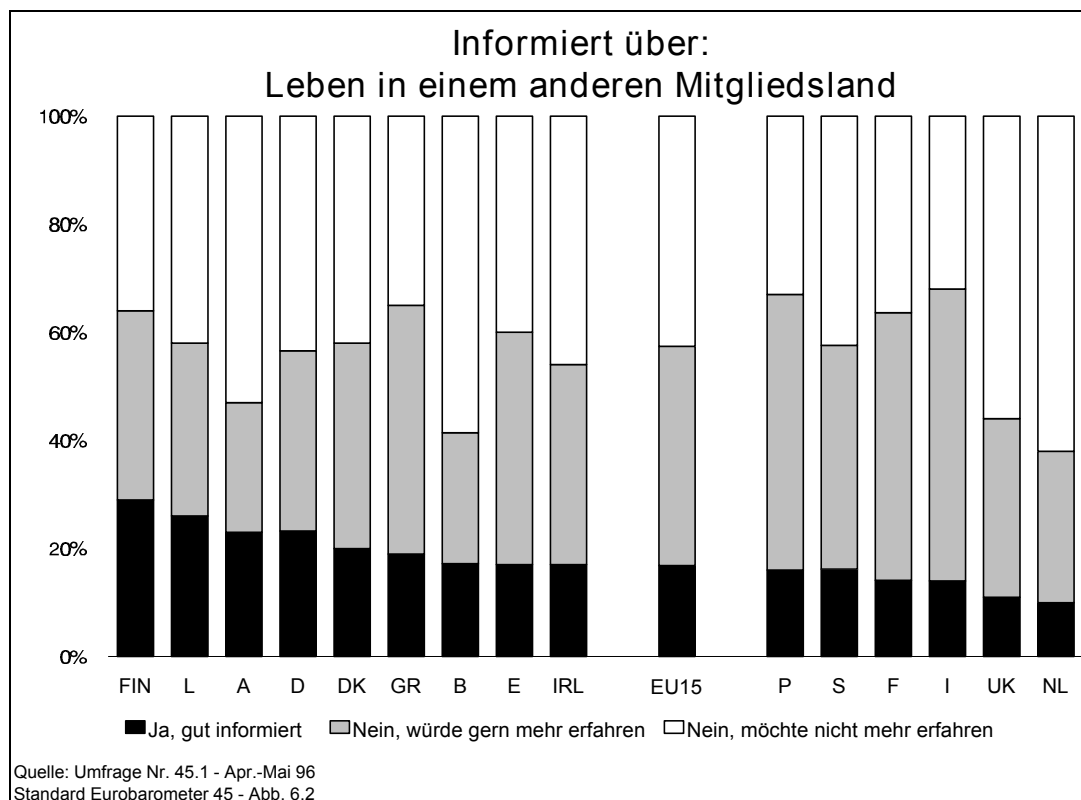
- ☐ in einem anderen Mitgliedsland zu leben
- ☐ in einem anderen Mitgliedsland zu arbeiten und/oder eine Firma zu gründen
- ☐ in einem anderen Mitgliedsland zu studieren
- ☐ in einem Mitgliedsland Waren zu kaufen und sie ohne Zollformalitäten in ein anderes Mitgliedsland zu bringen
- ☐ bei medizinischer Versorgung, die sie in einem anderen Mitgliedsland erhalten, versichert zu sein, auch wenn Sie keine private Krankenversicherung haben?"

Daran schloß sich die Frage an, ob die Befragten gern mehr über jeden einzelnen dieser Punkte erfahren würden. Im Durchschnitt hielten sich in allen fünf Bereichen nur 17 % der EU-Bürger für gut informiert. Ein beträchtlicher Anteil (39 %) derer, die sich nicht informiert fühlen, wüßten gern mehr, während 44 % angaben, sie seien nicht informiert und legten auch keinen Wert darauf. (Tabelle 6.1)

Sehr aufschlußreich waren allerdings die Unterschiede zwischen den einzelnen Themenbereichen, wie aus dem folgenden Schaubild deutlich hervorgeht.

## In einem anderen Mitgliedsland leben

Nur 17 % der Stichprobe hatten das Gefühl, gut über die Möglichkeit informiert zu sein, in einem anderen Mitgliedsland zu leben. Von denjenigen, die sich nicht gut informiert fühlten, würde fast die Hälfte gern mehr darüber erfahren. Der Grad der Informiertheit reichte von relativ hohen Werten in Finnland (29 %), Luxemburg (26 %), Österreich (24 %) und Deutschland (23 %) bis zu knapp halb so hohen Werten in den Niederlanden (10 %) und dem Vereinigten Königreich (11 %).





### In einem anderen Mitgliedsland arbeiten/eine Firma gründen

Fast die Hälfte (48 %) der Bevölkerung der Europäischen Union zeigte kein Interesse daran, mehr über die Möglichkeit zu erfahren, in einem anderen Mitgliedsland zu arbeiten/eine Firma zu gründen. Nur 14 % gaben an, gut informiert zu sein, und 38 % würden gern mehr erfahren. Am besten informiert waren die Finnen (25 % bezeichneten sich als gut informiert), gefolgt von den Luxemburgern (22 %), Deutschen (21 %) und Österreichern (20 %). Das Ende der Skala bildeten die Briten (7 %) und Franzosen (9 %). Die demographische Aufschlüsselung zeigt, daß Männer, Personen mit hohem Bildungsniveau und Führungskräfte am besten informiert sind.

### In einem anderen Mitgliedsland studieren

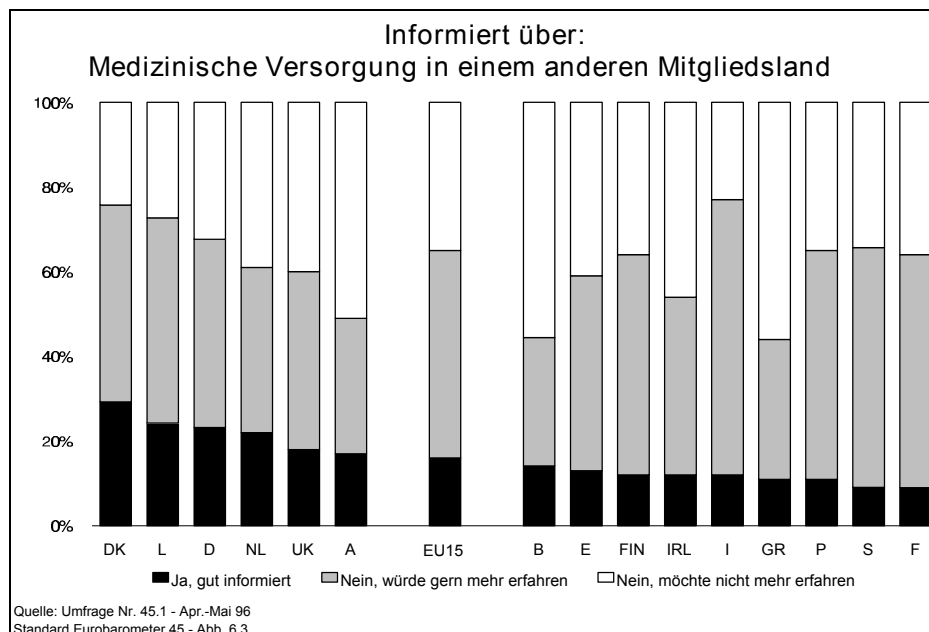
Nur 16 % der EU-Bürger haben das Gefühl, gut über die Möglichkeiten informiert zu sein, außerhalb ihres Heimatlandes zu studieren. Am höchsten war dieser Anteil in Finnland, Luxemburg und Dänemark. Erwartungsgemäß lagen die Angehörigen der Altersgruppe 15-24 (21 %) und die Schüler/Studenten (29 %) dabei über dem Durchschnitt. Eine genauere Betrachtung der Gruppe "würde gern mehr erfahren" bestätigt, daß gerade diese Gruppen auch gern mehr über Möglichkeiten eines Auslandsstudiums erfahren würden: 44 % in der Altersgruppe 15-24, 51 % in der Gruppe der Schüler und Studenten.

### In einem anderen Mitgliedsland Waren kaufen

Jeder Fünfte meint, er sei gut über die Verfahren informiert, in einem Mitgliedsland Waren zu kaufen und sie ohne Zollformalitäten in ein anderes Mitgliedsland zu bringen. Die höchsten Werte wurden dabei in Deutschland und Österreich (beide 37 %) gemessen, wohingegen sich in Italien lediglich 10 % der Befragten für gut informiert halten. Die Italiener und Griechen sind am ehesten an näheren Informationen darüber interessiert.

### Medizinische Versorgung in einem anderen Mitgliedsland

Während EU-weit nur 16 % der Befragten das Gefühl hatten, gut über die Möglichkeiten medizinischer Versorgung in einem anderen Mitgliedsland informiert zu sein, würde fast die Hälfte gern mehr darüber wissen. Von allen fünf in dieser Frage angesprochenen Punkten ist dies der Bereich, in dem die größte Nachfrage nach zusätzlicher Information besteht. Während das Leben, Arbeiten und Studieren außerhalb des eigenen Landes im wesentlichen spezifische Bevölkerungsgruppen anspricht, halten es doch die meisten für notwendig, Informationen über die wichtige Frage der Krankenversicherung zu erhalten. (Tabellen 6.1 und 6.2)

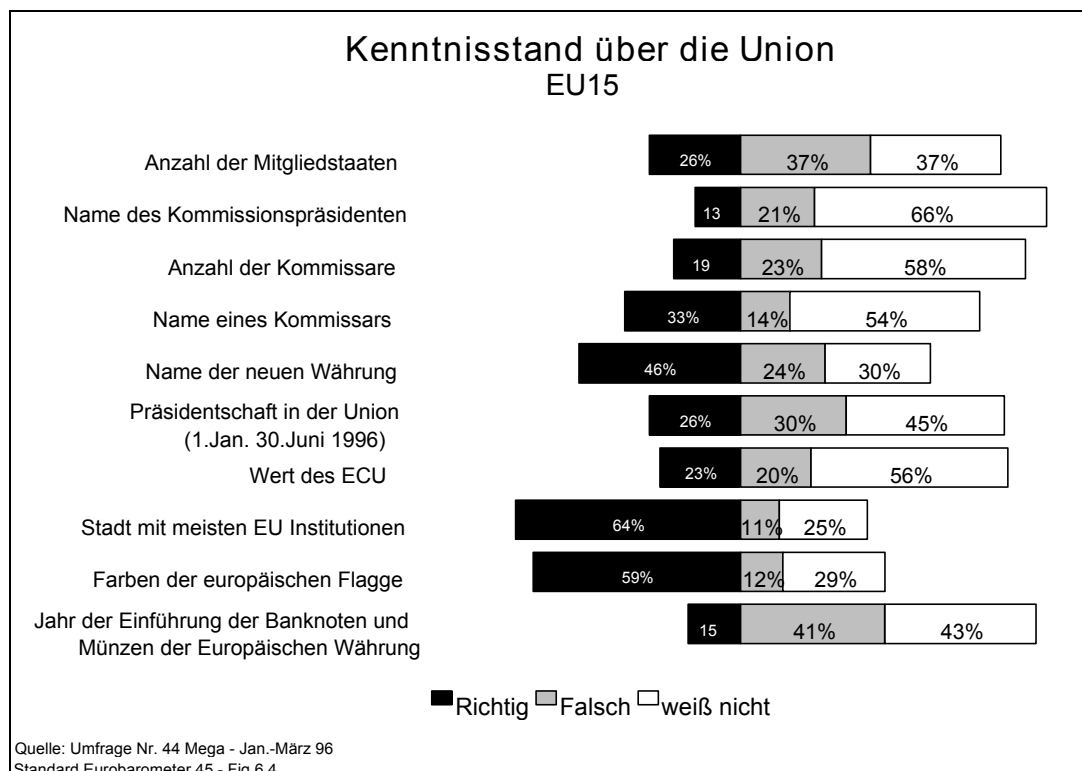


## 6.2. Kenntnisstand über die Union

Die Bürger der Europäischen Union sind häufig nach einer subjektiven Beurteilung ihrer Kenntnisse über die Union gefragt worden, doch im Rahmen der Mega-Umfrage hatten wir Gelegenheit, eine Reihe faktischer Fragen zu stellen. Dabei wurden zunächst zehn Punkte zur Union abgefragt:

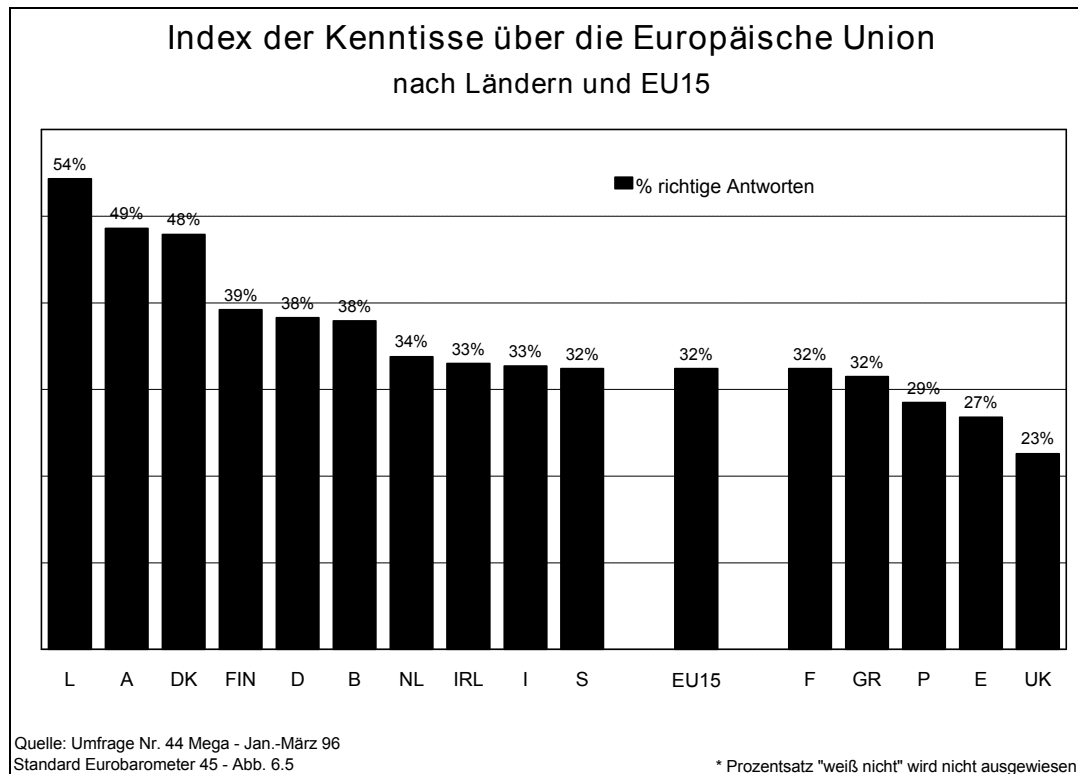
- ☐ Aktuelle Zahl der Mitglieder in der Union
- ☐ Name des Präsidenten der Europäischen Kommission
- ☐ Anzahl der (Nationalität) EU-Kommissare
- ☐ Name eines (Nationalität) Kommissars
- ☐ Name, der vor kurzem für die europäische Währung ausgewählt wurde
- ☐ Name des Landes, das vom 1. Januar bis 30. Juni 1996 die Präsidentschaft der Europäischen Union innehat
- ☐ Gegenwärtiger Wert des ECU in nationaler Währung
- ☐ Stadt, in der die meisten Institutionen der Europäischen Union ihren Sitz haben
- ☐ Eine der beiden Farben in der europäischen Flagge
- ☐ Jahr, in dem die Banknoten und Münzen der europäischen Währung eingeführt werden<sup>1</sup>

Am bekanntesten waren die Städte, in denen die EU ihren Sitz hat (Luxemburg oder Brüssel) und die Flagge, während der Name der neuen Währung, der rund sechs bis acht Wochen zuvor angekündigt worden war, interessanterweise immerhin von fast der Hälfte der Stichprobe (46 %) richtig genannt werden konnte. Enttäuschend hingegen war die Tatsache, daß nur jeder vierte Befragte die richtige Anzahl der Mitgliedstaaten angeben konnte. (Tabelle 6.3)



<sup>1</sup> Die richtigen Antworten sind in Tabelle 6.3 angegeben

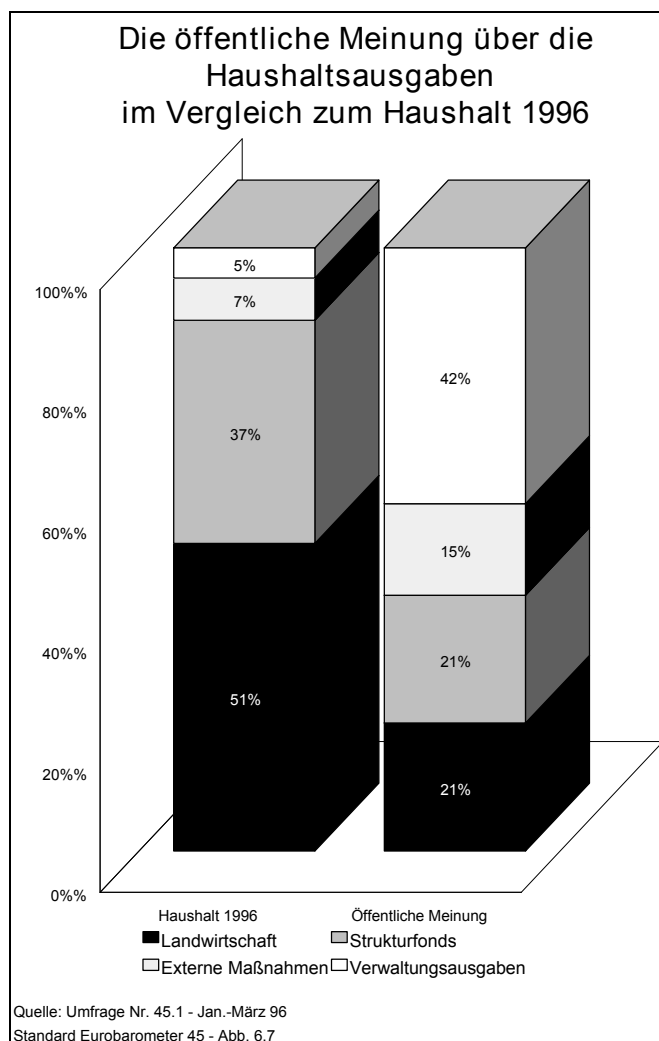
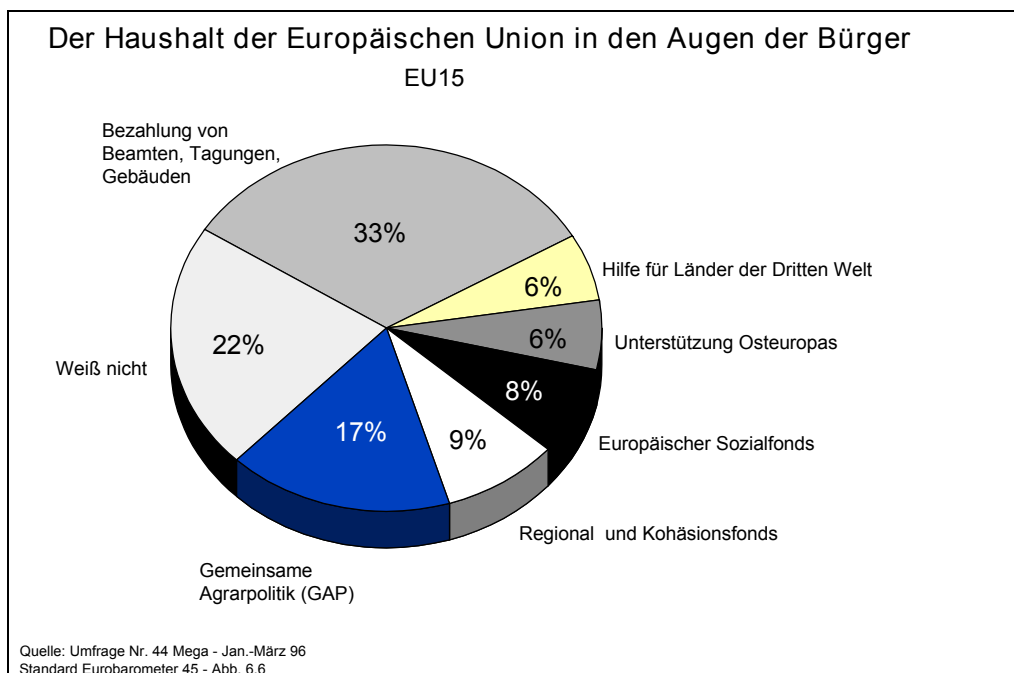
Die Antworten aufgeschlüsselt nach Ländern sind in Tabelle 6.3 ausgewiesen, doch haben wir ferner einen Index des Kenntnisstands nach Ländern konstruiert, in dem wir jeweils den durchschnittlichen Prozentsatz richtiger Antworten angeben. Insgesamt liegt der EU-Durchschnitt bei 32 %, wobei Luxemburg das einzige Land ist, in dem der Anteil der richtigen Antworten mit 54 % über die Hälfte ausmacht. Österreich und Dänemark weisen sich mit 49 % bzw. 48 % ebenfalls durch einen überdurchschnittlichen Informiertheitsgrad aus. Am wenigsten informiert waren die Briten (23 %), gefolgt von den Spaniern (27 %) und Portugiesen (29 %).



Die demographische Analyse zeigt, daß die Männer in allen Punkten wesentlich mehr korrekte Antworten geben als die Frauen. Generell läßt sich sagen, daß die Altersgruppe 25-54 besser informiert ist, ebenso wie Personen mit hohem Bildungsniveau, Meinungsführer, Führungskräfte und in etwas geringerem Maße die Selbständigen. (Tabelle 6.4)

### 6.3. Kenntnisse über den Haushalt der Union

In Anbetracht der Bedeutung, die der Finanzierung der verschiedenen Tätigkeiten der Europäischen Union zukommt, sollten die Befragten angeben, für welchen Bereich ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben wird. Während 22 % dazu nichts sagen konnten, war der größte Teil der Befragten (33 %) der Ansicht, der größte Teil werde für die Bezahlung von Beamten, Tagungen und Gebäuden ausgegeben. Nur 17 % nannten die Gemeinsame Agrarpolitik, weitere 17 % die Sozial- und Regionalfonds und 12 % hielten Hilfe für Länder der Dritten Welt für den wichtigsten Ausgabenposten. (Tabellen 6.5 und 6.6)

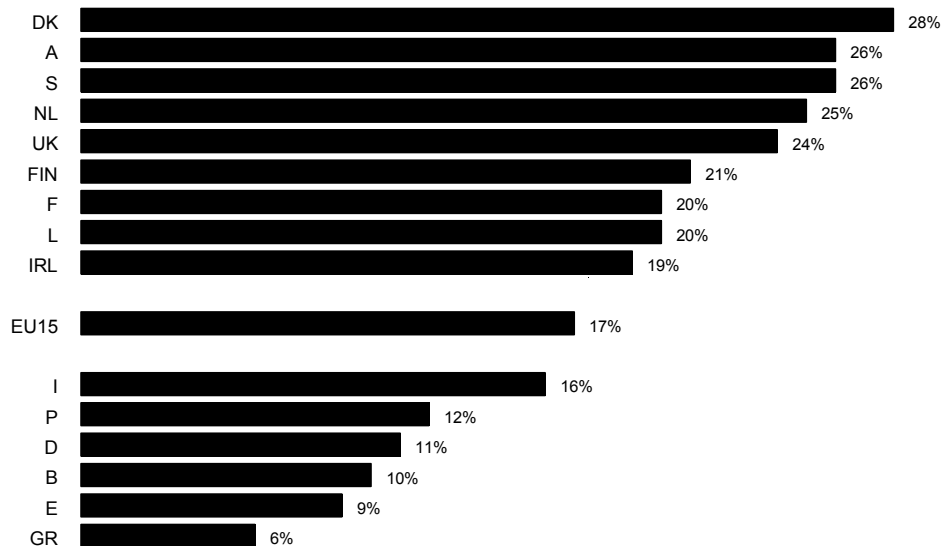


Bei einem Vergleich der Ansichten der Bürger mit dem tatsächlichen Haushalt 1996 wie in Abb. 6.7 dargestellt zeigt sich, wie weit verbreitet hier falsche Vorstellungen vorherrschen. In Wirklichkeit entfällt der größte Teil der Ausgaben auf den Agrarhaushalt, gefolgt von den Strukturfonds. Noch interessanter ist die Tatsache, daß die Verwaltungsausgaben, die gerade 5 % des Haushalts umfassen, von der breiten Öffentlichkeit für den wichtigsten Posten gehalten werden.

Eine Aufschlüsselung dieser beiden Posten - Landwirtschaft und Verwaltung - nach Ländern zeigt, daß selbst in denjenigen Ländern, die im Kenntnisindex relativ hoch eingestuft wurden, ein ernsthafter Mangel an fundiertem Wissen herrscht, wie die nachfolgenden Schaubilder belegen.

Aus der demographischen Analyse geht klar hervor, daß mit zunehmend negativer Einstellung auch eher die Ansicht vertreten wird, daß der größte Teil des Haushalts auf Verwaltungskosten entfällt (positive Haltung: 27 % : negative Haltung 47 %).

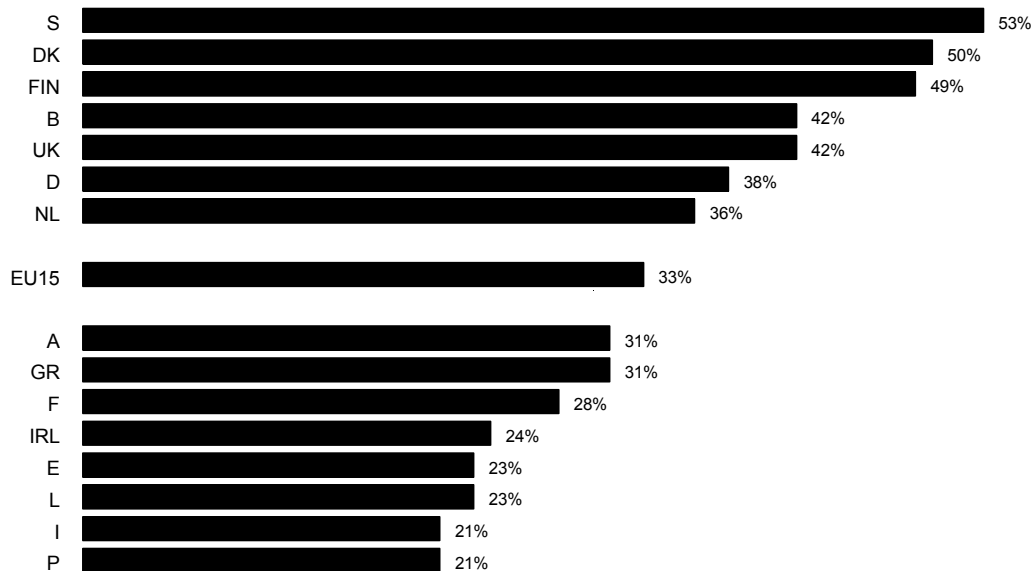
### Der Haushalt der Europäischen Union in den Augen der Bürger: Vermeintlicher Anteil der Agrarpolitik nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 6.8

\* Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

### Der Haushalt der Europäischen Union in den Augen der Bürger: Vermeintlicher Anteil für Beamte, Tagungen, Gebäude nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 6.9

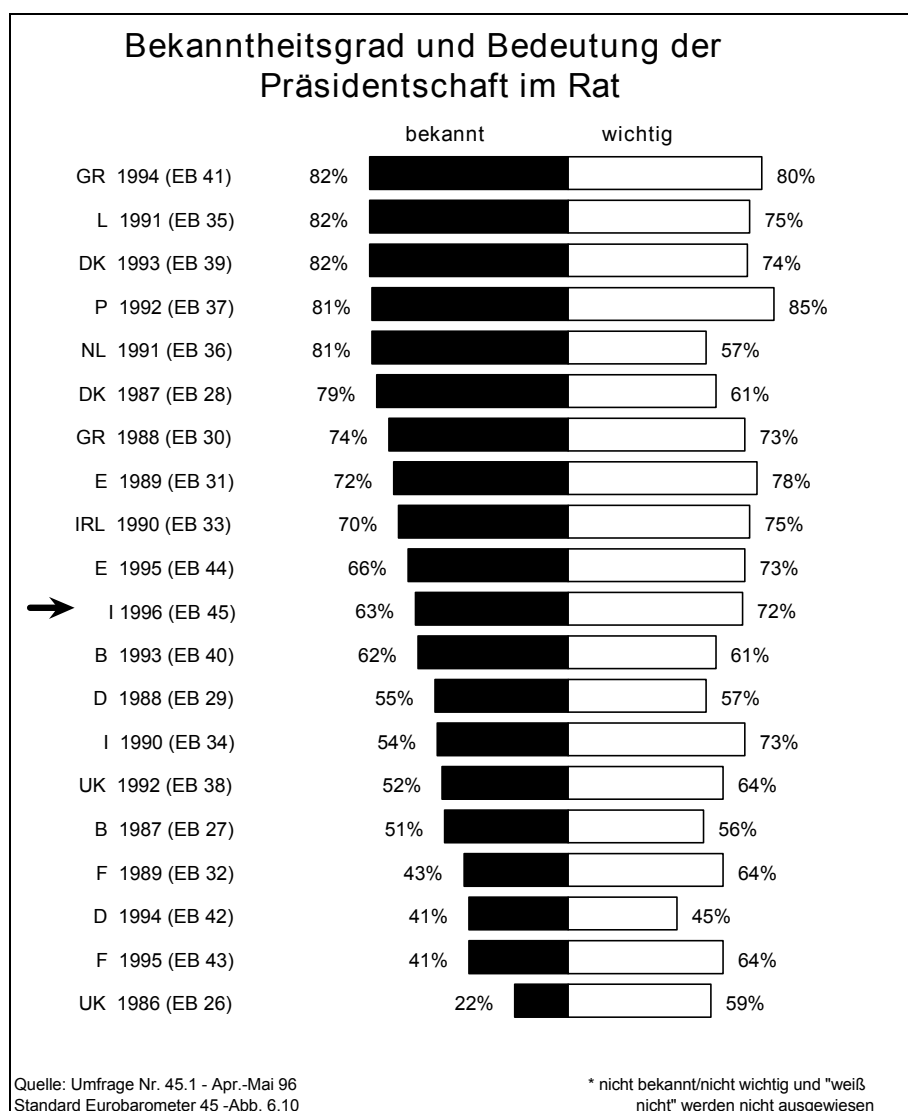
\* Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

#### 6.4. Die italienische Präsidentschaft

Seit Herbst 1986 wird bei der Eurobarometer-Umfrage regelmäßig jeweils in dem Land, das gerade die Präsidentschaft im Rat innehat, nach dem Bekanntheitsgrad und dem Image dieser Präsidentschaft gefragt.

In der ersten Jahreshälfte 1996 hatte Italien die Präsidentschaft inne, die am 1. Juli an Irland übergang. Zwei Drittel der Befragten in Italien erinnerten sich daran, etwas über diese Rolle ihres Landes gehört oder gelesen zu haben. Dies war ein erheblicher Anstieg (+ 9 %) gegenüber 1990, als Italien zuletzt die Präsidentschaft innehatte. Eine zweite Frage bezog sich auf die Bedeutung, die die Bürger der Präsidentschaft ihres Landes beimessen. Insgesamt hielten fast drei Viertel (73%) diese Funktion für wichtig. Dieser Anteil stimmt weitgehend mit dem Ergebnis von 1990 überein.

Generell beobachten wir in den größeren Mitgliedstaaten eher einen niedrigeren Bekanntheitsgrad der Präsidentschaft, während in den kleineren Mitgliedstaaten häufig ein Bekanntheitsgrad zwischen 70 und 80 % zu verzeichnen ist. Die Bedeutung, die der Präsidentschaft beigemessen wird, hängt nicht unbedingt in gleicher Weise mit der Größe des Landes zusammen, wie es das nachfolgende Schaubild zum Ausdruck bringt.



## 7. Die Haltungen der Bürger zu Europa

Im vorangegangenen Kapitel haben wir den effektiven Kenntnisstand der europäischen Bürger über bestimmte Aspekte der Union, ihre Strukturen und Funktionsweisen untersucht. In diesem Kapitel werden wir uns mit der Frage der europäischen Staatsbürgerschaft, dem Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte und der Bedeutung, die diesen beigemessen wird, den Meinungen der Bürger zu ihren Einflußmöglichkeiten auf die demokratischen Prozesse auf nationaler und europäischer Ebene und schließlich mit den Zukunftsängsten der Bürger befassen.

### 7.1. Eine europäische Identität

Bei der Standard Eurobarometer Umfrage wird seit 1992 regelmäßig gefragt, in wie weit man "sich als Europäer fühlt", um so die Frage der europäischen Identität anzugehen. Die wesentliche Frage in diesem Zusammenhang lautete:

"In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da als ...

- ☐ nur Nationalität
- ☐ Nationalität und Europäer/in
- ☐ Europäer/in und Nationalität
- ☐ nur Europäer/in"

Zum letzten Mal wurde diese Frage im Herbst 1995<sup>1</sup> gestellt; damals fühlten sich 40 % der Befragten nur als Angehörige ihrer eigenen Nationalität, 46 % fühlten sich als Angehöriger ihrer eigenen Nationalität und als Europäer, zuerst als Europäer und dann als Angehöriger ihrer eigenen Nationalität fühlten sich 6% der Befragten, und nur als Europäer sahen sich 5%.

Im Rahmen der Mega-Umfrage wurde eine neue Frage eingeführt, um die Bürger zur Aufstellung einer Rangordnung ihres Identitätsempfindens zu veranlassen:

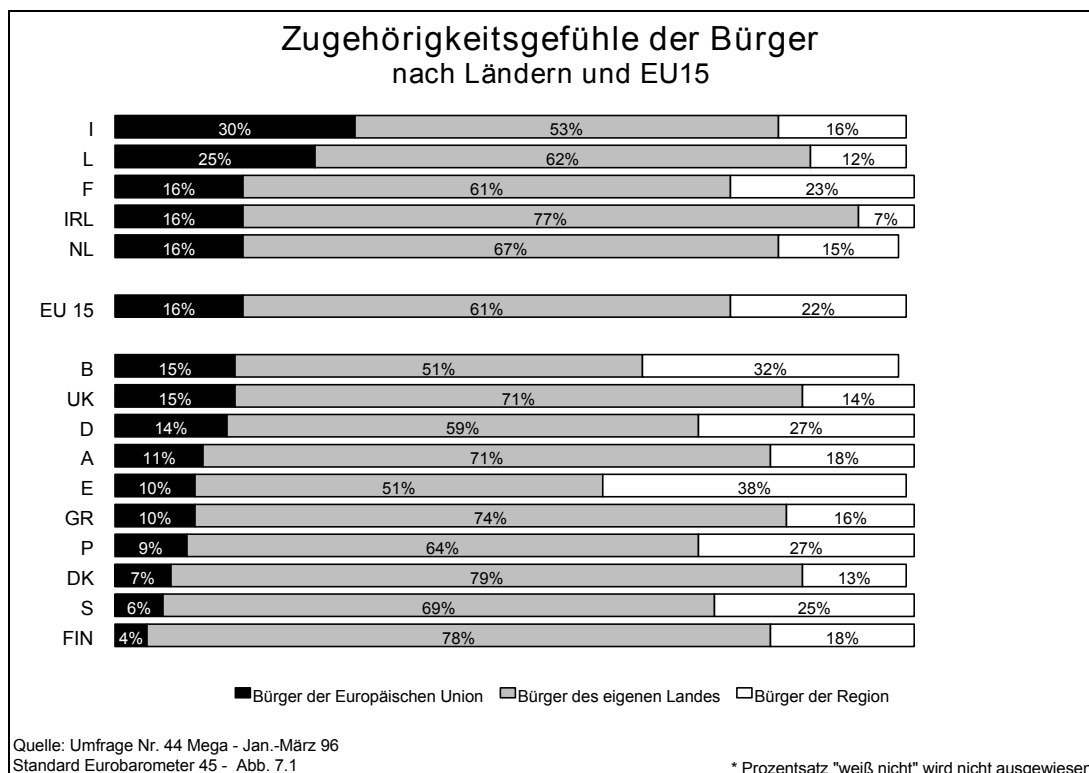
"In naher Zukunft, sehen Sie sich da vor allem als Bürger der Europäischen Union, als Bürger (des eigenen Landes) oder als Bürger Ihrer Region? Und wie sehen Sie sich als nächstes?"

Auf diese Weise erhielten wir drei Präferenzstufen. In der ersten Präferenzstufe kam klar zum Ausdruck, daß die Zugehörigkeitsgefühle zum eigenen Land den ersten Rang einnahmen: 61 % nannten dies als ihre wichtigste Identität und damit ein größerer Anteil als bei der früheren Formulierung "nur eigene Nationalität" (40 %). Als zweite Präferenz tritt das Zugehörigkeitsgefühl zur Region mit 42 % als wichtiges Element hervor. Bei der dritten Präferenz wurde die europäische Identität am häufigsten genannt.

ZUGEHÖRIGKEITSGEFÜHLE DER BÜRGER			
	Erste Präferenz	Zweite Präferenz	Dritte Präferenz
Bürger Europas	16	21	56
Bürger (des eigenen Landes)	61	32	4
Bürger der Region	22	42	30
Weiß nicht	0	6	11

<sup>1</sup> Standard Eurobarometer 44

Das Gefühl einer europäischen Identität war in Italien (30 %) und Luxemburg (25 %) am stärksten ausgeprägt; nirgends sonst wurden in der ersten Präferenz Werte über 20 % erzielt. Diese Rangordnung stimmt trotz der unterschiedlichen Formulierung im wesentlichen mit den Ergebnissen der früheren Frage überein. Generell fühlen sich die Bürger der "alteingesessenen" Mitgliedsländer stärker als "Europäer". (Tabelle 7.1a-c)



Die demographische Analyse zeigt, daß ebenso wie bei der positiven Gesamteinstellung zur Europäischen Union auch das Gefühl, ein Bürger Europas zu sein, eher bei Männern, jungen Menschen, Schülern/Studenten und Führungskräften vorhanden ist.

## 7.2. Die Notwendigkeit einer Europäischen Staatsbürgerschaft

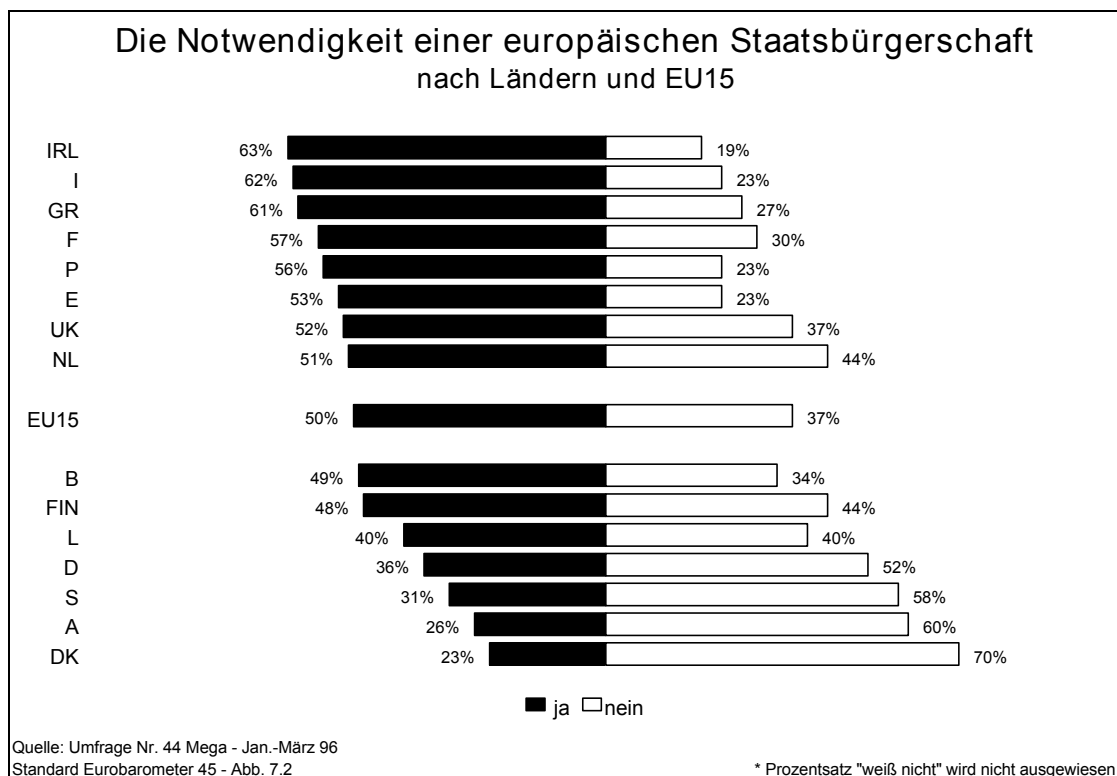
Auf eine zweite Frage im Zusammenhang mit der europäischen Staatsbürgerschaft sollten die Befragten angeben, ob ihrer Meinung nach, "um beim Bau Europas weiter voranzukommen", eine europäische Staatsbürgerschaft zusätzlich zu ihrer nationalen Staatsbürgerschaft notwendig sei.

Gerade die Hälfte der Befragten hielt eine europäische Staatsbürgerschaft zusätzlich zu ihrer nationalen Staatsbürgerschaft für notwendig. 37 % hielten sie nicht für notwendig und 14 % äußerten dazu keine Meinung.



Die Aufschlüsselung nach Ländern zeigt, daß sich in acht der fünfzehn Mitgliedstaaten mindestens die Hälfte der Bevölkerung für eine europäische Staatsbürgerschaft ausspricht. Dabei sind die Mittelmeerländer und Irland die stärksten Befürworter, und selbst die "euro-skeptischen" Briten liegen mit 52 % knapp über dem EU-Durchschnitt von 50 %.

Am wenigsten Zuspruch findet dieser Gedanke in Dänemark (23 %), Österreich (26 %) und Schweden (31 %) sowie interessanterweise in Luxemburg, wo nur 40 % der Befragten die europäische Staatsbürgerschaft für notwendig halten. Dies ist möglicherweise einfach darauf zurückzuführen, daß man sich dort "am meisten" als Europäer fühlt - wie wir in der vorangegangenen Frage gesehen haben, gab ein Viertel der Befragten "Europäer" als erste Präferenz an - und mit ziemlicher Sicherheit auf den hohen Anteil an Ausländern (fast ein Drittel), die in Luxemburg leben. Auch hier zeigt sich, daß Personen mit hohem Bildungsniveau, starker Meinungsführung und einer generell pro-europäischen Gesinnung am ehesten dazu neigen, die europäische Staatsbürgerschaft zu befürworten. Auch bei den Männern ist der Zuspruch geringfügig stärker ausgeprägt als bei den Frauen (52 % zu 48 %). (Tabellen 7.3 und 7.4)



### 7.3. Über die Medien vermittelter Bekanntheitsgrad der Bürgerrechte

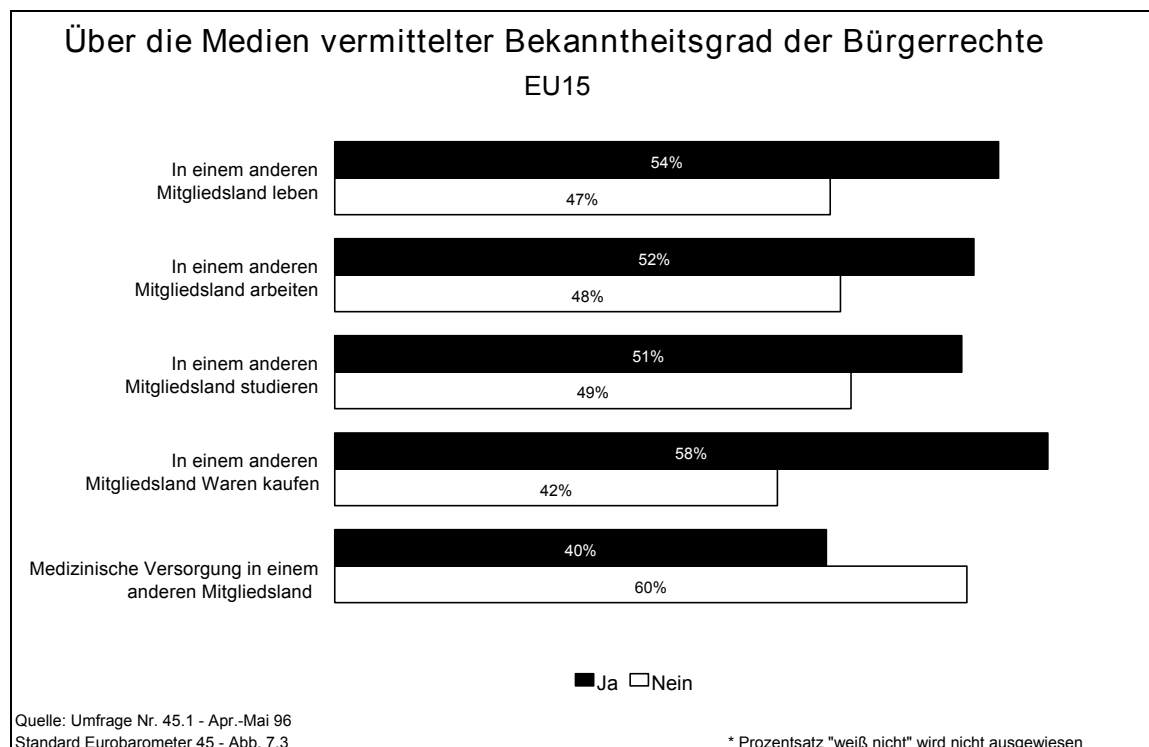
In wieweit die Bürger der Europäischen Union über europäische Fragen - so auch die Bürgerrechte - informiert sind, hängt nicht nur von ihrem persönlichen Interesse an diesen Themen ab, sondern teilweise auch von dem Bekanntheitsgrad, der über die Medien vermittelt wird.

Mit der folgenden Frage wurde das Bewußtsein in fünf spezifischen Bereichen abgefragt, in denen die Unionsbürger bereits Rechte haben:

"Haben Sie in den letzten drei Monaten etwas über die Rechte gehört oder gelesen, die Sie als Bürger der Europäischen Union haben, und zwar im Hinblick auf die Möglichkeit

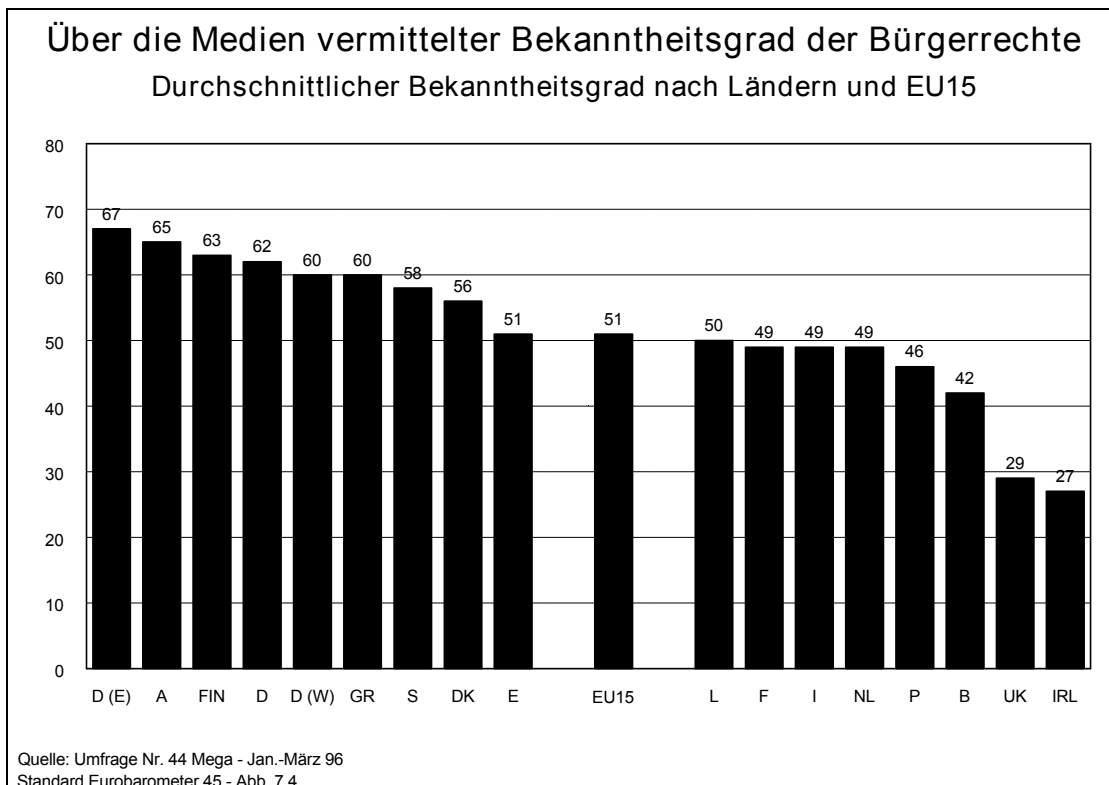
- ☐ in einem anderen Mitgliedsland zu leben
- ☐ in einem anderen Mitgliedsland zu arbeiten und/oder eine Firma zu gründen
- ☐ In einem anderen Mitgliedsland zu studieren
- ☐ in einem Mitgliedsland Waren zu kaufen und sie ohne Zollformalitäten in ein anderes Mitgliedsland zu bringen
- ☐ bei medizinischer Versorgung, die sie in einem anderen Mitgliedsland erhalten, versichert zu sein, auch wenn Sie keine private Krankenversicherung haben?"

Insgesamt ist der über die Medien vermittelte Bekanntheitsgrad aller fünf Bürgerrechte im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Personen und Waren, die mit der Verwirklichung des Binnenmarktes untermauert wurden, mit anderen europäischen Themen und Fragen vergleichbar. Rund die Hälfte der Befragten hat in den letzten drei Monaten etwas über diesen Themenbereich gehört oder gelesen. Am häufigsten wird dabei die Möglichkeit genannt, Waren zu kaufen (58 %), während die gegenseitige medizinische Versorgung zwischen den Mitgliedsländern den geringsten Bekanntheitsgrad aufweist (40 %).



Im Ländervergleich zeigt sich, daß im Bekanntheitsgrad der fünf Themen sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den einzelnen Punkten erhebliche Schwankungen festzustellen sind. Berechnet man einen Durchschnittswert für die Nennung aller fünf Punkte, so ergibt sich ein EU15-Durchschnitt von 51, wobei besonders hohe Werte in Ostdeutschland (67), Österreich (65), Finnland (63) und Deutschland (Ost + West - 62) zu verzeichnen sind.

Die niedrigsten Werte der Medienberichterstattung hingegen waren nur rund halb so hoch und wurden in Irland (27) und dem Vereinigten Königreich (29) registriert. Im Falle des Vereinigten Königreichs entspricht die geringe Aufmerksamkeit, die die Medien dem Thema widmeten, dem niedrigen Kenntnisindex (23 %), über den in Kapitel 6 berichtet wurde (Tabellen 7.5 und 7.6)



Die demographischen und einstellungsbedingten Variablen ordern einige drastische Unterschiede zwischen den verschiedenen Untergruppen zutage. Berechnet man den gleichen Bekanntheitsindex für verschiedenen Gruppen, so zeigt sich, daß sich Männer mit 10 % höherer Wahrscheinlichkeit der Bürgerrechte bewußt sind als Frauen (56 % : 46 %). Führungskräfte und Personen mit hohem Bildungsniveau erzielen mit 67 % bzw. 63 % besonders hohe Werte, wohingegen diejenigen, die die Schule bereits mit 16 verlassen haben, mit 37 % ganz unten auf der Skala anzutreffen sind, gefolgt von den Hausfrauen/Hausmännern mit 40 % und den Arbeitslosen, die mit 45 % nur unwesentlich besser im Bilde sind.

#### 7.4. Kenntnis und subjektive Bedeutung der Bürgerrechte

Während die vorangegangene Frage Aufschluß über das Ausmaß der öffentlichen Diskussion über bestimmte Aspekte der Freizügigkeit gab, ging die Umfrage sodann auf die Vorstellungen der Bürger von verschiedenen Aspekten ein, die ihr Leben als europäische Bürger betreffen. Sind bestimmte Aussagen richtig oder falsch, und für wie wichtig werden diese Rechte von den Befragten eingestuft?

Die Frage lautete folgendermaßen:

"Sagen Sie mit bitte für jede der folgenden Aussagen, ob sie Ihrer Meinung nach richtig oder falsch ist. Wie ist es mit: Bürger der Europäischen Union haben das Recht ...

Und meinen Sie, daß dieses Recht wichtig ist oder nicht wichtig?

- ☐ überall in der Europäischen Union zu leben
- ☐ überall in der Europäischen Union zu arbeiten und/oder eine Firma zu gründen
- ☐ überall in der Europäischen Union zu studieren
- ☐ versichert zu sein für den Fall, daß man irgendwo in der Europäischen Union medizinische Versorgung erhält, auch wenn man keine private Krankenversicherung hat
- ☐ ohne Grenzformalitäten überall in der Europäischen Union zu reisen
- ☐ Waren zu kaufen und sie ohne Zollformalitäten von einem Mitgliedsland der Europäischen Union in ein anderes mitzunehmen
- ☐ überall in der Europäischen Union am Arbeitsplatz gleich behandelt zu werden, unabhängig vom Geschlecht
- ☐ überall in der Europäischen Union am Arbeitsplatz gleich behandelt zu werden, unabhängig von der Nationalität
- ☐ auf Schutz ihrer Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz überall in der Europäischen Union
- ☐ überall in der Europäischen Union bei Banken einen Kredit aufzunehmen oder Geld anzulegen
- ☐ überall in der Europäischen Union eine Versicherung abzuschließen
- ☐ bei der Wahl zum Europa-Parlament in einem anderen Mitgliedsland als dem eigenen zu wählen, wenn man in einem anderen Land wohnt
- ☐ bei Kommunalwahlen in einem anderen Mitgliedsland als dem eigenen zu wählen, wenn man in einem anderen Land wohnt"

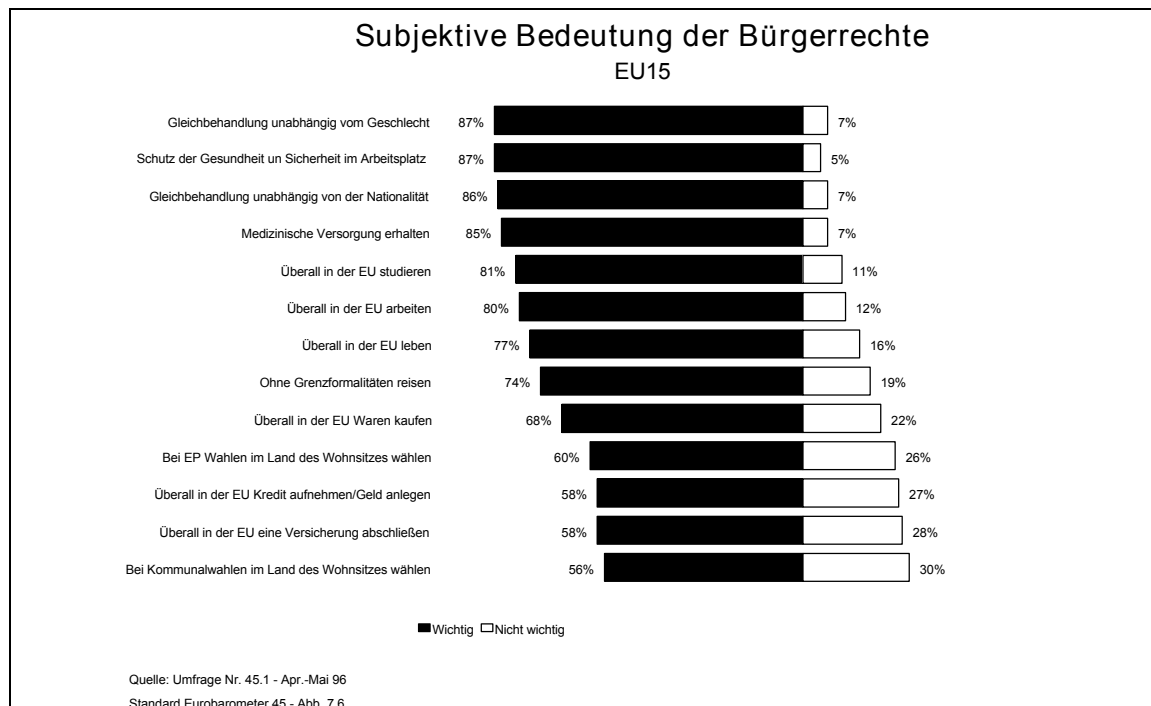
Es zeigte sich klar, daß die grundlegenden Aspekte der Freizügigkeit den Bürgern durchaus geläufig waren: die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedsland zu studieren, zu leben, zu arbeiten und zu reisen, waren nahezu sieben von zehn Befragten bekannt. Diese Ergebnisse bestätigen die Erkenntnisse früherer Umfragen zu diesem Thema. Selbst in den Ländern, in denen der allgemeine Kenntnisstand weniger stark ausgeprägt ist, sind die Bürger offenbar über diese Grundrechte informiert.

Hinsichtlich der anderen in der Frage angesprochenen Aspekte weichen die Ergebnisse relativ stark voneinander ab. Gleichheit und faire Behandlung, wie sie in den Aussagen "Schutz der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz" oder "Gleichbehandlung unabhängig von Geschlecht oder Nationalität" wurden von fast sechs von zehn Befragten als Bürgerrecht erkannt.

Größere Unsicherheit hingegen herrscht bezüglich der medizinischen Versorgung (52 %), der Versicherungs- und Finanzgeschäfte (48 % bzw. 45 %), und die größte Unkenntnis der Lage herrscht hinsichtlich des Wahlrechts bei den Wahlen zum Europa-Parlament und den Kommunalwahlen vor, wenn Unionsbürger in einem anderen Mitgliedsland als ihrem eigenen wohnen. (Tabellen 7.7 und 7.8)



Betrachten wir die Bedeutung, die diesen verschiedenen Rechten beigemessen wird, so zeigt sich deutlich, daß an erster Stelle diejenigen Rechte angeführt werden, die grosso modo unter die Kategorie "gleiche und faire Behandlung" fallen; sodann folgt eine Gruppe, die sich unter dem Begriff "Freizügigkeit" (studieren, leben, arbeiten) zusammenfassen läßt. Weniger Bedeutung hingegen wird dem Wahlrecht und den Finanzgeschäften beigemessen.



## Standard Eurobarometer 45

Welche Bedeutung den einzelnen Rechten beigemessen wird, hängt - wie nicht anders zu erwarten - mit einer Reihe demographischer Merkmale zusammen. In der Kategorie "Chancengleichheit" ist die stärkste Zustimmung vonseiten der Personen mit hohem Bildungsniveau, von Meinungsführern und Führungskräften zu vermelden. Geringe Unterschiede bestehen hingegen zwischen Männern und Frauen.

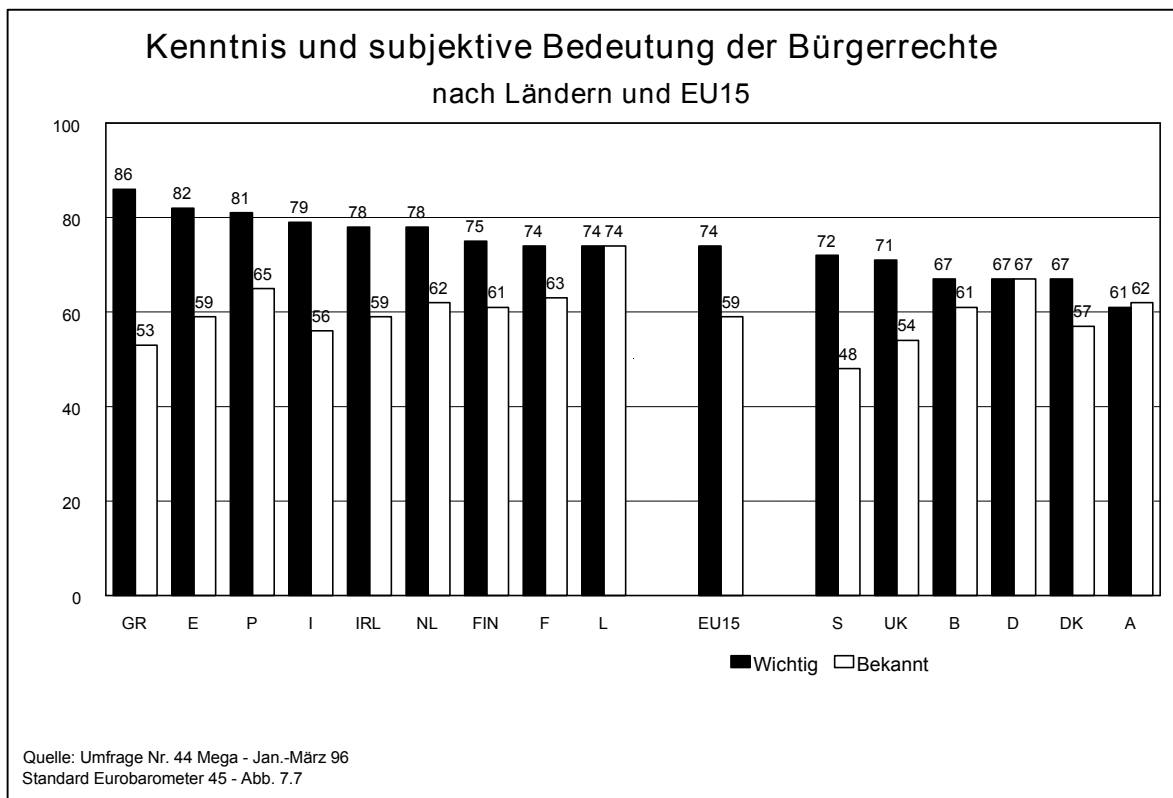
Die Gruppe "Freizügigkeit" wurde insbesondere von jungen Menschen, Personen mit hohem Bildungsniveau, Meinungsführern und Führungskräften sowie Büroangestellten für wichtig befunden. Die Männer waren hier etwas aufgeschlossener als die Frauen, doch wurde diesen Rechten insgesamt von allen Untergruppen eine recht hohe Bedeutung beigemessen.

Auf die Kategorie, die sich locker unter dem Begriff "Finanzen" zusammenfassen läßt, d.h. Kredite aufnehmen, Geld anlegen, Versicherungen abschließen, legen die Männer größeren Wert als die Frauen. Insbesondere sind hier die mittlere Altersgruppe von 25-54, Personen mit hohem Bildungsniveau und besonders häufig Selbständige anzutreffen.

In der Kategorie "Wahlrecht" schließlich, in der es um Wahlen zum Europa-Parlament und um Kommunalwahlen im Land des Wohnsitzes geht, finden wir die höchste Bewertung bei der Altersgruppe 40-54 und denjenigen, die ihren politischen Standpunkt eher links einordnen.

Bei der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Kenntnis der Rechte und der ihnen beigemessenen Bedeutung stellt sich heraus, daß die Kenntnis dieser Rechte nicht zwangsläufig dazu führt, daß dem betreffenden Recht große Bedeutung beigemessen wird: während die Einwohner Luxemburgs beispielsweise außergewöhnlich gut informiert waren, nahmen sie hinsichtlich der subjektiven Bedeutung dieser Rechte insgesamt nur den siebten Rang ein. (Tabellen 7.9 und 7.10)

Insgesamt wurde die Bedeutung dieser Rechte in den Mittelmeerländern Griechenland, Spanien, Portugal und Italien besonders hoch eingestuft; als weniger wichtig wurden sie in Österreich, aber auch in Belgien, Dänemark und Deutschland angesehen. Das folgende Schaubild zeigt die Kenntnis dieser Rechte insgesamt verglichen mit der subjektiven Bedeutung.



## 7.5. Einfluß der Bürger

Nachdem sich die Bürger deutlich zu den Bürgerrechten geäußert hatten, wurden sie ferner gefragt, wie sie ihre Rolle im demokratischen Prozeß einschätzen: haben sie das Gefühl, auf die Entscheidungen Einfluß zu haben, die von den nationalen Regierungen bzw. den Institutionen der Europäischen Union getroffen werden?

Sicher haben die Bürger nicht das Gefühl, daß sie viele Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidungsprozesse haben, sei es auf nationaler oder auf EU-Ebene: 4 % glauben, sie haben "großen Einfluß" - hierbei handelt es sich im wesentlichen um diejenigen, die wir in unserer Klassifizierung als "Meinungsführer" bezeichnen. Ansonsten zeichnen sich nur wenige Unterschiede zwischen den Untergruppen ab. Fast jeder Fünfte (18 %) glaubt, "einigen Einfluß" zu haben, während rund drei Viertel der Befragten der Ansicht sind, daß sie "nicht viel" oder "überhaupt keinen" Einfluß haben. Diese negativen Werte fallen in bezug auf die Institutionen der Europäischen Union geringfügig höher aus (77 %).

Im nationalen Vergleich stehen Luxemburg (41 % großen oder einigen Einfluß) und Portugal (36 %) mit ihrem Gefühl, politische Entscheidungen beeinflussen zu können, auf der Liste der Mitgliedstaaten ganz oben, während im Vereinigten Königreich lediglich 15 % der Bürger meinen, irgendeinen Einfluß zu haben, und in Italien und Belgien nur 17 % der Befragten das Gefühl haben, die Entscheidungen der Regierung beeinflussen zu können. (Tabellen 7.11 und 7.12)

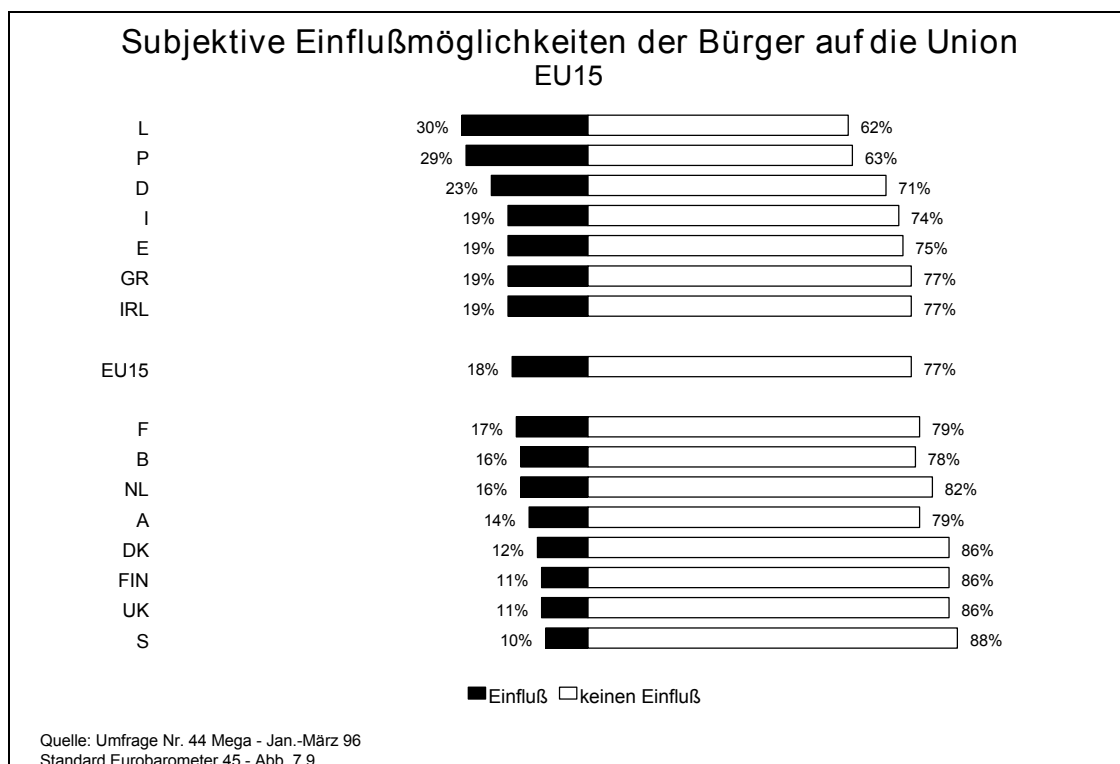
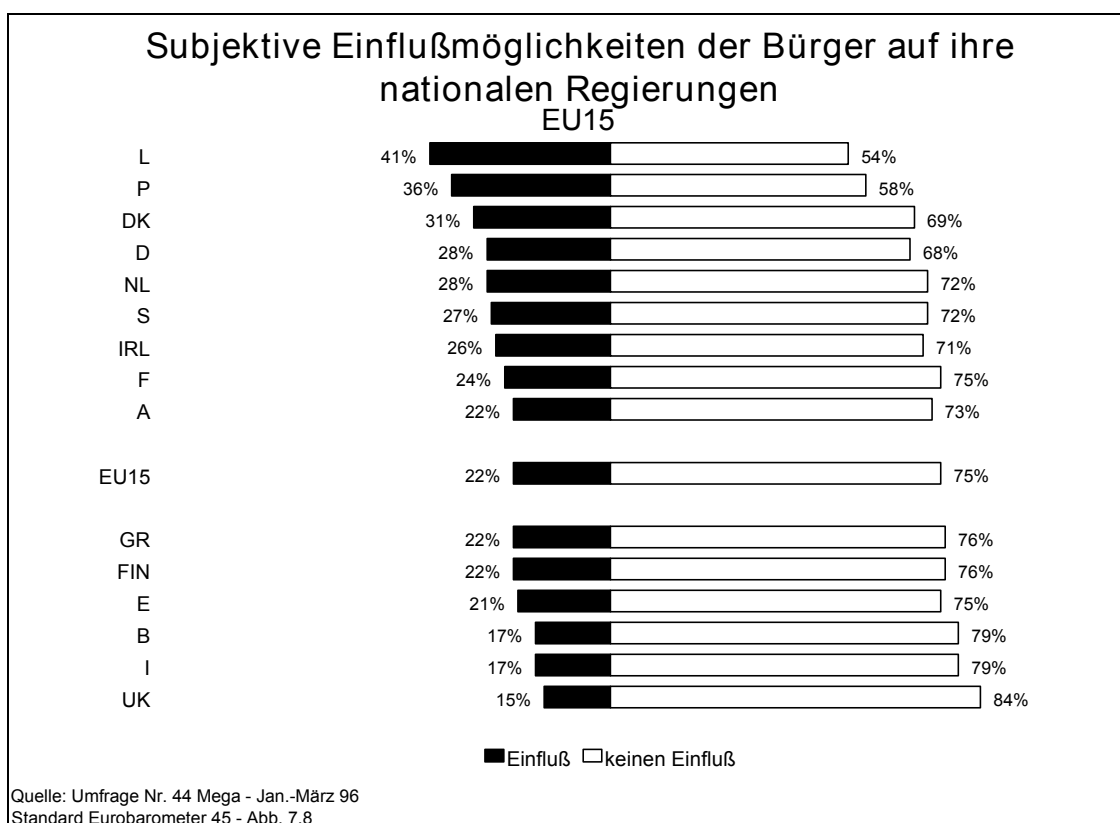
Auch auf der europäischen Ebene sind es Luxemburg und Portugal, die am ehesten meinen, einen gewissen Einfluß auf die europäischen Institutionen ausüben zu können. Zu denen, die eher zu der Ansicht neigen, daß sie "nicht viel" oder "überhaupt keinen" Einfluß haben, zählen die drei neuen Mitgliedsländer und wiederum das Vereinigte Königreich.

Insgesamt gesehen steht außer Frage, daß die Einschätzungen der Bürger bezüglich ihrer Rolle im demokratischen Prozeß eher negativ sind. Doch bei einer Analyse des Profils derer, die einen gewissen Optimismus an den Tag legen, verglichen mit der Gruppe derer, die unter dem Durchschnitt liegen, zeigt sich, daß es sowohl auf der nationalen Ebene als auch auf der Ebene der EU ein festes Schema gibt. Bei denjenigen, die meinen, daß sie zumindest etwas Einfluß haben, handelt es sich um

- ☐ Männer
- ☐ die Altersgruppe 25-54
- ☐ Führungskräfte
- ☐ Meinungsführer
- ☐ intensive Nutzer der Medien
- ☐ Personen mit positiver Gesamteinstellung zur EU
- ☐ diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes gutheißen
- ☐ die gut Informierten

Die Gruppe derer, die sich nicht viel oder überhaupt keinen Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung zutrauen, umfaßt

- ☐ Frauen
- ☐ ältere Menschen
- ☐ Personen mit niedrigem Bildungsniveau
- ☐ Hausfrauen/Hausmänner
- ☐ die Arbeitslosen
- ☐ die politische Rechte
- ☐ Personen mit negativer Gesamteinstellung zur EU
- ☐ diejenigen, die die Mitgliedschaft ihres Landes ablehnen



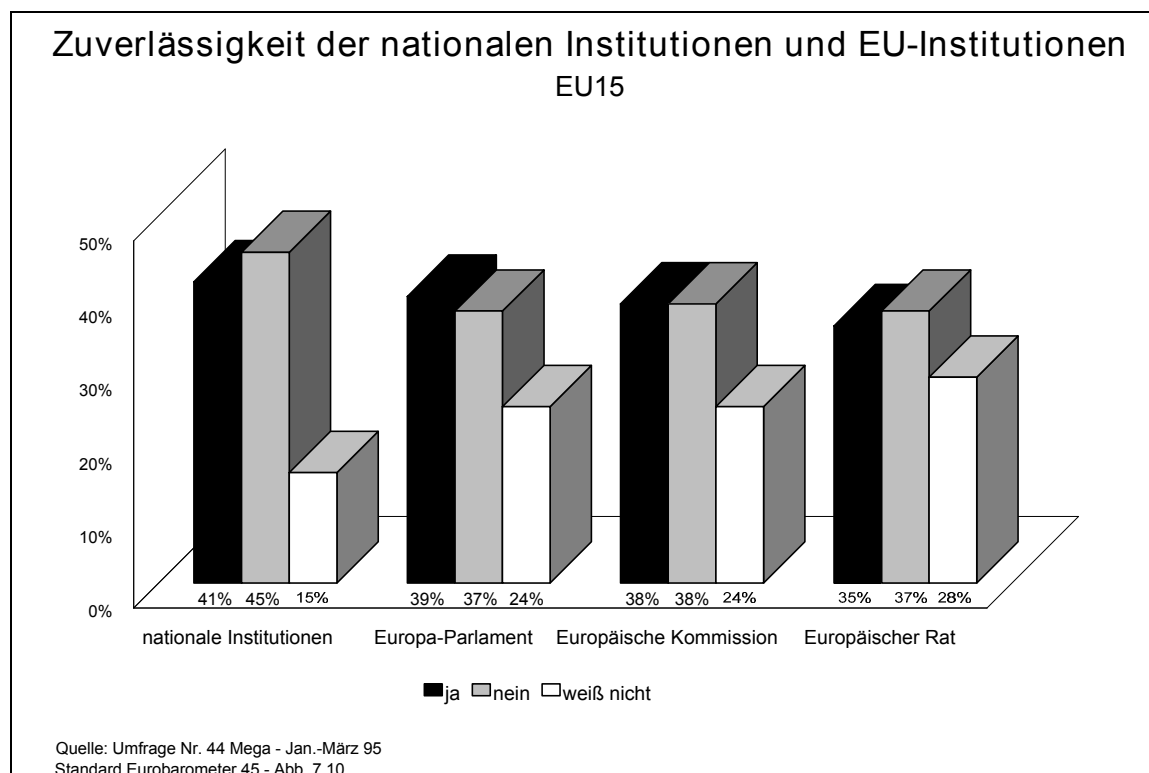


## 7.6. Wie zuverlässig sind die Regierungsinstitutionen?

Wenn die breite Öffentlichkeit schon der Ansicht ist, daß sie sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene nur wenig Einfluß hat, für wie zuverlässig hält sie dann die verschiedenen Regierungsinstitutionen? Wir stellten die folgende Frage für jede der folgenden Institutionen: die Europäische Kommission, die nationale Regierung, das Europa-Parlament, das nationale Parlament<sup>2</sup> :

"Von der Europäischen Union werden viele wichtige Entscheidungen getroffen. Diese können im Interesse von Leuten wie Ihnen liegen, oder aber auch nicht. Können Sie sich Ihrer Meinung nach bei den folgenden Institutionen darauf verlassen, daß sie sicherstellen, daß diese Entscheidungen im Interesse von Leuten wie Ihnen getroffen werden?"

Generell ist sowohl bei den nationalen Institutionen<sup>3</sup> als auch bei den europäischen Institutionen ein Rückgang festzustellen, seitdem diese Frage im Winter 1995<sup>4</sup> zuletzt gestellt wurde. Zwar schneiden die nationalen Parlamente etwas besser ab als die europäischen Institutionen, doch sind diese Unterschiede nur unbedeutend. Die Zuverlässigkeit der nationalen Parlamente wird um 3 Prozentpunkte höher eingestuft als die des Europäischen Parlaments. (Tabellen 7.13 und 7.14)



<sup>2</sup> In jedem Land wurde das nationale Parlament bzw. der Name des Abgeordnetenhauses genau bezeichnet, z.B. Assemblée Nationale (Frankreich), Bundestag (Deutschland) und House of Commons (Vereinigtes Königreich)

<sup>3</sup> Nationales Parlament plus nationale Regierung

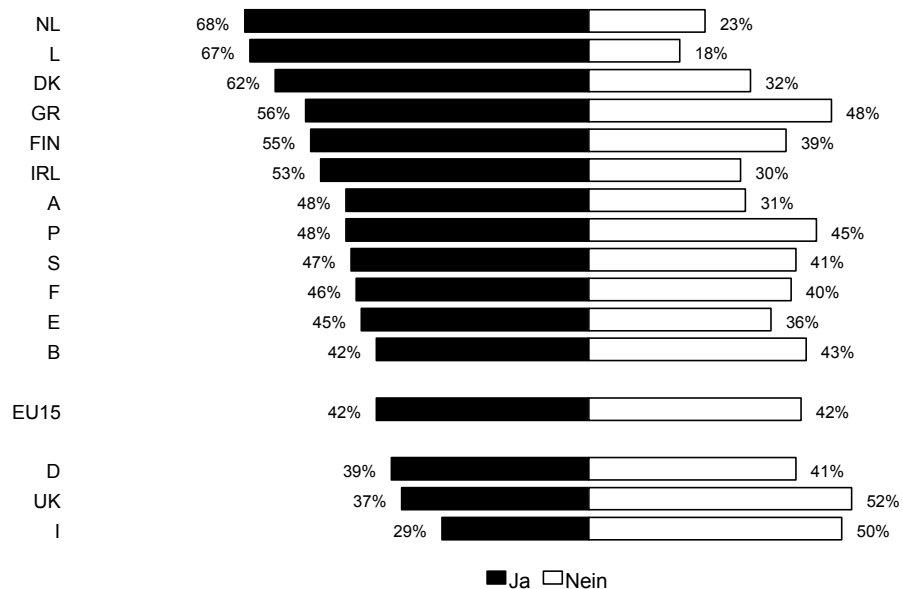
<sup>4</sup> Standard Eurobarometer 44

TRENDS IN DER ZUVERLÄSSIGKEIT DER NATIONALEN INSTITUTIONEN UND EU-INSTITUTIONEN			
	EB 43 Frühjahr 95	EB 44 Winter 95	EB 44 Mega Frühjahr 96
Nationales Parlament	45	48	42
Nationale Regierung	42	45	39
Europa-Parlament	41	45	39
Europäische Kommission	39	41	38
Europäischer Rat	36	40	35

In einer ganzen Reihe von Mitgliedstaaten stellen wir einen Rückgang des Vertrauens in die parlamentarischen Prozesse sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene fest; die Ausnahmen sind weitgehend aus dem Süden Europas zu vermelden. In Spanien ist sowohl auf der nationalen als auch auf der EU-Ebene ein Zuwachs zu verzeichnen; das gleiche gilt für Portugal. In Griechenland ist das Vertrauen in das nationale Parlament gestiegen, das dem Europa-Parlament entgegengebrachte Vertrauen hingegen zurückgegangen. Von den Mittelmeerländern weist Italien als einziges einen umgekehrten Trend auf; hier ist das Vertrauen auf beiden Ebenen rückläufig. Frankreich weist nur geringfügige Abweichungen auf, während der Trend ansonsten nach unten weist.

NATIONALE TRENDS IM VERTRAUEN ZU DEN INSTITUTIONEN				
	Nationales Parlament		Europa-Parlament	
	EB 43 Frühjahr 95	EB 44 Mega Frühjahr 96	EB 43 Frühjahr 95	EB 44 Mega Frühjahr 96
Österreich	57	48	31	29
Belgien	45	42	58	47
Dänemark	65	62	43	39
Deutschland	44	39	26	24
Griechenland	51	56	58	53
Spanien	43	45	43	51
Frankreich	45	46	48	51
Irland	48	53	55	50
Italien	35	29	50	46
Luxemburg	70	67	65	55
Niederlande	69	68	55	55
Portugal	33	48	31	36
Schweden	55	47	29	26
Finnland	63	55	42	38
Vereinigtes Königreich	44	37	37	29
EU 15	45	42	41	39

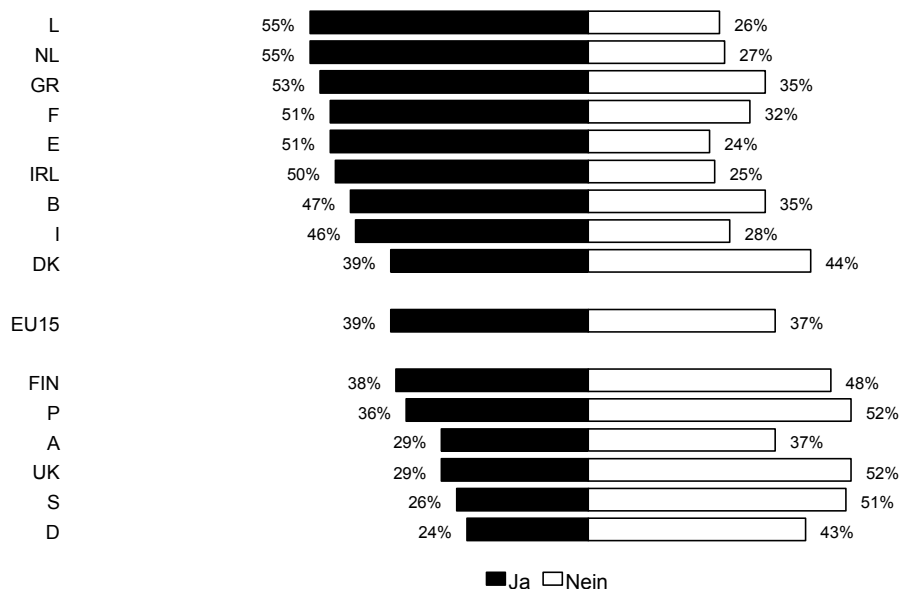
### Zuverlässigkeit des nationalen Parlaments nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 7.11

\*Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

### Zuverlässigkeit des Europa-Parlaments nach Ländern und EU15



Quelle: Umfrage Nr. 44 Mega - Jan.-März 96  
Standard Eurobarometer 45 - Abb. 7.12

\*Prozentsatz "weiß nicht" wird nicht ausgewiesen

### 7.7. Die Ängste der Bürger

In den vorangegangenen beiden Abschnitten haben wir uns damit befaßt, wie die Bürger die Demokratie und die Arbeit der demokratischen Institutionen sehen. Dabei stellen wir generell ein Gefühl der Ernüchterung und einen Vertrauensverlust gegenüber den Institutionen fest, die eigentlich im Dienste der normalen Bürger stehen. Um festzustellen, welche Themen die Unionsbürger beunruhigen, haben wir die folgende Frage gestellt:

"Wenn es um den Bau Europas, der Europäischen Union, geht, haben manche Menschen vielleicht Ängste. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige sagen, daß sie davor Angst haben. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie persönlich derzeit davor Angst haben oder nicht"

Den Befragten wurde eine Liste mit 27 Punkten vorgelegt, wobei sie zu jedem einzelnen dazu befragt wurden, ob sie davor Angst haben oder nicht, und als Anschlußfrage, ob sie glauben, daß dieser Fall wahrscheinlich eintreten wird.

Wie wir in Kapitel 3 gesehen haben, ist das soziale Thema Nummer eins für die Europäischen Bürger die Angst vor einem Anstieg des Drogenhandels und des international organisierten Verbrechens: 66 % sehen darin ein Problem und 69 % glauben, daß es wahrscheinlich eintreten wird.

Die übrigen Ängste hängen zumeist mit den strukturellen Veränderungen in unseren Volkswirtschaften und der Gefahr noch höherer Steuern und einer Vertiefung der Wirtschaftskrise zusammen. Auch das Verschwinden kleiner und mittlerer Unternehmen und kleiner landwirtschaftlicher Betriebe wie auch kleiner und mittlerer Fischerei-Betriebe macht den Bürgern Sorge.

Weitere arbeitsplatzrelevante Themen umfassen die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Produktionskosten, innerhalb wie auch außerhalb der Union<sup>5</sup>, die Zunahme billigerer, aber qualitativ schlechterer Importe und die Präsenz von mehr ausländischen Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt.

Andere Anliegen betrafen die Entscheidungsprozesse und die Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten. Die Bürger fürchten ein zu stark zentralisiertes System, wodurch die Entscheidungen schwerfälliger zustandekommen, und haben gleichzeitig Angst, daß die kleinen Mitgliedstaaten einen Machtverlust gegenüber den großen Ländern hinnehmen müssen.

Die Kosten der Erweiterung waren für rund die Hälfte der Stichprobe Anlaß zur Sorge, aber dennoch rechneten 68 % damit, daß andere Länder der Union beitreten werden<sup>6</sup>.

Vor der Einführung der einheitlichen Währung haben 44 % der Befragten Angst, doch 66 % rechnen damit, daß die Währung kommt.

Eine letzte Kategorie, die sich grob unter dem Titel "nationale Identität" zusammenfassen läßt, umfaßte Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Verlust der nationalen Identität, Kultur und Sprache sowie die Angst davor, daß das eigene Land nicht mehr wirklich existieren könnte. Fast jeder dritte Bürger hat vor diesen Vorstellungen Angst, und die Erwartungen, daß dieser Fall eintritt, sind fast ebenso hoch. (Tabellen 7.15a und 7.15b)

---

<sup>5</sup> Vgl. eingehendere Erörterung zu diesem Punkt in Kapitel 5

<sup>6</sup> Vgl. eingehendere Erörterung zu diesem Punkt in Kapitel 4

ÄNGSTE UND ERWARTUNGEN DER BÜRGER		
	Angst in %	Erwartung in %
Drogen und Kriminalität	69	66
Finanzielle Aspekte		
Mehr Steuern	68	67
Wegfall von Sozialleistungen	56	53
Tiefere Wirtschaftskrise	56	52
Reichere Mitgliedsländer zahlen für die anderen	43	60
Verschwinden von Betrieben		
Verschwinden von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben	62	67
Verschwinden von kleinen und mittleren Betrieben	57	58
Verschwinden von kleinen und mittleren Fischerei-Betrieben	57	62
Arbeitsmarktrelevante Themen		
Verlagerung von Arbeitsplätzen in Mitgliedsländer mit geringen Produktionskosten	55	64
Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer mit geringen Produktionskosten	52	56
Billigere, aber qualitativ schlechtere Importe	50	59
Gewaltige Importe aus anderen Mitgliedsländern	40	61
Gewaltige Importe aus Nicht-Mitgliedsländern	38	48
Mehr ausländische Arbeitnehmer	47	62
Entscheidungsprozesse		
Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer	41	50
Zu viel zentrale Kontrolle	42	47
Langsamere Entscheidungen wegen schwerfälliger Bürokratie	56	62
Entscheidungen werden von den großen Mitgliedstaaten erzwungen	56	62
Zu schnelle Veränderungen	35	39
Einheitliche Währung		
Ende der nationalen Währung	44	66
Erweiterung		
Erweiterung nach Osten wird zu viel kosten	52	59
Beitritt anderer Länder	30	68
Nationale Identität		
Menschen sind zu verschieden, um gut miteinander auszukommen	45	51
Verlust der nationalen Identität und Kultur	35	32
Eigene Sprache wird weniger verwendet	33	34
Eigenes Land existiert nicht mehr wirklich	30	26
Beseitigung von Grenzkontrollen	33	60



## Ländervergleich

Im Ländervergleich treten einige durchaus vorhersehbare Ängste zutage: die reicheren Länder sind besorgt, für die anderen zahlen zu müssen, die kleineren Länder fürchten einen Machtverlust und Entscheidungen, die von den großen Ländern erzwungen werden.

In einigen anderen Bereichen stellen wir fest, daß der Grad der Besorgnis von Land zu Land ganz erheblich schwankt. Im folgenden berichten wir für jedes Land einzeln, welche Ängste deutlich über oder unter dem EU15-Durchschnitt liegen, und berechnen einen Gesamtindex der durchschnittlichen Ängste in jedem Land. Ferner stellen wir die Gesamtzahl der in jedem Mitgliedsland geäußerten Ängste zur Übersicht in einem Schaubild dar.

### Belgien

Der Gesamtindex der Ängste beträgt in Belgien 49 %. Überdurchschnittliche Sorgen wurden hinsichtlich der Vertiefung der Wirtschaftskrise (+ 12 über dem EU-Durchschnitt) und der Möglichkeit noch höherer Steuern (+ 18) geäußert.

### Dänemark

Die in Dänemark gemessenen Werte entsprechen mit 50 % etwa dem EU-Durchschnitt. Überdurchschnittliche Werte wurden in folgenden Bereichen ermittelt: Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 20), langsame, bürokratische Entscheidungen (+ 16), Entscheidungen durch die großen Mitgliedsländer (+ 15) und Anstieg des Drogenhandels und der Kriminalität (+ 12). Unter dem EU-Durchschnitt liegt die Angst vor einer tieferen Wirtschaftskrise (- 17) sowie vor gewaltigen Importen von innerhalb oder außerhalb der Union (- 16 bzw. - 11).

### Deutschland

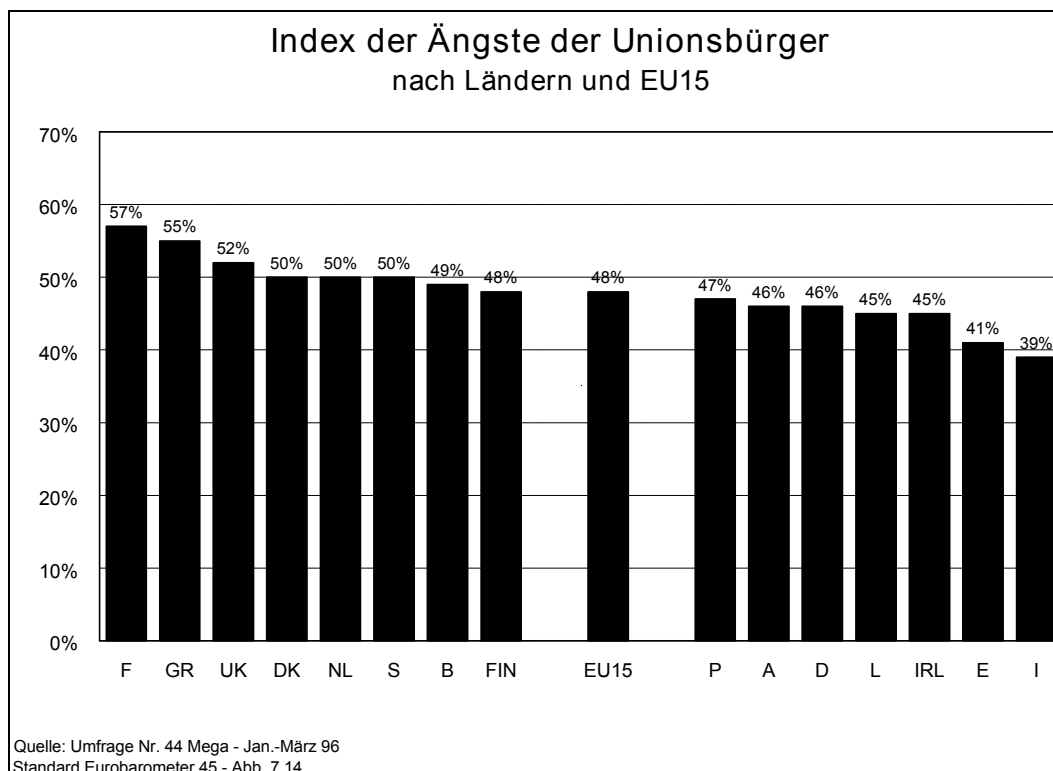
Der Gesamtindex für Deutschland liegt mit 46 % unter dem EU-Durchschnitt. Die zentralen Anliegen der Deutschen sind die Sorge, für andere zahlen zu müssen (+ 13), die Kosten der Erweiterung (+ 11) und das Ende der nationalen Währung (+ 10). Niedrige Werte wurden hingegen bei der Angst vor zu viel zentraler Kontrolle (- 15) gemessen und - wie nicht anders zu erwarten - vor Entscheidungen, die von den großen Mitgliedsländern erzwungen werden (- 17).

### Griechenland

Griechenland stand mit seinen Ängsten im Zusammenhang mit der Europäischen Union mit einem Indexwert von 55 % an zweiter Stelle hinter Frankreich. Überdurchschnittliche Werte wurden in einer ganzen Reihe von Fragen gemessen. Die ausgeprägtesten Abweichungen vom EU-Durchschnitt betrafen den Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 26), das Verschwinden der kleinen und mittleren Betriebe (+ 25), gewaltige Importe aus anderen Mitgliedsländern (+ 19) und von den größeren Mitgliedsländern erzwungene Entscheidungen (+ 19).

### Spanien

Die Spanier zählen zu den Völkern mit den wenigsten Ängsten vor dem Bau Europas. Der Gesamtindex liegt bei 41 % und es gibt nur sehr wenige Bereiche, in denen Werte über dem EU-Durchschnitt gemessen werden. Eine ganze Reihe von Ängsten waren hingegen ausgesprochen schwach ausgeprägt: Probleme, weil die Menschen zu verschieden sind, um gut miteinander auszukommen (- 20), die Kosten der Erweiterung (- 18), die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer (- 16) und langsame, bürokratische Entscheidungen (- 16).



## Frankreich

Von allen 15 Ländern äußerten die Franzosen mit einem Indexwert von 57 % insgesamt die meisten Ängste. Am stärksten war die Furcht vor Importen aus Nicht-Mitgliedsländern (+ 20), billigeren, aber qualitativ schlechteren Importen (+ 17), den Kosten der Erweiterung (+ 15) und dem Verschwinden von kleinen Betrieben (+ 15).

## Irland

Irland lag mit einem niedrigen Gesamtindex von 45 % nur in einem Punkt deutlich über dem EU-Durchschnitt: Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 10). In einer ganzen Reihe anderer Bereiche lagen die Werte weit unter dem EU-Durchschnitt: tiefere Wirtschaftskrise (- 21), Wegfall von Sozialleistungen (- 17), noch mehr Steuern (- 14), mehr ausländische Arbeitnehmer (- 11) und Verschwinden von kleinen und mittleren Betrieben (- 11).

## Italien

Italien war mit einem Index von 39 % das Land mit den wenigsten Sorgen in Bezug auf den Bau Europas. Besonders niedrige Werte waren bei der Angst vor dem Wegfall von Sozialleistungen (- 26), dem Verschwinden von KMUs (- 18) und der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Nicht-Mitgliedsländer (- 17) zu verzeichnen.

## Luxemburg

Die Einwohner von Luxemburg liegen mit ihren Ängsten vor Problemen im Zusammenhang mit der Europäischen Union mit einem Index von 45 % unter dem Durchschnitt. Am größten war die Sorge, daß die eigene Sprache immer weniger verwendet wird (+ 12), und die Angst vor der Beseitigung der Grenzkontrollen (+ 10).

## Niederlande

Mit einem Gesamtindex von 50 % nahmen die Niederlande insgesamt den vierten Rang ein. Die größten Ängste bezogen sich darauf, daß Entscheidungen von den großen



Mitgliedsländern erzwungen werden (+ 18), daß Entscheidungen wegen der schwerfälligen Bürokratie langsam getroffen werden (+ 16), auf zu viel zentrale Kontrolle (+ 15) und den Wegfall von Sozialleistungen (+ 15). Auf der positiven Seite fürchteten die Niederländer keine Vertiefung der Wirtschaftskrise (- 21).

#### Österreich

Der Gesamtindex für Österreich lag mit 46 % unter dem EU-Durchschnitt, d.h. es wurden mehr Niedrigwerte gemessen. Besonders deutlich unter dem EU-Durchschnitt lag die Furcht vor langsamen und bürokratischen Entscheidungen (- 13), zu viel zentraler Kontrolle (- 10), der Beseitigung von Grenzkontrollen (- 8) und dem Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (- 7).

#### Portugal

Mit einem Index von 47 % liegt Portugal zwar insgesamt unter dem EU-Durchschnitt, verzeichnete jedoch in bezug auf den Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 13) und das Verschwinden von kleineren und mittleren Fischereibetrieben (+ 13) überdurchschnittliche Werte. Auf der anderen Seite wurden geringere Ängste davor geäußert, daß die reicheren Länder für die anderen zahlen müssen (- 19) und daß Arbeitsplätze in Nicht-Mitgliedsländer (- 14) oder andere Mitgliedsländer (- 13) verlegt werden.

#### Finnland

Mit einem Gesamtindex von 48 % entsprach Finnland genau dem EU-Durchschnitt, doch wurden in einigen Bereichen überdurchschnittlich viele Sorgen zum Ausdruck gebracht; dazu zählt zu viel zentrale Kontrolle (+ 19), ein Anstieg des Drogenhandels und der Kriminalität (+ 14), ein Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 12) und das Verschwinden von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben (+ 11). Unterdurchschnittliche Werte wurden hingegen bei der Angst vor mehr ausländischen Arbeitnehmern (- 15), einer tieferen Wirtschaftskrise (- 14), den Kosten der Erweiterung (- 14) und gewaltigen Importen aus Nicht-Mitgliedsländern (- 14) gemessen.

#### Schweden

Schweden lag mit einem Gesamtindex von 50 % dicht beim EU-Durchschnitt, doch täuscht dieser Gesamtwert über einige extreme Schwankungen innerhalb der einzelnen Daten hinweg. In nicht weniger als acht Fragen wird der EU-Durchschnitt um über 10 % überschritten, während die Werte in sechs Fragen deutlich unter dem EU-Durchschnitt liegen. Die besonders hohen Angstquoten bezogen sich auf zu viel zentrale Kontrolle (+ 22), Entscheidungen, die von den großen Mitgliedsländern erzwungen werden (+ 21), schwerfällige und bürokratische Entscheidungsprozesse (+ 20), die Beseitigung von Grenzkontrollen (+ 23), den Anstieg des Drogenhandels und der Kriminalität (+ 18), den Machtverlust der kleineren Mitgliedsländer (+ 17) und den Wegfall von Sozialleistungen (+ 15). Die Sorge vor gewaltigen Importen aus anderen Mitgliedsländern (- 22), mehr ausländischen Arbeitnehmern (- 21) und dem Verschwinden von KMUs (- 17) war hingegen unterdurchschnittlich ausgeprägt.

#### Vereinigtes Königreich

Mit einem Gesamtindex von 52 % steht das Vereinigte Königreich an dritter Stelle der EU-Länder und entspricht in vielen Punkten weitgehend dem Durchschnitt, mit zwei extremen Ausnahmen: Die Angst, daß "unser Land nicht mehr wirklich existieren wird" ist der Hälfte der Befragten ein ernstes Anliegen und liegt damit 20 % über dem EU-Durchschnitt, und die Angst vor "dem Verlust unserer nationalen Identität und Kultur" liegt 19 % über dem EU-Durchschnitt. Diese Gefühle sind in keinem anderen Land der Union derartig ausgeprägt.

